NACHRICHTEN

- Empfehlungen zum Umweltgesetzbuch
- Vom Landwirt zum Energiewirt?
- Daseinsvorsorge sichern
- Sind Innovationen im Raum planbar?
- Planung jenseits der Metropolen
- Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume: multifunktionale Landwirtschaft und Ressourcenmanagement
- Nachhaltigkeit in der Regionalplanung
- Neuerscheinungen

2 2008

AKADEMIE
FÜR RAUMFORSCHUNG
UND LANDESPLANUNG

Inhalt

Zur Diskussion

- Empfehlungen zum Umweltgesetzbuch 1

Raumforschung/-entwicklungspolitik

- Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzepte 6
- 46. Internationales Planertreffen 7
- Was kann das Planungsrecht für die Umwelt tun? 9
- PNDonline – Eine Plattform mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region 10
- Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel 11
- Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) 12
- Klima 2008 / Climate 2008: Klimaschutz ernst genommen 12
- Europäische Politik des territorialen Zusammenhalts – Europäischer Rechtsrahmen und nationale Umsetzung 12
- Chancen und Risiken steigender Verkehrskosten für die Stadt- und Regionalentwicklung – Übergangsszenario Postfossile Mobilität 13
- Langzeitwirkung und Effektivierung der Städtebauförderung 13
- Neue Veröffentlichungen aus anderen Verlagen 14
- Veranstaltungshinweise 17
- 4R – Raumwissenschaftliches Netzwerk
  - Call for Papers: Leeres Land und bunte Stadt? Räumliche Differenzierung im Zeichen des demographischen Wandels 18
  - Kulturlandschaften entwickeln – Biodiversität erhalten Parlamentarischer Abend der Leibniz-Gemeinschaft 19
  - Dresdener Graduiertenschule zum demographischen Wandel gestartet 20
  - Senat der Leibniz-Gemeinschaft empfiehlt Weiterförderung des IfL 21
  - Raumentwicklungspolitische Ansätze zur Förderung der Wissensgesellschaft 21
  - Gutachten Mittlere Havel 21
  - „Lebens.Netz.Dresden." im Bundeswettbewerb prämiert 21
  - Neuer Contact Point für das EU-Programm INTERREG IV B – Mitteleuropa hat seine Arbeit am IÖR aufgenommen 22

ARL-Zeitschriftenschau

23

ARL-Forschung

- Vom Landwirt zum Energiewirt? LAG Bayern diskutiert über Ressourcenmanagement 28
- Daseinsvorsorge sichern 113. Sitzung der LAG Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland 29
- Entwicklung der ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen 30
- Frühjahrstagung der LAG Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen 32
- IIK Regionalplanung startet neue Arbeitsperiode 32
- Raumordnung und Raumentwicklung Arbeiten am neuen Grundlagenwerk in vollem Gange 34

ARL-Veranstaltungen

- Sind Innovationen im Raum planbar? Tagung des Junges Forums der ARL in Berlin 35
- Planung jenseits der Metropolen Planerforum der LAG Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland 37
- Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume: multifunktionale Landwirtschaft und Ressourcenmanagement 39
- Zukunftsfähige Infrastruktur und Raumentwicklung haben Konjunktur bei Bundestagsabgeordneten 40
- Facetten des Klimaschutzes aus raumplanerischer Sicht 41
- Nachhaltigkeit in der Regionalplanung Regionalplanertagung Baden-Württemberg 2008 41
- Ankündigung 100. Sitzung der LAG Baden-Württemberg 43

ARL-Neuerscheinungen 44

ARL-Intern

- Wissenschaftlicher Beirat mit neuem Vorsitz 46
- 109. Sitzung des Kuratoriums 46
- Grundsatzkommission beendet Diskurs über Forschungsperspektiven der ARL 47
- Neue Korrespondierende Mitglieder 48
- Besucher im Sekretariat 48
- Personalien 48

FRU

- Mentoring-Programm von ARL und FRU geht in die dritte Runde 50
- Ausschreibung Mentoring-Programm von ARL und FRU 2009 50
- Neues Mitglied im FRU 50
- FRU-Infobörse 52

NACHRICHTEN DER ARL

Technische Redaktion: Maria Hein, Oliver Rose

Druck: poppdruck, 30851 Langenhagen

Die NACHRICHTEN der ARL erscheinen viermal im Jahr.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Juni 2008

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG
30161 Hannover, Hohenzollernstraße 11
Tel.: 0511 / 3 48 42 - 0
Fax: 0511 / 3 48 42 - 41
E-Mail: ARL@ARL-net.de
www.ARL-net.de
Red.: 0511 / 3 48 42 - 26
E-Mail: Rose@ARL-net.de

Empfehlungen zum Umweltgesetzbuch

Vorbemerkung

Raumordnung sowie Landes- und Regionalplanung stehen bezogen auf Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Gesetzgebung in vielfältiger Wechselwirkung mit der Gestaltung, Vermittlung und dem Schutz von Umweltbelangen. Die Leitvorstellung nachhaltiger Raumentwicklung hat neben den sozialen und ökonomischen Gesichtspunkten in besonderem Maße die ökologischen Anforderungen im Blick. Grundsätze der Raumordnung beziehen sich seit langem und zunehmend auf die Erhaltung oder Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts, den sparsamen Umgang mit den Naturgütern, die Anforderungen des Biotopschutzes und das Anliegen eines ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems. Künftig soll der Klimaschutz entsprechend einbezogen werden. Die Instrumente der Raumordnung, Landes- und Regionalplanung haben sich insbesondere beim vorsorgenden Umweltschutz bewährt. Dementsprechend hat die Kodifikation des Umweltrechts eine nicht unerhebliche Relevanz für das Raumordnungsrecht, die Landes- und Regionalplanung sowie die raumbezogenen Wissenschaften. Die ARL begrüßt grundsätzlich die beabsichtigte Kodifizierung des Umweltrechts und hält es für geboten, zu den Referentenentwürfen zum Umweltgesetzbuch (UGB) Stellung zu nehmen, soweit die vorgesehenen Regelungen für raumordnerische Belange von besonderer Bedeutung sind.

1. Zum Verhältnis von Raumordnung und Umweltplanung

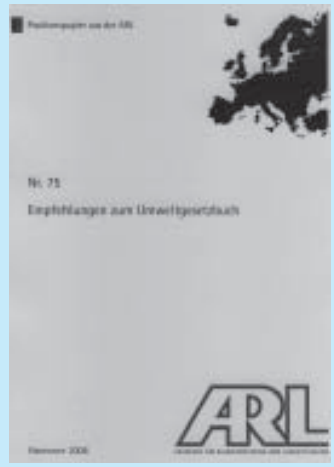
Die ARL begrüßt es, dass der sowohl im sog. Professorenentwurf[1] als auch im Kommissionsentwurf[2] für ein Umweltgesetzbuch enthaltene Vorschlag, in das UGB Vorschriften über eine Umweltleitplanung bzw. eine Umweltgrundlagenplanung aufzunehmen, im vorliegenden Referenten-Entwurf nicht weiterverfolgt worden ist. Damit wird – zumindest indirekt – anerkannt, dass der geeignete Regelungsstandort für eine medienübergreifende Umweltplanung auf überörtlicher Ebene die räumliche Gesamtplanung in Gestalt der Raumordnungsplanung ist. Die zusätzliche Einführung einer ebenfalls raumbezogenen überfachlichen Umweltgesamtplanung widerspräche dem deutschen Raumplanungssystem, wonach für jede Planungsebene sinnvollerweise nur eine übergeordnete und zusammenfassende verbindliche Planung vorgesehen ist.

Die im Raumordnungsrecht geregelte räumliche Gesamtplanung ist der Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung verpflichtet, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt (§ 1 Abs. 2 Satz 1 ROG). In dem in § 2 Abs. 2 ROG enthaltenen Katalog materieller Grundsätze der Raumordnung ist die Integration ökologischer Prinzipien und Belange durchgängig gewährleistet.

2. Zur Umweltverträglichkeitsprüfung bei Raumordnungsverfahren (Art. 2 Nr. 10 EG UGB-Entwurf)

Art. 2 Nr. 10 EG UGB-Entwurf sieht eine Änderung des UVPG dahingehend vor, dass künftig in Raumordnungsverfahren (bei Vorhaben der Anlage 1) eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) obligatorisch ist. Eine solche bundesgesetzlich normierte Pflicht zur Durchführung einer UVP bei Raumordnungsverfahren erweist sich als nicht sinnvoll. Die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der Auswirkungen eines Vorhabens auf die Umwelt – und damit Elemente der UVP – sind bereits nach der aktuellen Rechtslage notwendiger Bestandteil eines Raumordnungsverfahrens, denn zu den in die Prüfung einzustellenden Belangen des § 2 Abs. 2 ROG gehören auch Umweltgüter. Demgemäß enthalten viele Landesplanungsgesetze im Zusammenhang mit der Normierung des Raumordnungsverfahrens Regelungen in Bezug auf die Durchführung einer UVP oder einzelner Teile davon. Ob und inwieweit eine formalisierte UVP bei Raumordnungsverfahren durchzuführen ist, sollte der Entscheidung der Länder überlassen bleiben, in deren

Das Bundesumweltministerium hat Ende letzten Jahres das Projekt „Umweltgesetzbuch“ (UGB) auf den Weg gebracht und in der Zwischenzeit verschiedene Gesetzentwürfe dazu erarbeitet. Wichtige Eckpfeiler des UGB bilden die sogenannte integrierte Vorhabengenehmigung sowie die Novellierung des Wasser- und Naturschutzrechts. Vor diesem Hintergrund hat die ARL einen Ad-hoc-Arbeitskreis „Umweltgesetzbuch“ eingerichtet, dem Prof. Dr. Werner Buchner als Leiter, Prof. Dr.-Ing. Dietwald Gruehn, Dr. Ulrich Höhnberg, Prof. Dr.-Ing. Christian Jacoby und Prof. Dr. Ulrike Weiland angehörten. Der Arbeitskreis hat sich mit dem Konzept für ein neues Umweltgesetzbuch insbesondere hinsichtlich der Themen, die für die Raumplanung Bedeutung haben, auseinandergesetzt und hat im April 2008 mit dem hier abgedruckten Positionspapier Nr. 75 aus der ARL, „Empfehlungen zum Umweltgesetzbuch“, seine Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen vorgelegt.



Jana Kenzler, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 43
E-Mail: Kenzler@ARL-net.de

[1] Der erste Professorenentwurf wurde 1990 fertig gestellt und betraf den „Allgemeinen Teil“, der zweite Professorenentwurf stammt aus dem Jahr 1994 und bezog sich auf den „Besonderen Teil“ eines Umweltgesetzbuches.

[2] 1997 vorgelegt durch die vom BMU eingesetzte Unabhängige Sachverständigenkommission Umweltgesetzbuch.

Händen auch die Zuständigkeit für die Durchführung des Raumordnungsverfahrens liegt. Das trägt der besonderen Funktion des Raumordnungsverfahrens Rechnung, als flexibles Instrument komplexe Problemstellungen innerhalb festgelegter Fristen zu bearbeiten und für fachgesetzliche Zulassungsverfahren entscheidbar zu machen.

3. Zur Änderung des ROG durch Art. 17 Nr. 2 EG UGB-Entwurf

Während die Änderung von § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG nur redaktioneller Natur ist, gibt die Änderung der für die Abwägung bei Raumordnungsplänen geltenden Vorschrift (§ 7 Abs. 7 ROG) Anlass zu folgenden Erwägungen:

Wenn die Raumordnung als räumliche Gesamtplanung entsprechend dem deutschen System der Raumplanung den Anspruch erhebt, neben den anderen raumbezogenen Fachplanungen auch die Umweltplanungen (z.B. Landschaftsrahmenplanung, wasserwirtschaftliche Planung) zu integrieren, stellt sich bei der die Abwägung betreffenden Vorschrift die Frage nach Gewichtungs- und Präferenzregeln im Interesse der Erhaltung der Umwelt. Die Leitvorstellung der nachhaltigen Raumentwicklung (§ 1 Abs. 2 Satz 1 ROG) geht zwar von der prinzipiellen Gleichwertigkeit von sozialen und wirtschaftlichen Raumansprüchen mit den ökologischen Funktionen des Raumes aus. Die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) hat jedoch bereits in ihrer Entschließung „Raumordnung und Umweltschutz“ vom 15. Juni 1972 die Empfehlung ausgesprochen, dass bei Zielkonflikten dem Umweltschutz dann Vorrang eingeräumt werden müsse, wenn eine wesentliche Beeinträchtigung der Lebensverhältnisse drohe oder die langfristige Sicherung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung gefährdet sei. Die grundsätzliche Gleichwertigkeit der in der räumlichen Gesamtplanung zu berücksichtigenden Belange kann danach im Einzelfall im Sinne eines relativen Vorrangs des Umweltschutzes bei drohenden irreversiblen Umweltschädigungen durchbrochen werden. Eine solche relative Vorrangregelung, wie sie z.B. seit jeher im Landesentwicklungsprogramm Bayern enthalten ist, sollte anlässlich der Einführung des UGB in die die Abwägung betreffende Vorschrift in § 7 Abs. 7 ROG als neuer Satz 5 eingefügt werden. Zugleich sollte im geänderten Satz 4 der Hinweis auf die Geltung von § 35 UGB III-Entwurf im Zusammenhang mit der Berücksichtigung der Natura 2000-Gebiete mit dem Wort „gemäß“ und nicht mit den in einer Abwägungsregelung missverständlichen Worten „ist zu beachten“ formuliert werden.

Es wird deshalb vorgeschlagen, § 7 Abs. 7 Satz 4 ROG durch die beiden folgenden Sätze zu ersetzen:

„In der Abwägung sind auch die Erhaltungsziele oder der Schutzzweck der Natura 2000-Gebiete gemäß § 35 UGB III-Entwurf zu berücksichtigen. Bei Konflikten zwischen Raumnutzungsansprüchen und ökologischer Belastbarkeit ist den ökologischen Belangen Vorrang einzuräumen, wenn eine wesentliche und langfristige Beeinträchtigung der natürlichen Lebensgrundlagen droht.“

4. Zu den Prinzipien zum Schutz von Mensch und Umwelt (§ 2 UGB I- Entwurf)

Aus Sicht der ARL erscheint es erforderlich, die in § 2 Abs. 2 UGB I-Entwurf aufgezählten Prinzipien zum Schutz der Umwelt um den Aspekt des räumlichen Ausgleichs zu ergänzen. Angesichts der Begrenztheit der Flächenressourcen wird die Lösung raumbezogener Verteilungsprobleme im Sinne einer „geographischen Umweltgerechtigkeit“ (s. Kloepfer: DVBI. 2000, S. 750 ff.) immer wichtiger.

Es wird deshalb vorgeschlagen, in § 2 Abs. 2 UGB I-Entwurf („Zur Förderung einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung sollen...“) folgende Nummer 4 anzufügen:

„4. unvermeidbare Beeinträchtigungen in einem Teilraum durch entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltbedingungen an anderer Stelle ausgeglichen werden.“

5. Zur Strategischen Umweltprüfung (§§ 5 ff. UGB I-Entwurf)

Der in § 6 UGB I-Entwurf geregelte Anwendungsbereich der Strategischen Umweltprüfung (SUP) umfasst in Verbindung mit Anlage 2 des UGB I-Entwurfs auch Raumordnungspläne, die nach den Vorschriften des ROG aufzustellen sind.

Das gültige ROG enthält in § 7 Abs. 5 nur wenige Rahmen setzende Vorschriften zur SUP und verweist ansonsten auf die zugrunde liegende Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (SUP-Richtlinie). Da diese SUP-Richtlinie im Wesentlichen durch das Gesetz zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung und zur Umsetzung der Richtlinie 2001/42/EG (SUPG) vom 25. Juni 2005 (BGBl. I S. 1746) in nationales Recht umgesetzt wurde, konnte für die SUP in der Raumordnungsplanung bisher auf das ROG (bzw. die entsprechend novellierten Landesplanungsgesetze in den Ländern) und das mit dem SUPG novellierte UVPG zurückgegriffen werden, ohne die zugrunde liegende EU-Richtlinie über die SUP heranziehen zu müssen.

In dem am 22. Februar 2008 vorgelegten Referentenentwurf für das „Gesetz zur Neufassung des Raumordnungsgesetzes (GeROG)“ werden die bisherigen Vorschriften über die SUP des § 7 Abs. 5 ROG in dem neuen § 9 ROG umfassender formuliert und insbesondere mit zwei Anlagen (Anlage 1 zu den Inhalten des Umweltberichtes und Anlage 2 mit Kriterien zur Bestimmung der Umwelterheblichkeit von Planungen in Anlehnung an entsprechende Anlagen zum Baugesetzbuch) ergänzt. Damit soll – ähnlich wie bereits bei der Novellierung des Baugesetzbuchs mit dem Gesetz zur Anpassung des Baugesetzbuchs an EU-Richtlinien (Europarechtsanpassungsgesetz Bau – EAG Bau) vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1359) – der Anspruch verfolgt werden, dass die Umweltprüfung bei der Aufstellung eines Raumordnungsplanes (allein) nach § 9 ROG durchgeführt werden soll, sofern die Landesplanungsgesetze nicht weitergehende Vorschriften erlassen. Die Begründung zu § 9 des GeROG deutet auf diese Intention hin (S. 53 letzter Abs.).

In der Konsequenz wäre § 6 Abs. 3 UGB I-Entwurf dahingehend zu ergänzen, dass nicht nur die Umweltprüfung in der Bauleitplanung, sondern auch diejenige in der Raumordnungsplanung nach den Vorschriften des jeweiligen Fachgesetzes (BauGB einerseits und ROG andererseits) durchzuführen ist.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Beibehaltung des § 6 Abs. 4 UGB I-Entwurf, wonach die Vorschriften des UGB I-Entwurfs über die SUP immer dann Anwendung finden, wenn die sonstigen Vorschriften des Bundes und der Länder, also u. a. ROG und Landesplanungsgesetze, hinter den Vorschriften des UGB I-Entwurfs zurückbleiben. Nur mit dieser „Auffangklausel" ist – gerade vor dem Hintergrund der Abweichungsmöglichkeiten der Länder – eine vollständige Umsetzung der EU-Richtlinie über die SUP in der Raumordnungsplanung gewährleistet.

Eine „Voll-Regelung" der SUP im ROG und in den Landesplanungsgesetzen ist – unter Beachtung vorgenannter „Auffangklausel" – zu begrüßen, da so in der Praxis der Raumordnungsplanung – vergleichbar mit der Bauleitplanungspraxis – nur das jeweilige Fachgesetz anzuwenden ist, d. h. der Vollzug in der Planungspraxis wird damit vereinfacht.

§ 9 UGB I-Entwurf enthält Vorschriften zur Festlegung des Untersuchungsrahmens (sog. Scoping). Die bisherige Praxis der SUP für überörtliche Fachplanungen zeigt, dass die Raumordnungsbehörden aufgrund ihrer überfachlichen, die Umweltbelange integrierenden Querschnittsfunktion bei diesem Scoping von größter Bedeutung sind. Aus diesem Grund sollte bei der Vorschrift über die Beteiligung im Scoping (§ 9 Abs. 4 UGB I-Entwurf) die Beteiligung der zuständigen Raumordnungsbehörde als obligatorisch hervorgehoben werden. Gleiches gilt für die Behördenbeteiligung gemäß § 11 UGB I-Entwurf.

Im Hinblick auf die Vorgaben zur Erstellung des Umweltberichts (§ 10 UGB I-Entwurf) werden die bisher im UVPG enthaltenen Regelungen weitestgehend ohne Änderungen übernommen. Die im Umweltbericht vorzunehmende Bewertung der Umweltauswirkungen bezieht sich auf „Ziele des Umweltschutzes" und „sonstige Umwelterwägungen", die im Umweltbericht ebenfalls nachvollziehbar darzulegen sind (§ 10 Abs. 2 Nr. 2 UGB I-Entwurf). In den diesbezüglichen Ausführungsvorschriften bzw. -hilfen sollte darauf hingewiesen werden, dass das Raumordnungsrecht und die Festlegungen in Raumordnungsplänen wesentliche Umweltziele als Erfordernisse der Raumordnung enthalten.

In Bezug auf die Vorschriften über die SUP bei Verkehrswegeplanungen auf Bundesebene (§ 17 UGB I-Entwurf) ist positiv herauszustellen, dass bei der obligatorischen Alternativenprüfung innerhalb der Umweltprüfung insbesondere alternative Verkehrsnetze und alternative Verkehrsträger zu untersuchen sind (§ 17 Abs. 2 UGB I-Entwurf). Diese wichtige innovative Vorschrift, die über das bisherige Prüfen von Einzelprojekten deutlich hinausgeht, sollte noch dahingehend ergänzt werden, dass bei der Alternativenprüfung nicht nur „die Ziele und der geographische Anwendungsbereich des Plans oder Programms", sondern auch „die raumordnerischen Erfordernisse für das Plangebiet" zu berücksichtigen sind.

6. Zu den Grundpflichten für genehmigungsbedürftige Vorhaben (§ 52 UGB I-Entwurf)

Von der Bundesregierung ist im April 2002 unter dem Titel „Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine Nachhaltige Entwicklung" die nationale Nachhaltigkeits-Strategie verabschiedet worden. Einer der Schwerpunkte dieser Strategie zielt auf die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme, wobei als ambitioniertes Ziel formuliert worden ist, die Neuinanspruchnahme von Flächen bundesweit auf maximal 30 ha pro Tag bis zum Jahr 2020 zu begrenzen.

Vor diesem Hintergrund hält es die ARL für erforderlich, in die Grundpflichten für genehmigungsbedürftige Vorhaben nicht nur die sparsame Wasser- und Energieverwendung (§ 52 Abs. l Nrn. 4 und 5 UGB I-Entwurf), sondern auch die Pflicht zur Minimierung der Flächeninanspruchnahme aufzunehmen. Die für die Raumordnungsplanung (vgl. § 2 Abs. 2 Nrn. 2 und 8 ROG) und die Bauleitplanung (§ 1 a Abs. 2 BauGB) bereits geltenden Regelungen bedürfen einer Ergänzung auf der Ebene der Vorhabengenehmigung.

7. Zum Verhältnis des UGB I-Entwurfs zum Verwaltungsverfahrensgesetz

Bei der mit dem Entwurf für ein UGB I verfolgten Zielsetzung, die Auswahl und Vielfalt der Vorschriften insbesondere im Bereich des Verfahrensrechts erheblich zu reduzieren (S. 17 der Begründung), dürfen nicht nur die umweltrechtlichen Vorschriften in den Blick genommen werden. Vielmehr ist bei einer Kodifikation des nationalen Umweltrechts auch das Verhältnis zu den verfahrensrechtlichen Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG), das den „Allgemeinen Teil" des deutschen Verwaltungsrechts normiert, in die Überlegungen des Gesetzgebers einzubeziehen. Es ist gerade ein bewährtes Mittel zur Reduzierung der Zahl der Vorschriften, die für die besonderen Teile eines Gesetzbuchs gemeinsam geltenden Normen gleichsam „vor die Klammer" zu ziehen. Es wäre allerdings zu kurz gegriffen, Vorschriften über die integrierte Vorhabengenehmigung, die im Wesentlichen Verwaltungsverfahrensrecht enthalten, umfassend in ein neues UGB I einzustellen und dabei die im VwVfG bereits bestehenden Regelungen (z.B. zum Planfeststellungsverfahren) außer Betracht zu lassen. Unterschiedliche Ressortzuständigkeiten dürfen kein Hinderungsgrund für eine ganzheitliche Betrachtung und Normierung des Verwaltungsverfahrensrechts sein. In diesem Zusammenhang ist als Beispiel darauf hinzuweisen, dass etwa der bayerische Gesetzgeber die Vorschriften über das Verwaltungsverfahren mit UVP anlässlich der Umsetzung der UVP-Richtlinie in Landesrecht bereits in das BayVwVfG eingefügt hat.

Es wird deshalb empfohlen zu prüfen, ob und inwieweit verfahrensrechtliche Teile des UGB I in das VwVfG überführt werden können, um im Verhältnis zum VwVfG Doppelregelungen oder unnötigerweise voneinander abweichende Verfahrensvorschriften zu vermeiden.

8. Zur Ausgestaltung der Genehmigung von Vorhaben (§§ 54 ff. UGB I-Entwurf)

Angesichts der fortschreitenden Entwicklung und des zunehmenden Einflusses des europäischen Umweltrechts stellt sich die grundsätzliche Frage, ob das starre Festhalten an der das geltende deutsche Immissionsschutzrecht prägenden Rechtsfigur der gebundenen Genehmigung (s. § 54 Abs. I des UGB I-Entwurfs: „Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn...“) den europarechtlichen Anforderungen auf Dauer gerecht zu werden vermag. Bei Vorhaben, die eine Gewässerbenutzung beinhalten, kann dieser Weg ohnehin nicht beschritten werden (s. § 54 Abs. 2 UGB I-Entwurf).

Nach Auffassung der ARL sollte bei der Kodifikation des deutschen Umweltrechts die Chance zur Ausgestaltung des gesamten Genehmigungstatbestandes im Sinne eines echten integrativen Ansatzes genutzt und bei der integrierten Vorhabengenehmigung ein Versagungsermessen eingeführt werden (z.B. „Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn...“).

Der insbesondere mit UVP- und IVU-Richtlinie auf EU-Ebene verfolgte integrative Ansatz verlangt geradezu die Aufweichung der gebundenen Genehmigungsentscheidung durch notwendig werdende Beurteilungsspielräume sowie die Einräumung einer Ermessensausübung. Die erheblich gesteigerte Komplexität von Entscheidungen lässt sich nicht mehr streng konditional bewältigen, sondern verlangt nach einem final-planerischen Einschlag bei der Entscheidung (vgl. Gärditz: Die Verwaltung 2007, S. 203/219 m.w.Nachw.). Bei einer Ausgestaltung des Genehmigungstatbestandes als gebundene Entscheidung wird es sich auch in Zukunft als schwierig oder gar als unmöglich erweisen, die Ergebnisse einer durchgeführten UVP oder eines Raumordnungsverfahrens in einer für die Genehmigungsentscheidung adäquaten Weise zu berücksichtigen, wie es § 54 Abs. 3 des UGB I-Entwurfs in Anlehnung an § 12 UVPG sowie § 4 Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Nr. 4 ROG vorsehen. Eine Berücksichtigung der Ergebnisse der UVP bzw. des Raumordnungsverfahrens setzt danach entweder eine Abwägung oder die Möglichkeit einer Ermessensausübung bei der Entscheidung über die Zulässigkeit eines Vorhabens voraus. Das gilt nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Berücksichtigung der Prüfung von Standortalternativen nach § 15 Abs. I Satz 4 ROG.

Sollte dem Vorschlag einer Ausgestaltung der Genehmigung mit einem Versagungsermessen nicht gefolgt werden, müsste im Interesse der Umsetzung raumordnungsrechtlicher Vorgaben bei der Genehmigung zum einen klargestellt werden, dass zu den „anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften“ im Sinne von § 54 Abs. I Nr. 3 des UGB I-Entwurfs auch Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG) gehören. Zum anderen müsste § 54 Abs. 2 in der Weise ergänzt werden, dass bei der Erteilung der Genehmigung nicht nur die Ergebnisse einer durchgeführten UVP, sondern auch die Ergebnisse förmlicher landesplanerischer Verfahren wie des Raumordnungsverfahrens (§ 3 Nr. 4 ROG) zu berücksichtigen sind.

9. Zum Verhältnis von planerischer Vorhabengenehmigung (§§ 62 ff. UGBI-Entwurf) und Planfeststellungsverfahren

Vor dem Hintergrund des bereits angesprochenen Verhältnisses des UGB I-Entwurfs zum VwVfG (s. Nr. 7) erscheint es besonders unbefriedigend, wenn beabsichtigt ist, zusätzlich zu dem im deutschen Verwaltungsrecht seit

RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG

1/2008

Wissenschaftliche Beiträge

- Jörn Birkmann
  Globaler Umweltwandel, Naturgefahren, Vulnerabilität und Katastrophenresilienz. Notwendigkeit der Perspektivenerweiterung in der Raumplanung
- Heidi Megerle
  Von der „ville en crise“ zur Metropolitan European Growth Area: aktuelle Transformationsprozesse der Metropolregion Marseille – Aix-en-Provence
- Stefan Greiving / Mark Fleischhauer / Timo Tarvainen / Philipp Schmidt-Thomé / Jaana Jarva
  A Methodological Concept for Territorial Impact Assessment Applied to Three EU Environmental Policy Elements
- Joachim Scheiner
  Verkehrskosten der Randwanderung privater Haushalte
- Bernhard Lageman / Uwe Neumann / Christoph M. Schmidt
  Einheitliche Regionalplanung für die Metropole Ruhr: ein Erfolgsmodell?

Berichte aus Forschung und Praxis

- Dietmar Mehl / Anja Bollmohr / Romuald Bittl / Thomas Reimann
  Regionalmanagement in drei kooperierenden Amtsbereichen. Ein innovatives Pilotvorhaben integrierter ländlicher Entwicklung zur Umsetzung von GAKG und ELER-Verordnung in Mecklenburg-Vorpommern

ISSN 0034-0111

Bestellungen an: Carl Heymanns Verlag KG
Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
Tel.: (0221) 943730, Fax: (0221) 94373901
E-Mail: vertrieb@heymanns.com
www.heymanns.com

langem bewährten Instrument des Planfeststellungsverfahrens nunmehr als weiteren Zulassungstyp eine planerische Vorhabengenehmigung einzuführen. Dies würde zu einer unnötigen Aufsplitterung des Verfahrensrechts und zu einem kaum nachvollziehbaren Nebeneinander von zwei ähnlichen Zulassungsentscheidungen führen. Die damit einhergehende Aufblähung von Vorschriften zeigt sich bereits bei der Aufzählung der Verfahrenstypen „Planfeststellungsverfahren, sonstige Verfahren mit den Rechtswirkungen der Planfeststellung und Verfahren zur Erteilung der planerischen Genehmigung" in § 38 Satz 1 BauGB (Änderung durch Art. 10 Nr. 5 EG UGB-Entwurf) sowie in der entsprechenden Vorschrift des § 4 Abs. l Nr. 2 ROG (Änderung durch Art. 17 Nr. 1 EG UGB-Entwurf).

Wesentliche Unterschiede zwischen Planfeststellungsverfahren und Verfahren zur Erteilung der planerischen Genehmigung sind weder beim Verfahrensablauf und der Entscheidungsfindung durch Abwägung noch bei den Rechtswirkungen der Verfahrensergebnisse (Konzentrations-, Gestaltungs- und Ausschlusswirkung) zu erkennen. Es erscheint wenig sinnvoll, gleichartige Verfahren einschließlich ihrer Ergebnisse mit unterschiedlichen Bezeichnungen zu versehen und jeweils in unterschiedlichem Kontext zu regeln. Auf die Ausführungen zum Verhältnis des UGB I-Entwurfs zum VwVfG (s. Nr. 7) wird Bezug genommen.

Im Hinblick auf die auch beim UGB angestrebte Deregulierung wird deshalb vorgeschlagen, auf die Normierung des neuen Verfahrenstyps der planerischen Vorhabengenehmigung in Kapitel 2 des UGB I zu verzichten. Stattdessen sollte soweit wie möglich auf die Vorschriften über das Planfeststellungsverfahren im VwVfG (§§ 72 ff.) verwiesen werden. Der im UGB I erforderlichenfalls verbleibende Regelungsbestand könnte – wie in den verkehrs- und energierechtlichen Fachgesetzen üblich – im Wesentlichen durch entsprechende Maßgaben zum VwVfG normiert werden.

10. Zur Behördenbeteiligung (§ 89 UGB I-Entwurf)

Bei der in § 89 Abs. l des UGB I-Entwurfs geregelten Beteiligung anderer Behörden ist zumindest in der Begründung klarzustellen, dass bei überörtlich raumbedeutsamen Vorhaben auch die für die Landesplanung zuständigen Behörden sowie die Träger der Regionalplanung zu beteiligen sind.

11. Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalls bei der UVP (Anlage 7 zum UGB I-Entwurf)

Da die UVP-Richtlinie bei den Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalls im Rahmen einer UVP weitere Kriterien zulässt, sollten bei den standortbezogenen Kriterien unter Teilziffer 2.3.11 neben den Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte als weitere raumstrukturelle Kriterien auch „regionale Grünzüge sowie Vorrang-, Vorbehalts- und Eignungsgebiete im Sinne des § 7 Abs. 4 des Raumordnungsgesetzes" aufgenommen werden.

12. Zur Landschaftsplanung (§ 8 ff. UGB III-Entwurf)

Entsprechend der neuen grundgesetzlich verankerten Abweichungsgesetzgebung können die Länder im Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege von den bundesgesetzlichen Regelungen abweichen. Von diesem Abweichungsrecht ausdrücklich ausgenommen sind lediglich die Grundsätze des Naturschutzes, das Recht des Artenschutzes und des Meeresnaturschutzes (Art. 72 Abs. 3 Nr. 2 GG). In der Begründung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Grundgesetzes (BT-Drs. 16/813, S. 11) wird als ein Beispiel für Regelungsbereiche, die den Abweichungsrechten der Länder geöffnet sind, die Landschaftsplanung genannt.[3] Diese Abweichungsmöglichkeit steht im Widerspruch zur Bedeutung der Landschaftsplanung als dem zentralen raumbezogenen und vorsorgeorientierten Planungsinstrument des Naturschutzes. Die Aufgabe der Landschaftsplanung besteht darin, die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege für den jeweiligen Planungsraum zu konkretisieren sowie Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Ziele zu entwickeln (§ 9 Abs. 1 UGB III-Entwurf). Als auf den gesamten Naturhaushalt bezogene Planung liefert sie für die Raumordnung wesentliche Informationen und ist insgesamt wichtige Grundlage für Vorgänge der überörtlichen Gesamtplanung. Ebenso kommt ihr eine Unterstützungsfunktion für die SUP raumordnerischer Pläne zu. Eine Verpflichtung zur Aufstellung von Landschaftsplänen ist daher unverzichtbar. Die Landschaftsplanung sollte konsequenterweise vom Bundesgesetzgeber als abweichungsfestes Instrument des Naturschutzes anerkannt werden.

Aus Sicht der Raumplanung ist es wichtig, dass die Planungsebenen Landes-, Regional- und Bauleitplanung jeweils einen ebenenspezifischen Beitrag von der Landschaftsplanung erhalten. Mindestens könnte eine „Experimentierklausel", wie sie im ROG für den Regionalen Flächennutzungsplan enthalten ist, eingefügt werden, wonach ein regionaler Landschaftsplan die bisherigen Plantypen Landschaftsrahmenplan und örtlicher Landschaftsplan ersetzen könnte. Um die Funktion der Landschaftsplanung für die Gesamtplanung sicherstellen zu können, sollte im UGB ein Auftrag an die Länder formuliert werden, klare und praxistaugliche Regelungen in Bezug auf die Integration der Landschaftsplanung in die Raumplanung zu treffen.

Schließlich fehlt den Regelungen zur Landschaftsplanung die fachgesetzliche Raumordnungsklausel, nach der Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind (§ 15 Abs. 1 S. 2 BNatSchG). Gleiches gilt für wasserwirtschaftliche Planungen.[4] Die Verankerung von Raumordnungsklauseln im Fachgesetz misst dem Verhältnis von Raumordnung und Fachplanung das notwendige Gewicht bei und hat gegenüber der (allgemeinen) Raumordnungsklausel des § 4 ROG eine wichtige ergänzende Bedeutung.

---

[3] Vom zeitlichen Rahmen ist die landesgesetzgeberische Abweichung nach Art. 125b GG erst möglich, wenn der Bund von seiner neuen Gesetzgebungszuständigkeit Gebrauch gemacht hat, spätestens ab dem 1.1.2010.

[4] Maßnahmeprogramme nach § 66 UGB II-Entwurf und Bewirtschaftungspläne nach § 67 UGB II-Entwurf.

Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzepte

Das Modellvorhaben der Bundesraumordnung (MORO ist ein Forschungsprogramm des BMVBS und des BBR) „Sicherung der Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzept – gesellschaftspolitische Ziele und räumliche Organisation in der Diskussion“ zielt darauf ab, einen Erfahrungsaustausch der Bundesländer untereinander und mit dem Bund unter Einbezug der wissenschaftlichen „Szene“ herzustellen, um die Weiterentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts voranzutreiben. Der Erfahrungsaustausch soll über eine Fachtagungsreihe realisiert werden. Ferner ist eine Sonderexpertise zur Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge durch Private Bestandteil des Vorhabens.

Im Mittelpunkt der dritten Fachtagung des MORO-Vorhabens, die am 21. Februar 2008 im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) in Berlin stattfand, stand das Thema „Sicherung der Daseinsvorsorge in Schrumpfungsräumen – welche Bedeutung kommt den Zentrale-Orte-Konzepten zu?“. In Räumen mit wirtschaftlichen Problemen und starkem Bevölkerungsrückgang stellt die Sicherung der Daseinsvorsorge eine besondere Herausforderung dar. Dies wird auch durch das Leitbild 2 „Daseinsvorsorge sichern“ der von der Ministerkonferenz für Raumordnung im Juni 2006 verabschiedeten „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ betont. Stark sinkende Bevölkerungszahlen gefährden die Tragfähigkeit von Infrastruktureinrichtungen und auch von Zentralen Orten insgesamt.

Die Tagung setzte sich im Diskurs mit Raumwissenschaft und landesplanerischer Praxis mit diesem Thema auseinander und zielte darauf ab, innovative Ansätze zur Bewältigung dieser Herausforderung zu entwickeln. Vertieft widmete sie sich dabei der Wohnfolge- und sozialen Infrastruktur sowie den Wechselwirkungen zwischen landesplanerischen Zielsetzungen und den anstehenden Funktional- und Gebietsreformen, die ebenfalls in erster Linie vor dem Hintergrund des demographischen Wandels zu sehen sind.

Hanno Osenberg vom BMVBS begrüßte die Tagungsteilnehmer/innen und führte in die Thematik ein. Er hob hervor, dass die Dramatik des demographischen Wandels erst bei regionaler Differenzierung deutlich werde. So stelle die soziale Infrastruktur in zahlreichen Regionen der neuen Länder nach vielen Jahren der Schrumpfung gewissermaßen ein „zu groß gewordenes Kleid“ dar – eine Entwicklung, die mittlerweile auch Teilräume der alten Länder betreffe. Andere Räume Ostdeutschlands seien demgegenüber durch eine stabilere sozioökonomische Entwicklung gekennzeichnet (z. B. Dresden, Leipzig). Auch in den strukturschwachen ländlichen Räumen mit Bevölkerungsrückgang gelte es, in einem mehrstufigen System Zentraler Orte gleichermaßen angemessene wie (betriebswirtschaftlich) tragfähige Versorgungs- und Erreichbarkeitsstandards zu gewährleisten. Eine besondere Rolle spielten hierbei Bildungsangebote (Chancengleichheit), die Gesundheitsversorgung und der öffentliche Personennahverkehr.

Nach einer Zusammenfassung der Ergebnisse der beiden ersten Diskursrunden von PD Dr. Stefan Greiving, plan + risk consult, Dortmund, setzte sich Prof. Dr. Rainer Winkel, TU-Dresden, eingehend mit folgenden Fragen auseinander: Woher kommen Standards in der Raumordnung? Wodurch werden sie gebildet? Wie weit sind sie veränderlich und welche Schlüsse ziehen wir daraus für die Versorgungsmaßstäbe unter den Bedingungen rückläufiger Bevölkerungszahlen? Anschließend behandelte Thomas Gawron vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ), Leipzig, die Konsequenzen der Bevölkerungsabnahme für die administrative Abgrenzung und Funktionsfähigkeit der Gebietskörperschaften. Eine besondere Rolle spielten hierbei die Anforderungen an Größe und zukünftige Funktionen, die sich für die Daseinsvorsorge in den Gebietskörperschaften ergeben. Im Anschluss an die Vorträge fanden jeweils Diskussionen statt, in denen einzelne Themen und Fragestellungen vertieft wurden.

Der anschließende Veranstaltungsabschnitt diente der Behandlung fachlicher und handlungsorientierter Aspekte im Bereich der sozialen Infrastruktur. Zunächst stellte Dr. Kerstin Schmidt, Demographie lokal, Minden, die Bedeutung des demographischen Wandels für die soziale Infrastruktur dar. Hieran schloss sich ein weiterer Vortrag von Prof. Dr. Horst Weishaupt, Bergische Universität Wuppertal, zum Thema „Einschnitte in der Schulversorgung durch erheblichen Schülerrückgang – welche Lösungsmöglichkeiten bestehen?“ an. Auch diese Themen wurden intensiv erörtert.

Den Abschluss der Tagung bildete eine Podiumsdiskussion mit Impulsreferaten von Wilfried Hegen, Thüringer Kultusministerium, zur Schulversorgung angesichts des demographischen Wandels in Thüringen und von Margit Paepke, Ministerium für Bau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, zur Verwaltungsreform in Schrumpfungsräumen. Hierbei wurde zugleich die gesamte Spannbreite der Thematik von Fragen der Differenzierung des Zentrale-Orte-Konzepts, der Operationalisierung von Mindeststandards und Orientierungswerten für zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge bis hin zu Vorschlägen für neue Konzepte der Infrastrukturorganisation im Raum und zu spezifischen Unterstützungsmaßnahmen für die Vorhaltung daseinsrelevanter Einrichtungen und Angebote in dünnst besiedelten strukturschwachen Regionen zusammenfassend diskutiert.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 23
E-Mail: Toennies@ARL-net.de

46. Internationales Planertreffen

Das erste Planertreffen fand Anfang der 1960er Jahre statt. Es führt einmal im Jahr Delegationen aus den Niederlanden, Luxemburg, Österreich, der Schweiz und Deutschland zusammen. Das Treffen Anfang Mai 2008 in Köln wurde von der deutschen Seite zum Schwerpunktthema „Transformation und Konversion in Städten und Regionen" organisiert.

Die Planertreffen dienen der gegenseitigen Information und der gemeinsamen Diskussion aktueller und grundsätzlicher Themen aus Raumplanung und raumwissenschaftlicher Forschung. Der Kreis umfasst gut 20 Personen aus Planungspraxis und -wissenschaft. Die Mitwirkenden aus der Praxis repräsentieren die nationale Ebene und die der Länder, Regionen und Gemeinden sowie private Planungsbüros; die Mitwirkenden aus der Wissenschaft kommen aus dem Hochschulbereich und aus außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Deutschland wird zurzeit durch MinDgt Dr.-Ing. Bernhard Heinrichs, Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung, Schwerin, die Leiterin des Stadtplanungsamtes, Anne Luise Müller, Köln, Jens Peter Scheller, Anstadt – Büro für regionale Entwicklungen, Frankfurt/Main, ARL-Generalsekretär Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich, Hannover, MinDgt Manfred Sinz, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin, und Prof. Julian Wékel, TU Darmstadt, vertreten.

Transformation und Konversion in Städten und Regionen

Mitglieder aus den fünf Delegationen stellten in Form kompakter und anschaulicher Statements aktuelle Ansätze und konkrete Fallbeispiele zum Umbau in Städten und Regionen vor, die anschließend ausführlich diskutiert wurden.

Zwischen Randstad und Ede

Die niederländische Seite berichtete über die Entwicklungsperspektive Randstad 2040 aus nationaler, regionaler und raumwissenschaftlicher Sicht. Ziel ist es, die Randstad zu einer nachhaltigen, wettbewerbsfähigen europäischen Spitzenregion zu entwickeln. Dazu müssen allerdings noch erhebliche Wissensdefizite abgebaut werden. Man erhofft sich neue Erkenntnisse durch die Zunahme der raumwissenschaftlichen Zusammenarbeit in Europa.

Im Weiteren stellten Kolleginnen und Kollegen aus den Niederlanden das Transformationsgebiet der Stadt Ede vor. Für das rund 200 ha große ehemalige Kasernen- und Industriegebiet wurden vier alternative Konzepte entwickelt und bewertet (Parkstadt, Gartenstadt, Hinterhofstadt, Feldwegestadt). Auf der Basis von städtebaulichen Studien wurde anschließend ein Rahmenplan mit konkreten Projekten erarbeitet. Bei diesem integrativen Prozess hatte die breite Beteiligung der Akteure und der Öffentlichkeit ein besonderes Gewicht.

Zwischen Bahnhof und Universität

Aus Luxemburg wurde über die Restrukturierung des Bereichs rund um den Hauptbahnhof referiert. Im jetzigen Zustand trennt der Bahnhof die verschiedenen Wohngebiete. Zentrales Ziel des Ideenwettbewerbs und einer Machbarkeitsstudie war es deshalb, im Rahmen eines ganzheitlichen Konzeptes (Freiraum, Wohnen, Arbeiten, Verkehr, Kultur) die Barrierewirkung aufzuheben und das Image des Quartiers aufzuwerten.

v. l.: Peter Fercher, Thomas Schär, Gerd-Rainer Damm, Anne Luise Müller, Markus Seidl, Dietmar Scholich, Lukas Bühlmann

Darüber hinaus wurde über die Einrichtung einer nationalen Informationsstelle für den Erfahrungs- und Wissensaustausch im Bereich der Städtepolitik an der Universität Luxemburg berichtet. Hintergrund sind einerseits die Zunahme städtischer Themen auf EU-Ebene und die Rolle der Städte als Motoren der Regionalentwicklung sowie andererseits das Fehlen einer nationalen Städtepolitik und entsprechender städtischer Vernetzungen in Luxemburg.

Zwischen Brüssel und Wien

Im ersten Teil ihrer Berichte gingen die Kollegen aus Österreich zum einen der Frage nach, inwieweit sich EU-Impulse für institutionelle Transformationen auf das nationale Planungssystem auswirken. Konkret ging es um die Konsequenzen des Grünbuches zur territorialen Kohäsion und der EU-Programme wie INTERREG für die nationale Ebene sowie hinsichtlich der Erwartungen in den Ländern und Regionen Österreichs. Zum anderen wurden die aktuellen Szenarien der räumlichen, vor allem regionalen Entwicklung 2030 in Österreich vorgestellt.

Der zweite Teil war dann Informationen zur Stadtentwicklung in Wien vor dem Hintergrund des Tagungsthemas vorbehalten. Die Werkstattberichte zur Leitbildentwicklung für den Nordwestbahnhof und für das Zielgebiet Siemens-Allissen machten neue methodische Ansätze deutlich.

Zwischen Köln/Bonn und Schwerin

Seitens der deutschen Delegation stand zunächst das Thema „Regionale 2010" im Vordergrund mit der zentralen Frage, ob sich der Raum Köln-Bonn auf dem Weg zu einer neuen Gebietskörperschaft befindet. Wie bei den bisherigen Regionale-Projekten auch, ist das Prinzip der gleichen Augenhöhe zwischen den Partnern von großer Bedeutung und es konnten wichtige Impulse für den Standort gegeben werden.

Anschließend wurde über Transformations- und Konversionsmaßnahmen in den Kölner Stadtteilen Deutz und Mülheim sowie über Maßnahmen zum Stadtumbau und zur Aufwertung der Innenstadtbereiche in Mecklenburg-Vorpommern am Beispiel u. a. des Modellquartiers Schwerin–Mueßer Holz berichtet.

Zwischen Bern und Schaffhausen

Den Abschluss bildeten Statements zum Thema „Die Schweiz im Transformationsprozess". Dabei gingen die Kollegen aus der Schweiz im ersten Block auf das nationale Raumkonzept und die Position der großen Städte sowie auf die Agglomerationspolitik des Bundes ein. Der Bund strebt im Rahmen eines entsprechenden Programms und gezielter Strukturmaßnahme eine bessere Gesamtsteuerung der Agglomerationen an.

Im zweiten Block wurde über konkrete Transformationsprozesse am Beispiel des Limmattals und über die Agglomerationsprogramme für das Glattal und für den Grenzraum Schaffhausen berichtet.

Rheinauhafen Köln

Abgerundet wurde das Treffen durch die Besichtigung des Rheinauhafens Köln. Es entsteht hier ein neuer Stadtteil, der die Altstadt mit der Südstadt fußläufig verbindet und in dem es zu einem spannenden Zusammenspiel von moderner Architektur und historischen Bauwerken und Hafenanlagen kommt.

Das nächste internationale Planertreffen findet in den Niederlanden statt. Dabei sollen die Themen „Sektorale Politiken und ihr Einfluss auf die Raumentwicklung" sowie „Räumliche Konsequenzen des Klimawandels / Räumliche Aspekte der Energieversorgung, -effizienz etc." im Mittelpunkt stehen.

Dietmar Scholich, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 37
E-Mail: Scholich@ARL-net.de

Rheinauhafen Köln – Kranhäuser

Was kann das Planungsrecht für die Umwelt tun?

Am 14. April 2008 fand in Berlin ein Symposium des Umweltbundesamtes in Kooperation mit der Umweltakademie Baden-Württemberg und NatureLife International zu diesem Thema statt.

Die Inanspruchnahme unbebauter Flächen, der Klimawandel und der Rückgang der biologischen Vielfalt bedrohen die Umwelt- und Lebensqualität. Politik und Verwaltung haben sich diesen Problemen zu stellen und nach Lösungen für die damit verbundenen Herausforderungen zu suchen. Daher sprach das Symposium Repräsentanten aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Verbänden an, um sie für die Umweltprobleme zu sensibilisieren und den Beitrag des Planungsrechts für mögliche Handlungsansätze und Lösungswege herauszuarbeiten.

Reduzierung des Flächenverbrauchs

Im ersten Referat stellte Tanja Gönner, Umweltministerin des Landes Baden-Württemberg, die Kampagne „Flächen gewinnen" vor. Ziel des im Herbst 2004 ins Leben gerufenen Aktionsbündnisses ist die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme auf „Netto 0". Die mittlerweile erreichte Reduzierung der Flächeninanspruchnahme von 9,4 auf 8,8 ha pro Tag sei daher nur als Zwischenerfolg zu vermelden. Beteiligt an dem Bündnis sind u. a. die Landesregierung, Wirtschaftsverbände, kommunale Verbände und Umweltverbände. Gönner betonte, dass das gesetzliche Instrumentarium zur Redzierung der Flächeninanspruchnahme vorhanden sei. Dessen Bewährung bzw. Umsetzung in die Praxis sei jedoch vor allem von kommunalen Entscheidungsträgern abhängig. Hier soll das Bündnis helfen das Ziel zu erreichen. Es setzt dabei auf unterschiedliche Ansätze: Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit, Nutzung des rechtlichen Rahmens – Verbesserung des Verwaltungsvollzugs, wirtschaftliche Vorteile – Steueranreize.

Planungsrecht zur Reduzierung des Flächenverbrauchs

Die Möglichkeiten des Planungsrechts zur Reduzierung des Flächenverbrauchs untersuchte Prof. Dr. Wolfgang Köck, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ), Leipzig. Das Raumordnungsrecht kann beim Flächensparen Schützenhilfe über die Steuerung Zentraler Orte, die regionalplanerische Beschränkung der Siedlungstätigkeit auf Eigenentwicklung (Bsp. § 11 Abs. 3 Nr. 4 LPlG BW), die Festlegung von Siedlungsschwerpunkten, Baulandkontingente (z. B. in Hessen) und im Rahmen der Gestaltung des Freiraumschutzes leisten. Eine Pflicht zur Reduzierung des Flächenverbrauchs besteht jedoch nicht. Sie sollte aber – so der Vorschlag Köcks – als allgemeines Ziel in die Landesplanungsgesetze aufgenommen werden. Weiter empfiehlt er die Festlegung von Siedlungsbereichen gekoppelt an ein Mengenziel und einen großflächigen Freiraumschutz zur Wahrung zukünftiger Nutzungsoptionen.

Wichtigster Akteur beim Flächensparen sind derzeit die Gemeinden selbst. Sie entscheiden über die Ausweisung von Bauland und haben dabei im Rahmen der Bauleitplanung eine große Gestaltungsfreiheit, die über die kommunale Selbstverwaltungsgarantie und damit einhergehende Planungsautonomie gewährleistet wird. Es besteht zwar per Gesetz eine Bindung an die Ziele der Raumordnung, die aber – wie dargestellt – keine Pflicht zur Flächenreduzierung statuieren. Die im Rahmen der Bauleitplanung zu gewährleistende nachhaltige städtebauliche Entwicklung ist in Bezug auf Flächeninanspruchnahme zu allgemein gefasst. In die planerische Abwägung sind zwar Umweltbelange einzustellen, aus dieser Pflicht resultiert indes keine strikte Beachtenspflicht. Gleiches gilt für die Bodenschutzklausel. Der Vorrang von Innenentwicklung gegenüber Außenentwicklung kommt hingegen im neuen § 13a BauGB zum Ausdruck. Weiter wird laut Köck Freiraum- und damit Flächenschutz im Außenbereich über § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB gewährleistet.

Um das Planungsrecht auch in Bezug auf die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme zu ertüchtigen, schlägt Köck vor, die Bodenschutzklausel als striktes Recht auszugestalten, obligatorische Management- und Informationsinstrumenten einzuführen (z. B. ein Brachflächenkataster, Flächensparkonzepte als Voraussetzung für die Genehmigung von Flächennutzungsplänen) und die Nachfrage weiter auf den Innenbereich zu lenken. Hier ist es wichtig, städtebauliche Instrumente entsprechend anzupassen.

Regionalplanung und flächensparende Siedlungsentwicklung

Die Möglichkeiten, Grenzen und Hindernisse der flächensparenden Siedlungsentwicklung in der Regionalplanung zeigte Prof. Dr.-Ing. Dirk Vallée, RWTH Aachen, am Beispiel Stuttgart auf. Die Region wolle im Jahr 2020 auf einen Flächenverbrauch von 1 ha pro Tag kommen. Dementsprechend habe sie bezüglich der Siedlungsentwicklung ein Leitbild der „kurzen Wege" entworfen. Zur Umsetzung kooperieren Verkehrs- und Siedlungsentwicklung eng miteinander. Weiter wurde eine Gewerbeimmobilienbörse eingerichtet, in der freie Gewerbeflächen angeboten werden können. Grünflächen, Grünzäsuren wurden als raumordnerische Ziele im Regionalplan festgelegt. Darüber hinaus beteiligt sich die Region an dem Modellvorhaben der Raumordnung „Nachhaltiges Siedlungsflächenmanagement". Um den Fortschritt bzw. die Umsetzung zu überprüfen, unterliegen die eingesetzten Instrumente einer Evaluierung.

Klimaschutz durch Planungsrecht

Dr. Gerold Janssen, Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung, Dresden, referierte über die vorhandenen Ansätze und künftigen Erfordernisse, um das Planungsrecht für den Klimaschutz zu effektivieren. Ansätze zum Klimaschutz seien zwar in verschiedenen Gesetzen zu finden, bspw. im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), im Kraftwärmekopplungs-Gesetz (KWKG), im Treibhausgas-Emissionshandels-Gesetz (TEHG), in der Biomasseverordnung und im Entwurf des Energiewärmegesetzes. Dennoch sei in der

Anwendung der Klimaschutzvorschriften Zurückhaltung zu beobachten, vor allem seitens der Kommunen. Insbesondere im Zusammenhang mit der Ausweisung von Flächen für Windenergieanlagen finde oftmals eine Art Verhinderungsplanung statt. Berechtigterweise stellt sich daher die Frage, ob das Planungsrecht (noch) klimaschutzkonform ist. Dem ging Janssen im Folgenden in Bezug auf die für räumliche Planung relevanten Vorschriften nach.

So verankert der Entwurf des neuen Raumordnungsgesetzes den Klimaschutz als Grundsatz, jedoch ohne instrumentelle Konkretisierung. Das Bauplanungsrecht enthält in § 1 Abs. 5 S. 2 BauGB den Klimaschutz als Planungsleitlinie. Ein weiteres planungsrechtliches Problem ist das sog. „Repowering", d. h. der Ersatz älterer durch leistungsstärkere neue Windenergieanlagen. Hier stellt sich die Frage, ob sie wie Neuanlagen behandelt werden und damit keinen Bestandsschutz genießen. Das hat Auswirkungen auf den Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung, insbesondere wenn sich die Anlagen nicht innerhalb eines Gebiets mit planerischer Positivausweisung befinden. Janssen konstatierte, dass sich Klimaschutz im Planungsrecht hauptsächlich mittelbar durch Standortzuweisung verwirklichen lasse.

Eine unmittelbar raumbedeutsame Steuerung von Klimaschutzmaßnahmen findet sich im EEG: §§ 11 Abs. 3 und 4 EEG enthalten für Solaranlagen standörtliche Vorgaben für die Vergütungshöhe. Weiter ist gem. § 10 Abs. 4 EEG die Förderung für Windenergieanlagen an besonders windschwachen Standorten beschränkt.

Klimaschutz in Kommunen

Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik (difu), Köln, berichtete über Klimaschutzkonzepte und deren Umsetzung in Städten und Gemeinden. Einleitend stellte sie fest, dass der Klimaschutz keine Pflichtaufgabe der Kommunen sei. Entsprechende Maßnahmen zu verwirklichen sei darüber hinaus besonders schwierig, wenn Kommunen unter Nothaushalt stehen. Dennoch gebe es vielfältige Handlungsansätze. Klimaschutz müsse nicht zwangsläufig mit finanziellen Mehraufwendungen im kommunalen Haushalt verbunden sein. Im Gegenteil: Kosten ließen sich über umweltfreundliche Verfahren und Maßnahmen auch oftmals einsparen. Hier nannte Rösler beispielhaft folgende Maßnahmen, die bereits erfolgreich eingeführt wurden:

- kommunales Energiemanagement und Förderung energieeffizienter Investitionen,
- umweltfreundliche Beschaffung, Abfallvermeidung,
- Verpflichtung für bauliche Maßnahmen zum Einsatz erneuerbarer Energien (Solarhäuser).

Planungsrecht und Schutz der biologischen Vielfalt

Im Vortrag von Prof. Dr. Hans Walter Louis, Hannover, ging es um Ansätze im Gesamt- und Fachplanungsrecht zum Schutz der biologischen Vielfalt. Art. 8 der Biodiversitätskonvention bestimmt, dass jede Vertragspartei ein System von Schutzgebieten einzurichten hat, in denen besondere Maßnahmen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt notwendig sind. Die Umsetzung dieser Regelung ist in Deutschland auch ohne größere Änderungen bzw. Verschärfungen von Gesetzen möglich. Entscheidend kommt es auf die Anwendung bzw. den Vollzug von bereits bestehenden Regelungen an. Das Bundesnaturschutzgesetz enthält eine Reihe von Schutzgebietskategorien, die den Vorgaben und Intentionen der Konvention entsprechen.

Fahren nach Plan – der Bundeswildwegeplan

Schließlich stellte Magnus Herrmann, Naturschutzbund Deutschland, Berlin, den Bundeswildwegeplan vor. Dieser gilt als Ergänzung zum Bundesverkehrswegeplan. Angesichts des ständigen Rückgangs an unzerschnittenen Lebensräumen verfolge er das Ziel, die weitere Zerschneidung von Landschaften zu vermeiden und bestehende Lebensräume zu vernetzen. Beim Straßenbau können Wanderungshindernisse z. B. durch Grünbrücken und Unterführungen überwindbar gemacht werden. Damit verbunden ist auch eine Aufforderung an die Raumordnung, Querungsbauwerke und Wanderungskorridore abzusichern.

Die Vorträge der Veranstaltung führten in den anschließenden Diskussionen zu einem interessanten Gedankenaustausch über die Möglichkeiten und Grenzen, das Planungsrecht für den Umweltschutz zu ertüchtigen.

Jana Kenzler, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 43
E-Mail: Kenzler@ARL-net.de

PNDonline – Eine Plattform mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Das Projekt „Planung neu denken" wurde vor rund zwei Jahren am Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung der RWTH Aachen begonnen. Erste Ergebnisse sind bereits veröffentlicht. Der Idee von John Friedmann folgend – „Planning is in constant need of rethinking" – wird das Projekt fortgesetzt. Es wird weiter nachgedacht über Planen, Entwickeln und Steuern, über Fragen wie: Auf welche Weise können öffentliche Akteure heute und in Zukunft an der räumlichen Entwicklung mitwirken? Was sind die Ziele, Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten der Stadt-, Landschafts- und Raumplanung? Welche Impulse gehen von anderen Akteuren aus und wie wirken sie zusammen?

Dem Charakter eines fortlaufenden Denkprozesses entsprechend wird die weitere Arbeit internetbasiert gestaltet. Auf www.planung-neu-denken.de ist die Plattform „PNDonline" entstanden. Der Kernbereich umfasst eine wachsende Dokumentation relevanter Literatur. Ergänzend wird mit dialogischen Elementen gearbeitet. So werden beispielsweise einzelne Fachtexte zur Diskussion gestellt und aktuell läuft eine Umfrage zu Begriff und Inhalt von „Planungskultur". Überdies gibt es einen Servicebereich mit Literatursammlung, kommentierten Lesetipps der Redaktion und Hinweisen zu aktuellen Veranstaltungen. Das Online-Angebot soll schrittweise entwickelt und erweitert werden.

Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel

Bund und Länder werden bis Ende 2008 eine „Deutsche Strategie zur Anpassung an den Klimawandel" (DAS) erarbeiten, die vom Bundeskabinett beschlossen werden soll. Ziel der DAS ist, einen bundesweiten Handlungsrahmen zu schaffen, um Risiken des Klimawandels für die Bevölkerung, für die Volkswirtschaft sowie für die natürlichen Lebensräume vorzubeugen.

Am 15./16. April 2008 führte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) in Berlin eine Fachkonferenz durch, bei der Erwartung und Ziele zur DAS sowie vorrangige Handlungsfelder und -optionen mit leitenden Vertretern von Behörden, der Wirtschaft, von Verbänden und Forschungseinrichtungen diskutiert wurden. Vorangegangen war eine Befragung der relevanten Behörden von Bund und Ländern sowie Verbänden. Die Ergebnisse stellten die inhaltlichen Grundlagen für die Veranstaltung dar. Betont wurde auf der Veranstaltung insbesondere, so auch in der Begrüßung durch Dr. Fritz Holzwarth vom Bundesumweltministerium, der strategische Charakter der Herausforderung „Anpassung an den Klimawandel".

In einem einführenden Vortrag gab Pieter Bloemen, Ministerium van VROM, Niederlande, und Programm-Manager der niederländischen Anpassungsstrategie, einen Einblick in das Vorgehen des Nachbarlandes bei der Erarbeitung des Anpassungsprogramms „Climate changes Spatial Planning". Bloemen stellte vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Niederlande fünf „key factors" für den Erfolg einer Anpassungsstrategie heraus: 1. eine klare Bestimmung der Ausgangsposition und der Erwartungen an die Anpassungsstrategie, um Strategie und Anpassungsprogramme richtig verankern zu können, 2. die klare Strukturierung der Vorgehensweise, etwa nach Akteuren und nach Arbeitsphasen, 3. die Förderung des „political committments" auf allen Ebenen, 4. der Einbezug möglichst vieler relevanten Gruppen und Akteure und 5. die Unterstützung bei der Erarbeitung solider wissenschaftlicher Grundlagen.

Dr. Peter Frei vom Bayerischen Umweltministerium präsentierte anschließend einige aktuell bereits durchgeführte oder geplante Maßnahmen im Umgang mit Naturgefahren im bayerischen Alpenraum – der den Klimawandel aller Voraussicht nach besonders stark zu spüren bekommen wird –, wie z. B. das Aktionsprogramm 2020 für einen nachhaltigen Hochwasserschutz in Bayern, das INTERREG III B-Projekt „NAB – Naturpotenziale alpiner Berggebiete" oder das bayerische Informationssystem Alpine Naturgefahren (IAN). Für den Umgang mit den zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels betonte Frei die Notwendigkeit eines integralen Risikomanagements, durch das man auch auf unerwartete Ereignisse vorbereitet sein müsse.

Prof. Dr. Helmut Jungermann, TU Berlin, behandelte in einem weiteren Vortrag zum Abschluss des ersten Tages Fragen der Risikowahrnehmung – eine wichtige Grundlage für den Umgang mit Risiken. Der Klimawandel sei für die breite Bevölkerung ein komplexes, intransparentes Phänomen mit schleichenden Folgen, das keinem konkreten Verursacher zugeordnet werden könne. In der öffentlichen Meinung würden Schäden für das eigene Leben als unwahrscheinlich angesehen, sei die Beherrschbarkeit unklar, der persönliche Einfluss ohnehin gering. Die Bereitschaft zu Verhaltensänderungen, z. B. in Bezug auf den Klimaschutz, sei, so Jungermann, jedoch keine Folge von höherem Wissen, sondern vielmehr eine Frage der Wertorientierung – werden die unspezifischen Risiken „für die Welt" als ebenso wichtig betrachtet wie Risiken für den eigenen Lebensbereich? Für gezielte Aufklärung sei es wichtig, die Verbindungen zwischen Klimawandel und konkreten Folgen sowie zu individuellem und institutionellem Handeln herzustellen, für gezielte Maßnahmen, akzeptierbare Kosten für klimaschädliches Verhalten und attraktive Anreize für klimafreundliches Verhalten zu schaffen.

Alle Vorträge der Veranstaltung sind im Internet unter http://www.wasklim.de/BMU-Konferenz.htm abrufbar.

Schließlich fasste Prof. Dr. Christian Jacoby, Universität der Bundeswehr München, die Ergebnisse der zwei halbtägigen Workshop-Blocks in einem Konvergenzrapport zusammen, mit einem Schwerpunkt auf den querschnittsorientierten Themen. An dieser Stelle seien kurz einige wesentliche Aspekte angesprochen; die ausführliche Dokumentation der Workshops ist ebenfalls im Internet verfügbar. „Informationssicherheit" war eine wichtige Forderung der Konferenzteilnehmer: Eine angemessene, akteursspezifische Informationsvermittlung, eine breite Sensibilisierung über die zu erwartenden Risiken und ein adäquater Umgang auch mit Wissenslücken und Unsicherheiten wurden als wichtige Bestandteile der DAS herausgestellt. In diesem Zusammenhang wurde als wichtig erachtet, sich auf bestimmte Klimaszenarien zu verständigen, um Handlungsfähigkeit zu schaffen. Hinsichtlich der Entwicklung der DAS wurde vielfach auf die Integration von Mitigation und Adaptation hingewiesen, wie auch auf die Vernetzung mit weiteren (umwelt-)politischen Strategien, z. B. zum Schutz der Biodiversität, im Hinblick auf den demografischen Wandel, die Reduzierung des Flächenverbrauchs, umweltgerechte Landnutzung etc. Es müssten allerdings auch prioritäre Handlungsbereiche identifiziert werden.

Bezüglich der Institutionalisierung der DAS wurden einerseits klare behördliche Zuständigkeiten gefordert, andererseits wurde auf die Notwendigkeit einer Vernetzung der bestehenden relevanten Behörden und Wissenschaftseinrichtungen hingewiesen. Im Rahmen der verschiedenen Workshops wurden sehr unterschiedliche Instrumente genannt und diskutiert, die zur Anpassung an den Klimawandel eingesetzt werden könnten. Gerade die Bedeutung integrierter Strategien bzw. integrierter Planungskonzepte, die immer wieder betont wurde, ist aus dem Blickwinkel der Raumordnung hier hervorzuheben.

In der abschließenden Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden wurde vor allem betont, dass das Thema Anpassung auf die Tagesordnung der unterschiedlichen politischen Ebenen kommen müsse und dass hier zum Teil auch sektorale oder kurzfristige Sichtweisen überwunden werden sollten. Der prozessuale Charakter der DAS wurde herausgestellt: Sie müsse ein „learning document" sein, müsse mutig sein und Mut machen – und letztlich umgesetzt und „gelebt" werden. Es sei allerdings ein Problem – dies wurde in der Diskussion mit dem Plenum angesprochen –, dass eine wirklich fachübergreifende Auseinandersetzung, auch in der Wissenschaft, immer noch zu wenig stattfindet.

Gerhard Overbeck, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 22
E-Mail: Overbeck@ARL-net.de

Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA)

Vom 9. bis zum 11. April 2008 fand im Auswärtigen Amt in Berlin die Vorbereitungskonferenz zur Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) statt. An der Konferenz nahmen 170 Expertinnen und Experten aus 60 Ländern. Als bedeutender Vorteil bzw. als Weiterentwicklung der IRENA gegenüber der bereits seit 1973 bestehenden IEA wird ihre globale Konzeption und Mitgliedsbasis sowie der ausschließliche Fokus auf die erneuerbaren Energien und deren wirtschaftliche, politische und soziale Aspekte angesehen. IRENA soll von einer möglichst breit gefächerten Ländergruppe gegründet werden, zu der große und kleine Staaten sowie Industrie- und auch Entwicklungsländer gehören. Die zentrale Zielsetzung ist, einen Motor zur Ausbreitung von erneuerbaren Energien auf internationaler Ebene zu schaffen. Dabei soll sich die Agentur nicht in die Energiepolitik einzelner Staaten einmischen oder selbst aktiv Politik machen. Sie wird vielmehr den Charakter eines Kompetenzzentrums haben und entsprechend erst auf Nachfrage einzelner Mitgliedsstaaten oder Staatengruppen tätig werden. Über die Aktivitäten der IRENA entscheiden dabei allein die Mitgliedsstaaten. Sie schafft einen internationalen Orientierungsrahmen und dient als Koordinationsstelle für die vielen individuellen Initiativen im Bereich der erneuerbaren Energien. In der zwischenstaatlichen Kommunikation sollen mittels IRENA Kostenvorteile realisiert werden, da die Agentur einen verbesserten Informationsaustausch ermöglicht und Doppelarbeit unterschiedlicher Staaten verhindert. Die Vertreter der interessierten Länder zeigten eine breite Unterstützung während der Veranstaltung. Vor diesem Hintergrund will die Bundesregierung mit den weiteren Schritten der Gründung zügig voranschreiten und strebt an, die interessierten Staaten zur Gründungskonferenz im Herbst 2008 nach Deutschland einzuladen. Weitere Informationen: http://www.erneuerbare-energien.de/inhalt/41184/ und direkt auf der Internetseite der Agentur, http://www.irena.org/.

Christian Schulz

Klima 2008 / Climate 2008: Klimaschutz ernst genommen

Vom 3. bis 7. November 2008 führt das Forschungs- und Transferzentrum „Applications of Life Sciences" der Hochschule für Angewandte Wissenschaft Hamburg die erste virtuelle Klimakonferenz Klima 2008 / Climate 2008 im Internet durch. Mit diesem innovativen und klimaschonenden Ansatz ermöglichen es die Veranstalter unter der Schirmherrschaft der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, und des geschäftsführenden Direktors des UN-Umweltprogramms (UNEP), Dr. Achim Steiner, einem weltweiten interessierten Fachpublikum, kostenlos online an der fünftägigen Konferenz teilzunehmen. Dabei richtet sich die Veranstaltung neben Forschern und Akademikern auch an Unternehmen aus den Bereichen Energie, Landwirtschaft oder Chemie, an Banken und Versicherungsunternehmen, Regierungsorganisationen sowie NGOs und sonstige Interessenvertreter. Die Teilnehmer, die innovative und umsetzungsorientierte klimawandelbezogene Projekte durchführen, haben im Vorfeld die Möglichkeit, Studien und Veröffentlichungen zu ihrer Arbeit einzureichen.

Die Konferenz bietet ein wissenschaftliches Symposium zum Zweck des Informationsaustausches und Wissenstransfers unter den relevanten Interessensvertretern und einen begleitenden Diskussionsabschnitt, bei dem die Teilnehmer die Veröffentlichungen kommentieren können und die Möglichkeit besteht, mit den Autoren zu diskutieren. In besonderen Chatforen sollen Forscher und politische Entscheidungsträger darüber diskutieren, wie bestehende Hindernisse gegenüber den globalen Bemühungen, den Klimawandel einzudämmen, aus dem Weg geräumt werden können.

Im Rahmen der Konferenz soll neben der wissenschaftlichen Auseinandersetzung auch die Brücke zu den ökologischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Dimensionen des Klimawandels geschlagen werden und so eine Betrachtung der unterschiedlichen Dimensionen der Klimawandelproblematik ermöglicht werden, wie sie bisher in dieser Form noch nicht möglich gewesen ist. Eine weitere Besonderheit der Konferenz ist die Möglichkeit für die allgemeine Öffentlichkeit, sich über die Internetplattform über die aktuellen wissenschaftlichen und umsetzungsorientierten Erkenntnisse zu informieren und auch mit den Autoren direkt zu diskutieren. Weitere Informationen: www.klima2008.net.

Christian Schulz

Europäische Politik des territorialen Zusammenhalts – Europäischer Rechtsrahmen und nationale Umsetzung

Mit der Überführung der ehemals im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B geförderten transnationalen Zusammenarbeit in die „Mainstream-Förderung" der europäischen Strukturpolitik als Ziel

„Europäische territoriale Zusammenarbeit" vollzieht sich im Recht und in der Politik des territorialen Zusammenhalts ein Paradigmenwechsel zu einer neuen integrierten europäischen Raumentwicklung. Ein vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten sollte dabei die Frage klären, wie sich die Neuausrichtung der europäischen Strukturpolitik und die Neuverteilung der Raumordnungskompetenzen auf die Umsetzung der territorialen Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen Raumentwicklung, deren Grundlage die föderale Kompetenzverteilung ist, auswirken. Auftragnehmer des Forschungsvorhabens sind Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis vom Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht sowie Verwaltungswissenschaft der Humboldt-Universität Berlin und Prof. Dr. Jens Kersten vom Lehrstuhl für öffentliches Recht der Universität Bayreuth. Das Gutachten geht dabei von einer politischen Folgenbetrachtung der europäischen Raumentwicklung nach 1989 aus und weist das neue europäische Raumverständnis im europäischen Primär- und Sekundärrecht nach. Im Weiteren werden die politisch indizierten rechtlichen Lücken der Föderalismusreform I hinsichtlich der Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz auf dem Gebiet der europäischen Raumentwicklung aufgezeigt. Dabei wird auch die wirtschaftspolitische Seite des Raumverständnisses der Lissabon-Göteborg-Strategie mit einbezogen und die Erkenntnisse der Governance-Forschung werden genutzt, um die European Territorial Governance weiter zu konturieren. Weiterführende Informationen zu den Ergebnissen des Gutachtens finden sich unter http://www.bbr.bund.de (unter Forschungsprogramme/Allgemeine Ressortforschung/Bereich Raumordnung/Föderalismusreform).

Christian Schulz

Chancen und Risiken steigender Verkehrskosten für die Stadt- und Regionalentwicklung – Übergangsszenario Postfossile Mobilität

Vor dem Hintergrund derzeit hoher und wahrscheinlich in Zukunft noch weiter steigender Energiepreise haben das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) und das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) eine Vorstudie in Auftrag gegeben mit dem Ziel, einen Überblick über mögliche Entwicklungen im Bereich der Mobilitätskosten und deren Auswirkungen auf die Siedlungsstrukturen zu erhalten. Auftragnehmer ist das Institut für Verkehrsplanung und Logistik der Technischen Universität Hamburg-Harburg. Im zeitlichen Vorgriff sollen politische Handlungsfelder bezüglich der Möglichkeiten einer Förderung postfossiler Technologien und der Überprüfung und möglichen Transformation räumlicher Strukturen aufgezeigt und beschrieben werden. Einen Kernpunkt der Studie werden dabei die Entwicklung des Ölpreises in der Zukunft und die daraus resultierenden Mobilitätskosten darstellen. Ziel ist es, die aufgrund ihres Einkommens und der bestehenden Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur entstehenden Belastungen für die Mitglieder der Gesellschaft einzuschätzen. Dabei wird in der Studie neben den genannten Fragen untersucht, welche Raumtypen für hohe Mobilitätskosten besonders anfällig sind, welche Strategien für einen postfossilen Übergang notwendig sind und welcher weitere Forschungsbedarf in diesem Themenkomplex besteht. Die bis Mitte August 2008 laufende Studie soll eine Abschätzung der denkbaren Risiken leisten und generelle Handlungsempfehlungen für die Politik und die Planung unter Berücksichtigung der Siedlungs- und Raumentwicklung ausarbeiten. Weitergehende Informationen: http://www.bbr.bund.de (unter Forschungsprogramme/Allgemeine Ressortforschung/Bereich Raumordnung/Postfossile Mobilität).

Christian Schulz

Langzeitwirkung und Effektivierung der Städtebauförderung

Die deutsche Städtebauförderung gilt als Erfolgsmodell, wie Studien zu den ökonomischen Wirkungen der öffentlichen Fördermittel in diesem Politikbereich belegen. Dennoch zeigen sich sowohl in den verschiedenen Phasen als auch zwischen den subsumierten Programmen erhebliche Unterschiede in der Stimulation privater Investitionstätigkeit. Im Zuge der Entwicklung einer nationalen Stadtentwicklungspolitik hat das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) eine Studie in Auftrag gegeben, welche die langfristigen Effekte von Sanierungsmaßnahmen als bedeutenden Teil der Städtebauförderung untersucht. Auftragnehmer sind der Fachbereich Architektur, Stadtplanung und Landschaftsplanung der Universität Kassel sowie der Fachbereich Architektur, Kunst und Bauen der Bergischen Universität Wuppertal. Ziel der Untersuchung ist es, den Einsatz der öffentlichen Fördermittel hinsichtlich ihres Anstoßeffektes zu optimieren. Dabei liegt die besondere Herausforderung des Projektes darin, die vielfältigen und sich gegenseitig beeinflussenden sozio-ökonomischen und räumlich-funktionalen Faktoren hinsichtlich ihrer Intensität, räumlichen Reichweite und Dauer zu isolieren und deren Wirkungen getrennt voneinander zu analysieren. Zu diesem Zweck sollen 25 Fallbeispiele aus dem gesamten Bundesgebiet für die Evaluation herangezogen werden. Neben einer Effektivierung der Fördermittel sollen die ökonomischen, ökologischen und sozialen Wirkungen der öffentlichen Finanzmittel beschrieben und die organisatorischen Abläufe und der administrative Vollzug untersucht und optimiert werden. Weitere Informationen zu dem bis 2009 laufenden Projekt findet man unter http://www.bbr.bund.de (unter Forschungsprogramme/Allgemeine Ressortforschung/BereichStädtebau/Langzeitwirkungen Förderung).

Christian Schulz

Neue Veröffentlichungen aus anderen Verlagen

Raumplanungsrecht in der Krise

Die Raumplanung in der Schweiz steckt in einer Krise. Die Ziele von Art. 75 der Bundesverfassung – zweckmäßige und haushälterische Nutzung des Bodens und geordnete Besiedlung des Landes – konnten zu einem wesentlichen Teil nicht erreicht werden. Die Krise der Raumplanung ist eine Vollzugskrise, aber auch eine Krise des Raumplanungsrechts, denn das Raumplanungsgesetz von 1979 vermochte seinen Vollzug in den Kantonen und Gemeinden nicht hinreichend zu lenken.

Woran liegt das? Was ist zu tun? Die Juristen haben die Raumplanung in den letzten Jahren weitgehend den Planungsfachleuten und Ökonomen überlassen. Juristischer Sachverstand scheint bei der Entwicklung und Gestaltung des Lebensraumes nur noch beschränkt gefragt zu sein. Das Recht muss sich mit den Problemen, die sich der Raumplanung stellen, jedoch wieder vermehrt befassen. Neben der Interpretation geltender Rechtsnormen muss insbesondere die Suche nach neuen Wegen und Instrumenten mehr Gewicht erhalten.

Das Raumplanungsgesetz der Schweiz soll in nächster Zukunft einer umfassenden Revision unterzogen werden. Im Rahmen dieser Totalrevision werden einige bestehende Regelungskonzepte infrage gestellt und Innovationen geprüft. Unabhängig davon ist die Zeit reif, grundsätzliche Fragen über Ausrichtung, Ziele und Instrumente der Raumplanung zu diskutieren.

Der Band von Alexander Ruch und Alain Griffel (Hrsg.) enthält die schriftlichen Fassungen der Referate einer Tagung, welche im November 2007 an der ETH Zürich durchgeführt wurde. Er behandelt folgende Themen: Aktuelle Grundfragen des Raumplanungsrechts, Planungen des Bundes und Richtplanung der Kantone, Planung des Siedlungsgebiets, Nicht-Siedlungsgebiet, Städte und Agglomerationen (ISBN 978-3-7255-5573-4).

❒

Planung und Adaption

Wie entwickeln Regionen Strategien und welche Strategien sind unter welchen Rahmenbedingungen angemessen? Die 2008 veröffentlichte Arbeit von Thorsten Wiechmann überträgt theoretische Ansätze aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen – von der Strategieforschung über die Verwaltungs- und Politikwissenschaft bis hin zur Planungswissenschaft – auf spezifische Konstellationen in der deutschen Regionalenwicklung.

Im Mittelpunkt steht ein Prozessmodell strategischer Planung. Es erfasst im Gegensatz zu klassischen Planungsmodellen nicht nur beabsichtigte Strategien, sondern auch tatsächlich realisierte Strategien und verbindet damit die beiden Grundverständnisse des Strategiebegriffs: die formulierte Strategie als Produkt der intentionalen Planung (Strategie als Plan) und die realisierte Strategie als Produkt der sowohl induzierten als auch emergenten Strategiebildung (Strategie als Muster). Empirisch werden zudem die regionalen Strategien in vier Fallstudien betrachtet (ISBN 978-3-939486-10-7).

❒

Reformen in Kommunalpolitik und -verwaltung

Dem 2008 erschienenen Buch von Hellmut Wollmann liegen die Ergebnisse eines vergleichenden Forschungsprojekts zugrunde, in dem die Reformen der kommunalen Politik und Verwaltung in Großbritannien/England, Schweden, Frankreich und Deutschland untersucht wurden. Diese vier Länder können als Prototypen europäischer Kommunalsysteme gelten, die sich für eine vergleichende Analyse der maßgeblichen Entwicklungslinien, Reformen und ihrer Bestimmungsfaktoren (Pfadabhängigkeit, Europäisierung, internationale Reformdiskurse, Finanzkrise usw.) in besonderem Maße eignen.

Um einen umfassenden Über- und Einblick zu gewinnen, wird der Vergleich der allgemeinen kommunalen Strukturen (territoriale Gliederung, kommunale Aufgaben, lokale Demokratie, kommunale Leistungsstrukturen, Organisations- und Personalstrukturen, kommunale Finanzen) durch die Untersuchung ausgewählter relevanter kommunaler Handlungsfelder (kommunale Sozialpolitik einschließlich kommunaler Beschäftigungspolitik sowie städtebauliche Planung und Baugenehmigung) ergänzt und vertieft. Abschließend wird für die Handlungsfähigkeit der vier Kommunalsysteme eine Rangfolge („ranking“) vorgeschlagen (ISBN 978-3-531-15748-1).

❒

Wissen in planerischen Entwicklungsprozessen

Die 2008 als Band 24 der Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung erschienene Arbeit von Diana C. Schödl befasst sich mit der Thematik des effektiven und bewussten Einsatzes von Wissen in planerischen Entwicklungsprozessen. Es werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie Wissen im Bereich der Regionalplanung und -entwicklung transparenter und nutzbar gemacht werden kann und durch Teilen und Vernetzen eine Wissensvermehrung stattfindet, die neue Entwicklungspotenziale generiert. Als Gegenstand der empirischen Untersuchung wird das Beispiel der europäischen Strukturpolitik durch INTERREG herangezogen. Im Bereich der europäischen Raumentwicklung – und INTERREG ist prädestiniert, diese

Regionalentwicklung zu repräsentieren – spielen Wissen und Wissenstransfer schon immer eine wesentliche Rolle.

Die Veröffentlichung soll eine Basisarbeit zum Umgang mit Wissen in der Projektumsetzung darstellen. Als theoretische Hilfestellung fungiert dabei das betriebswirtschaftliche Wissensmanagement, das auf Planungsprozesse der Regionalentwicklung übertragen wird. Aufbauend auf einer theoretischen Verknüpfung von europäischer Strukturpolitik, den Planungsprozessen der Regionalentwicklung und den Anforderungen eines Wissensmanagements wird ein Ansatz zum strukturierten Umgang mit Wissen erarbeitet. Dieser theoretische Ansatz wird anhand praktischer Beispiele auf seine Anwendbarkeit hin überprüft.

Der rote Faden, der sich durch die Arbeit zieht, ist die Frage, welche Bedeutung Wissen tatsächlich hat, haben kann bzw. entfalten kann und welche Voraussetzungen und Bedingungen hierfür erfüllt sein müssen. Ziel und Herausforderung ist die Erarbeitung eines umsetzungsorientierten Leitfadens für Projektentwickler und -umsetzer (ISBN 978-3-933103-37-6).

❒

Public Management – wohin ?

„Public Management – wohin?“ ist der Titel der Antrittsvorlesung vom 12.02.2008 von Jürgen Hiller, seit Oktober 2007 Honorarprofessor in der Fachrichtung Raum- und Umweltplanung der TU Kaiserslautern. Der Themenbereich des Public Managements ist – wie die gesamte Raum- und Umweltplanung – querschnittsorientiert und interdisziplinär angelegt. Zunächst in der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplin verankert, gewinnt „Public Management“ seit einigen Jahren insbesondere im Kontext des Regionalmanagements sowie des raumbezogenen Projektmanagements in der Raumwissenschaft und Raumplanung zunehmend an Bedeutung.

Aufbauend auf einer Vielzahl von Veröffentlichungen, insbesondere im Bereich der Stadtforschung sowie der regionalen und kommunalen Konversionsforschung im nationalen und insbesondere auch im internationalen Rahmen, zeigen die Inhalte der Antrittsvorlesung innovative Ansätze für die Raumwissenschaft in fachlicher und methodischer Hinsicht auf. Die Arbeit ist als Sonderheft und Band 26 der Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung erschienen (ISBN 978-3-933103-39-0).

❒

Kulturlandschaft als Handlungsraum

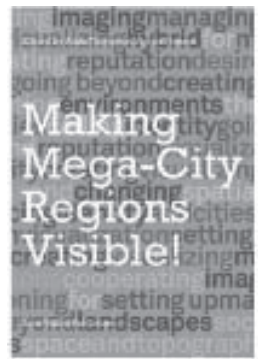
Die Kulturlandschaft ist ein aktuelles Thema in der Raumplanung und in zahlreichen Fachpolitiken, z. B. für den Naturschutz oder für die Politik für den ländlichen Raum. Leitbilder, Pläne, Gesetze und Programme verweisen auf die Notwendigkeit ihrer Gestaltung, ihres Schutzes oder ihrer kooperativen Entwicklung. Was aber ist Kulturlandschaft? Wie wirken sich institutionelle Regelungen auf die Kulturlandschaftsentwicklung aus? Welche Rolle spielen regionale Identitäten und sozialräumliche Zusammenhänge bzw. Bindungen an „place“? Wie gehen die Akteure mit dem Gemeinschaftsgut Kulturlandschaft um und welche Governance-Arrangements sind Erfolg versprechend?

Der Band „Kulturlandschaft als Handlungsraum“, herausgegeben von Dietrich Fürst, Ludger Gailing, Kim Pollermann und Andreas Röhring, widmet sich diesen Fragestellungen anhand theoretischer Zugänge der Institutionen- und Governanceforschung sowie acht empirischer Fallstudien. Er baut dabei auf den Ergebnissen zweier Forschungsprojekte des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (Erkner) und der Leibniz Universität Hannover (Institut für Umweltplanung) auf und richtet sich an Adressaten in Forschung, Lehre, Planungspraxis und Verwaltung sowie an Akteure der Regionalentwicklung (ISBN 978-3-939486-06-0).

❒

The Image and the Region – Making Mega-City Regions Visible

Metropolregionen sind derzeit ein viel diskutiertes Phänomen. In der Forschung werden die Grundlagen für das Verständnis der Rolle der Metropolregionen mit ihren gesellschaftlichen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Entwicklungen auf nationalem und europäischem Boden erarbeitet. Von den zuständigen Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft sind neue großräumliche Maßnahmen gefordert. An diesem Punkt fängt jedoch das Problem an: in Europa scheint das Bewusstsein für die Metropolregionen zu fehlen. Für die meisten Politiker, Planer, Institutionen und Einwohner bleiben die Aspekte der Metropolregionen unsichtbar.



Das Buch „The Image and the Region – Making Mega-City Regions Visible“, herausgegeben von Alain Thierstein und Agnes Förster, basiert auf dem Verständnis, dass die bildliche Darstellung der Metropolregionen grundlegend ist für die Identifikation, Handlungsfähigkeit und weitere Entwicklung innerhalb der vorhandenen großstädtischen Ballungsräume. Mit Beiträgen aus verschiedenen Disziplinen nähert sich die Arbeit dem Phänomen und diskutiert die Notwendigkeit der Visualisierung der Metropolregionen (ISBN 978-3-03778-131-9).

Ursachen der unterschiedlichen Wirtschaftskraft der deutschen Länder

Innerhalb der Wirtschaftswissenschaft besteht kein Konsens darüber, ob Wirtschaftspolitik im Allgemeinen sowie politische Entscheidungen auf Länderebene im Besonderen einen nennenswerten Einfluss auf das regionale Wirtschaftswachstum ausüben. Letzteres ist auch für die aktuelle Diskussion um die Reform des bundesstaatlichen Finanzausgleichs in Deutschland von Bedeutung. Vor diesem Hintergrund liefert die Veröffentlichung „Ursachen der unterschiedlichen Wirtschaftskraft der deutschen Länder" von Thomas Döring, Lorenz Blume und Matthias Türck grundlegende Einsichten in dieses Thema.

Ausgehend von einer breiten Auswertung regional- und wachstumstheoretischer Ansätze kommt die Untersuchung zu dem Ergebnis, dass im Vergleich zu alternativen Erklärungsfaktoren (geografische Lage, historische Einflussgrößen, Branchenstruktur etc.) der Einfluss der ländereigenen Politik auf die Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung von Regionen als relativ gering bewertet werden muss. Grundlage der Untersuchung ist eine empirische Quantifizierung des Ländereinflusses auf die wirtschaftliche Prosperität von Regionen in Westdeutschland, die um Fallanalysen für ausgewählte Bundesländer ergänzt wurde (ISBN 978-3-8329-3294-7).

❒

Grenzüberschreitende Kooperation

Die grenzüberschreitende Kooperation in der Raumentwicklung an der deutsch-polnisch-tschechischen Grenze befindet sich derzeit in einem Dilemma. Die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit sind so gut wie noch nie. Jedoch sind häufig Kooperationsprozesse zu beobachten, die nicht kontinuierlich sind oder hinter den hohen an sie gestellten Erwartungen zurückbleiben. Dies führt zu Kooperationsmüdigkeit unter den betroffenen Akteuren.

In der Arbeit „Grenzüberschreitende Kooperation: Gestaltung und Management von Kooperationsprozessen in der Raumentwicklung im deutsch-polnisch-tschechischen Grenzraum" untersucht Robert Knippschild vom Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung, was grenzüberschreitende Kooperation für die Raumentwicklung in Grenzräumen leisten kann und welche Erfolgsfaktoren sich für die Zusammenarbeit identifizieren lassen. Es wird gezeigt, wie sich grenzüberschreitende Kooperation mit fortschreitender Kooperationserfahrung entwickelt und welche Rolle dabei insbesondere die räumliche Dimension spielt. Es werden auch für die Akteure in der Praxis Erfahrungen aufbereitet und Empfehlungen zur Gestaltung und zum Management grenzüberschreitender Kooperationsprozesse in der Raumentwicklung formuliert (ISBN 978-3-933053-31-2).

Städte zwischen Wachstum und Schrumpfung

Die weltweite Debatte um eruptiv wachsende Metropolen auf der einen und schrumpfende Städte auf der anderen Seite ist von Ratlosigkeit geprägt und bisher noch kaum historisch verortet worden. In Deutschland – hier dominiert der Umgang mit Schrumpfung derzeit die politischen und stadtplanerischen Diskurse – wird Schrumpfung meist mit Krise, Niedergang oder Verlust in Zusammenhang gebracht, während mit Wachstum Bewegung, Positives und Dynamisches assoziiert wird. Mit Blick auf andere Erdteile stellt sich Wachstum bisweilen aber auch als bedrohliche Zukunft angesichts unüberschaubarer Häusermeere dar.

In dem von Axel Schildt und Dirk Schubert herausgegebenen Band „Städte zwischen Wachstum und Schrumpfung" werden neue Zugänge zu einem klassischen Thema eröffnet. Unterschiedliche Kulturen des Umgangs mit Wachstum und Schrumpfung werden untersucht und die Wirkungsmacht planerischer Leitbilder in diesem Kontext reflektiert (ISBN 978-3-88211-163-7).

❒

Restoring Floodplains in Europe. Policy Contexts and Project Experiences

The book, edited by Timothy Moss and Jochen Monstadt, addresses the complex institutional dimensions to restoring floodplains. Despite the recent surge of interest in restoring floodplains among policy and research circles, as well as in the public domain, very few schemes for restoring functional floodplains have been put into practice in Europe to date. The book explores the reasons behind this discrepancy between interest and applications with an original, comparative analysis of the institutional drivers and constraints of floodplain restoration in Europe. It explains why so few projects have been successfully implemented, how recent policy shifts are creating new opportunities for floodplain restoration and what lessons for policy development and project management can be drawn from in-depth analysis of past and present schemes. At a time of rapidly growing interest in restoring floodplains as an important component of efforts to improve flood protection, enhance riparian habitats, strengthen catchment management, raise water quality and pursue integrated rural development, the book critically appraises the relationship between macro-level policy development and enforcement and micro-level project design and implementation (ISBN: 9781843390909).

Veranstaltungshinweise

11. Juli in Erkner

Im Interesse des Gemeinwohls – Infrastruktursysteme und Kulturlandschaften als Potenziale der Regionalentwicklung

Veranstalter: Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)

Kontakt: Frau Leppler, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Forschungsabteilung 2: Regionaler Institutionenwandel zur Sicherung von Gemeinschaftsgütern
Flakenstr. 28-31, 15537 Erkner

Tel.: +49 3362 793-130

E-Mail: LepplerM@irs-net.de

Weitere Informationen: www. irs-net.de

❐

15.–19. September in Karlsruhe

29. Deutscher Naturschutztag 2008: Stimmt das Klima? Naturschutz im Umbruch

Veranstalter: Bundesverband Beruflicher Naturschutz, Bundesamt für Naturschutz, Deutscher Naturschutzring – Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände e.V., Ministerium für Ernährung und Ländlicher Raum Baden Württemberg

Kontakt: Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN)
Konstantinstr. 110, 53179 Bonn

Tel.: +49 228 8491-3244

E-Mail: mail@bbn-online.de

Weitere Informationen: www.bbn-online.de

❐

16.–17. September in Kaiserslautern

Veränderte umwelt- und raumordnungsrechtliche Vorgaben für die Bauleitplanung

Veranstalter: TU Kaiserslautern, Lehrstuhl für Öffentliches Recht

Kontakt: Dr. Andreas Hofmeister und Ass. iur. Birgit Baumann, Technische Universität Kaiserslautern, Fachbereich A/RU/BI, Postfach 3049, 67653 Kaiserslautern

Tel.: +49 631 205-2586 (auch -2294 und -2290)

Weitere Informationen: www.uni-kl.de/wcms/oerecht.html

❐

1.–3. Oktober in Bad Kissingen

9. UVP-Kongress – Umweltprüfung runderneuert: Fortschritte oder Rückschritte durch das Umweltgesetzbuch und andere Neuerungen?

Veranstalter: UVP-Gesellschaft e.V.

Kontakt: UVP-Zentrum, UVP-Gesellschaft e.V.
Sachsenweg 9, 59073 Hamm

E-Mail: info@uvp.de

Weitere Informationen: www.uvp.de/conf08/

❐

13.–14. Oktober in Wien

Powering the Urban Future

Veranstalter: Ecoenergen

Kontakt: ECOENERGEN, Wohllebengasse 7
1040 Wien, Österreich

Tel.: +43 1 50407-47

E-Mail: office@ecoenergen.com

Weitere Informationen: www.ecoenergen.com

❐

3.–4. November

Wissenschaftliche Konferenz

Anderes Klima. Andere Räume! Zum Umgang mit Erscheinungsformen des veränderten Klimas im Raum

Veranstalter: Universität Leipzig, Institut für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft (ISB)

Kontakt: Prof. Johannes Ringel, Dipl.-Ing. Christian Strauß, Universität Leipzig, Institut für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft (ISB), Jahnallee 59, 04109 Leipzig

E-Mail: klima@wifa.uni-leipzig.de

Weitere Informationen: www.uni-leipzig.de/isb/andere-raeume

Zur Veranstaltung ist ein *Call for Papers* ausgeschrieben. Abstracts von 1 bis max. 2 Seiten können bis spätestens 15. Juli 2008 eingereicht werden. Die Entscheidung über die Annahme eines Papers oder Posters fällt bis spätestens 31. Juli 2008; angenommene Beiträge müssen bis zum 31. August 2008 eingereicht werden. Die Beiträge werden in einem Sammelband veröffentlicht. Weitere Informationen finden Sie unter www.uni-leipzig.de/isb/andere-raeume.

❐

27.–28. November in Halle a. d. Saale

2nd Halle Forum on Urban Economic Growth: Including Universities and Research Institutes into Strategies for Urban Growth in De-industrialised Regions and Post-transition Economies

Veranstalter: Halle Institute for Economic Research (IWH)

Kontakt: Prof. Dr. Martin T.W. Rosenfeld, Halle Institute for Economic Research, Department of Urban Economics, 06108 Halle

Tel.: +49 345 7753-60

E-Mail: martin.rosenfeld@iwh-halle.de

Weitere Informationen: www.iwh-halle.de

Raumwissenschaftliches Netzwerk
ARL • IfL • IÖR • IRS

CALL FOR PAPERS

Leeres Land und bunte Stadt?

Räumliche Differenzierung im Zeichen des demographischen Wandels

Internationale Konferenz

7./8. Mai 2009

Berlin

In letzter Zeit lenken Schlagzeilen wie „Periphere Regionen bluten aus", „Die ländlichen Räume als Altenheime unserer Gesellschaft?" oder „Städte als Schmelztiegel?" zunehmend Aufmerksamkeit auf den demographischen Wandel, der mittlerweile in allen europäischen Staaten sichtbar wird. Der demographische Wandel und seine komplexen Auswirkungen werden bereits seit einigen Jahren als Herausforderung der Stadt- und Regionalforschung bearbeitet. Schrumpfung, Alterung und Heterogenisierung der Bevölkerung folgen keinem einheitlichen räumlichen Verbreitungsmuster – Städte und Regionen sehen sich mit unterschiedlichen Entwicklungspfaden konfrontiert. Im Zuge dieser Veränderungen differenzieren sich wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, Lebensqualität, die Bedingungen ökologischer Tragfähigkeit, die technische und soziale Infrastruktur sowie politische und gesellschaftliche Teilhabechancen aus. Soziale und räumliche Ungleichheiten sind dabei nicht als Abweichungen vom Normalfall, sondern als Ergebnisse aktueller demographischer Veränderungen und als zentrale Elemente der Raumentwicklung zu begreifen. In der Stadt- und Regionalentwicklung gehen Polarisierung und Pluralisierung möglicherweise Hand in Hand.

Ziel der Konferenz ist es, aktuelle Forschungsergebnisse zur Ausdifferenzierung urbaner und regionaler Entwicklungen und zu den daraus erwachsenden politischen Steuerungserfordernissen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in Deutschland und Europa zusammenzuführen. Die Konferenz bietet internationalen Wissenschaftlern/innen eine Plattform, um den Stand ihrer theoretischen und empirischen Forschung zu präsentieren. Insbesondere Nachwuchswissenschaftler/innen werden gebeten, Beiträge einzureichen. Vertreter/innen aus Politik, Verwaltung und Verbänden sowie der Zivilgesellschaft sind eingeladen, von den politischen Herausforderungen zunehmender Diversität räumlicher Entwicklung zu berichten und mögliche Handlungsstrategien mit den Wissenschaftlern/innen zu diskutieren.

Die zentralen Fragestellungen der Konferenz sowie weiterführende Ansätze werden im Spannungsfeld von drei Perspektiven betrachtet:

- die vergleichende internationale und speziell europäische Perspektive,
- die Analyse der Auswirkungen in sektoraler Perspektive (Auswirkungen auf das Wohnungswesen, technische Infrastruktursysteme, das Bildungswesen, die öffentlichen Ausgaben etc.),
- die Perspektive der Planer/innen und Politiker/innen im Kontext regionaler und lokaler Governance und Strategieentwicklung.
- Benutzen Sie bitte die Konferenz-Website (www.leeresland-buntestadt.de) und die dort vorhandenen Dokumentvorlagen für das Einreichen eines Konferenzbeitrags. Folgende Termine sind zu berücksichtigen:
- Freitag, 31. Oktober 2008: Einreichungsfrist für eine Kurzfassung (Abstract von max. 500 Wörtern)
- Freitag, 12. Dezember 2008: Information über Annahme des Beitrags (per E-Mail)
- Freitag, 9. Januar 2009: Veröffentlichung des Programms und Beginn der Anmeldefrist

Nachwuchswissenschaftler/innen aus dem Ausland können auf Anfrage gesondert unterstützt werden (g.hutter@ioer.de). Konferenzsprachen sind Englisch und Deutsch. Es besteht die Möglichkeit zur Ausstellung von Postern während der Konferenz. Genauere Informationen dazu finden Sie auf der Konferenz-Website.

ARL · Leibniz-Institut für Länderkunde · Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung · IRS Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung · Technische Universität Dresden

Kulturlandschaften entwickeln – Biodiversität erhalten

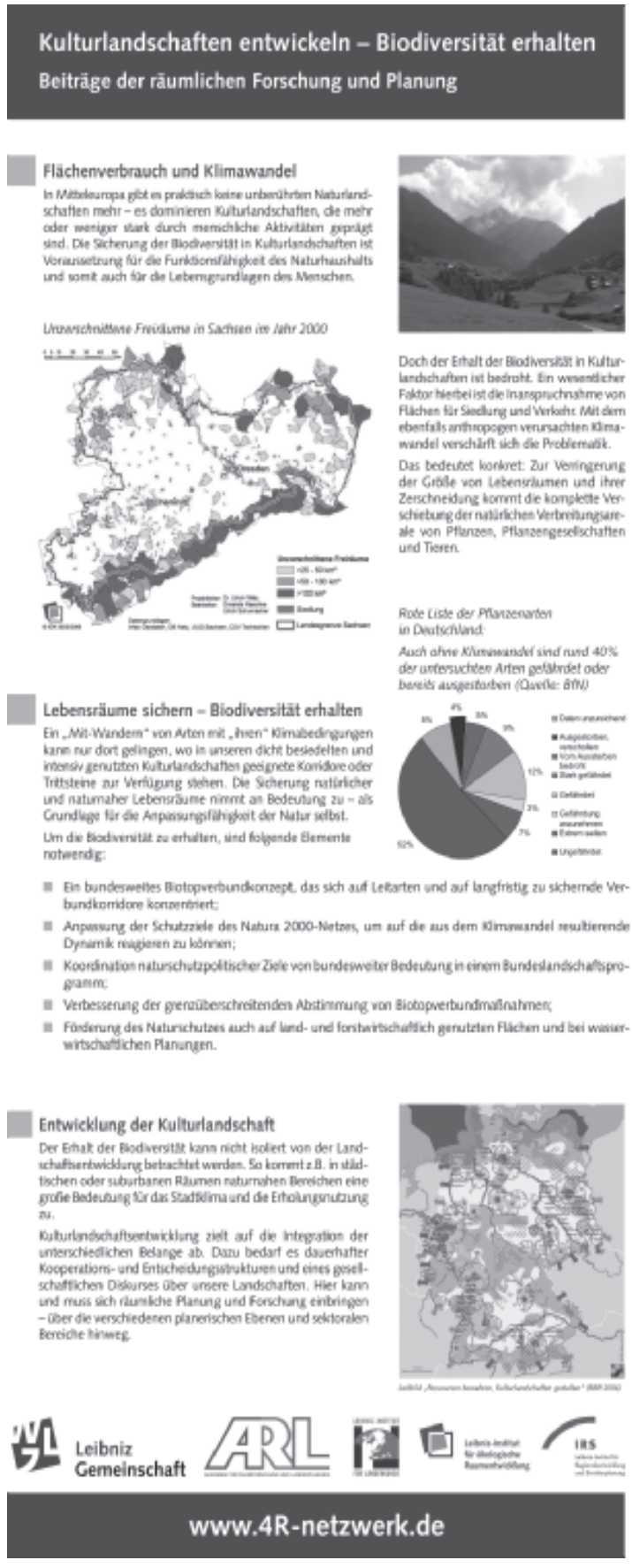
Parlamentarischer Abend der Leibniz-Gemeinschaft

Der mittlerweile schon traditionelle Parlamentarische Abend, den die Leibniz-Gemeinschaft in Berlin jährlich organisiert, fand heuer am 6. Mai in den Räumen des Museums für Naturkunde statt. Passend zu Aufgaben, Exponaten und Ambiente des Hauses lautete das diesjährige Motto „Biodiversität". Rund 20 Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft nutzten diesen Abend, um ihre Häuser und ausgewählte Forschungsergebnisse zu präsentieren. Und rund 200 Gäste aus Politik und Wissenschaft waren der Einladung gern gefolgt, um sich vom Leistungsspektrum der Leibniz-Gemeinschaft und ihrer Einrichtungen zu überzeugen.

Die ARL war im Verbund der 4R-Einrichtungen vertreten. Gemeinsam war im Vorfeld ein Poster zum Thema „Kulturlandschaften entwickeln – Biodiversität erhalten" (s. rechts) konzipiert worden, das am Abend vorgestellt wurde und in das insbesondere die Forschungsergebnisse zu den Themen Kulturlandschaftsentwicklung, räumliche Auswirkungen des Klimawandels und Flächenverbrauch eingeflossen sind. Kernaussage des Posters ist, dass der Erhalt der Biodiversität in Kulturlandschaften bedroht ist. Ein wesentlicher Faktor hierbei ist die Inanspruchnahme von Flächen für Siedlung und Verkehr. Mit dem anthropogen verursachten Klimawandel verschärft sich die Problematik sogar noch.

Den anwesenden Gästen konnte durch das Poster sowie in zahlreichen Gesprächen verdeutlicht werden, dass Politik und räumliche Planung umgehend handeln müssen, um die Biodiversität zu erhalten. Dazu zählen ein bundesweites Biotopverbundkonzept, das sich auf Leitarten und auf langfristig zu sichernde Verbundkorridore konzentriert, die Koordination naturschutzpolitischer Ziele von bundesweiter Bedeutung in einem Bundeslandschaftsprogramm, die Verbesserung der grenzüberschreitenden Abstimmung von Biotopverbundmaßnahmen und die Förderung des Naturschutzes auch auf land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen und bei wasserwirtschaftlichen Planungen. Kulturlandschaftsentwicklung zielt auf die Integration der unterschiedlichen Belange ab. Dazu bedarf es dauerhafter Kooperations- und Entscheidungsstrukturen und eines gesellschaftlichen Diskurses über unsere Landschaften. Hier bringen sich die 4R-Einrichtungen mit ihrer spezifischen raumwissenschaftlichen Kompetenz auch politikberatend ein. Der Parlamentarische Abend war eine gute Gelegenheit, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und andere Politikerinnen und Politiker von der Leistungsfähigkeit der 4R zu überzeugen.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de



Dresdener Graduiertenschule zum demographischen Wandel gestartet

In Dresden fand am 25. April 2008 die feierliche Auftaktveranstaltung zur „Dresden Leibniz Graduate School" statt – eine neue international ausgerichtete Graduiertenschule, getragen vom Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR), der Technischen Universität Dresden und der ARL. In Anwesenheit von Vertretern aus den beteiligten Einrichtungen, weiteren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Politikerinnen und Politikern wurde der Kooperationsvertrag unterschrieben.

Worum geht es bei der Graduiertenschule? Es handelt sich um ein Vorhaben, das im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation der Leibniz-Gemeinschaft für die Dauer von zunächst drei Jahren vom Bund und den beteiligten Ländern mit rund 750.000 Euro gefördert wird. Im Zentrum steht die strukturierte Nachwuchsförderung. Junge Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler – sechs Frauen und zwei Männer aus Deutschland, Serbien und der Slowakei – arbeiten im Verbund an ihren Dissertationen. Im Wesentlichen geht es dabei um regionale Entwicklungsstrategien im Umgang mit dem demographischen Wandel. Auch wirtschaftspolitische Entwicklungs- und Umsetzungsstrategien spielen eine große Rolle. Die Forschungen werden in besonderem Maße auch die Belange der Praxis aufgreifen und für Akteure vor Ort Handlungsansätze bieten. Die Graduiertenschule zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass die Promovenden in ein strukturiertes Förderprogramm eingebunden sind. So umfasst das Studienprogramm für sie Vorlesungen, Workshops, Sommerschulen und Fachtagungen. Insbesondere in der Vorbereitung und Durchführung von Workshops und Tagungen liegt auch der besondere Beitrag der ARL zur Graduiertenschule.

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung würdigte die Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Dr. Eva-Maria Stange, die Bedeutung von Graduiertenschulen für die Gewinnung von wissenschaftlichem Nachwuchs. Dass dies auch ein zentrales Anliegen der örtlichen Hochschule ist, stellte der Rektor der Technischen Universität Dresden, Professor Hermann Konkenge, in seiner Rede besonders heraus und verwies darauf, dass damit auch der gesamte Wissenschaftsstandort Dresden weiterentwickelt werden kann. Für den Festvortrag konnte Professor Dr. Axel Börsch-Supan von der Universität Mannheim gewonnen werden. Er betonte, dass die Gesellschaft nicht vom demographischen Wandel „überrollt" werde, sondern dass vielfältige Einflussmöglichkeiten bestünden. Diese zu erforschen und in der Praxis zu begleiten, sei eine wichtige Aufgabe – gerade auch für die Aktivitäten im Rahmen der „Dresden Leibniz Graduate School".

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

Auftakttreffen der „Dresden Leibniz Graduate School"

Senat der Leibniz-Gemeinschaft empfiehlt Weiterförderung des IfL

Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft hat auf der Grundlage einer umfassenden, positiven Evaluierung dem Bund und den Ländern empfohlen, das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in den nächsten sieben Jahren ohne Einschränkungen weiter zu fördern. Das Institut mit Sitz in Leipzig erbringt dem Urteil des Senats zufolge gute bis sehr gute und teilweise exzellente Forschungs- und Transferleistungen zur regionalen Geographie Deutschlands und Europas.

Das IfL ist das einzige außeruniversitäre Forschungsinstitut für Geographie in Deutschland. Mit rund 60 Mitarbeitern zählt es zu den kleineren Leibniz-Einrichtungen. Die Arbeit des Instituts wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst mit jährlich rund drei Millionen Euro gefördert. Zusätzliche Projektmittel wirbt das IfL unter anderem bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft und bei der Europäischen Union ein.

Kontakt im IfL: Dr. Peter Wittmann
E-Mail: p_wittmann@ifl-leipzig.de

Raumentwicklungspolitische Ansätze zur Förderung der Wissensgesellschaft

Wissen ist seit jeher ein wichtiger Motor für die Entwicklung der Gesellschaft. Der sich derzeit vollziehende qualitative Sprung, wie wir Wissen produzieren, verteilen und anwenden, verändert bestehende Raumstrukturen. Vor diesem Hintergrund erteilte das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) an das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) den Auftrag, in einer Studie den theoretischen Hintergrund dieses Themas aufzuarbeiten, die räumlichen Dimensionen der Wissensgesellschaft in Deutschland aufzuzeigen und raumpolitische und raumplanerische Handlungsansätze zu benennen.

Anhand der im Dezember 2007 abgeschlossenen Studie kann gezeigt werden, dass wissensgesellschaftliche Merkmale konzentriert auftreten – besonders in Städten und deren direktem Umland. Diese deutschlandweit zu findenden Standorte gliedern sich räumlich und funktional nach ihrem wissensgesellschaftlichen Profil.

Die Studie zeigt, dass die aufkommende Wissensgesellschaft der Raumordnungs- und Raumentwicklungspolitik eine neue Perspektive auf Prozesse und Instrumente liefert. Diese verändert zwar nicht das Themenspektrum von Raumordnung und Raumentwicklung, macht sich aber durch weitreichende Akzentverschiebungen bemerkbar. Dies gilt erstens für die Raumentwicklung, als deren Motor die Wissensökonomie zu neuen Disparitäten beiträgt. Zweitens treten im Zuge neuer Standortpräferenzen der Wissensarbeiter innerhalb des Gefüges der (harten und weichen) Standortfaktoren Verschiebungen auf. Drittens wird die Ausgestaltung von Beziehungsräumen in einer komplex (regional und überregional) vernetzten Wissensgesellschaft ein wichtiges Tätigkeitsfeld für die Raumentwicklungspolitik.

Kontakt im IRS: Prof. Dr. Hans Joachim Kujath
E-Mail: KujathH@irs-net.de

Gutachten Mittlere Havel

Bereits seit 2006 bestehen regelmäßige Kontakte der Kulturlandschaftsforschung des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) zum Förderverein Mittlere Havel. Seit seiner Gründung 2004 verfolgt er das Ziel einer nachhaltigen Regionalentwicklung in der Region zwischen Brandenburg an der Havel, Werder, Ketzin und Kloster Lehnin. Die auf ehrenamtlichem Engagement fußenden Aktivitäten sollen zukünftig auf eine solidere Grundlage gestellt werden, indem mittelfristig stabile Organisationsstrukturen etabliert werden. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem IRS erfolgte nun durch ein vom Förderverein beauftragtes wissenschaftliches Gutachten, welches Alternativen einer handlungsräumlichen Institutionalisierung von Kulturlandschaften analysiert und dabei auch Realisierungsmöglichkeiten für einen „Naturpark Mittlere Havel“ erörtert hat.

Kontakt im IRS: Andreas Vetter, Ludger Gailing
E-Mail: kulturlandschaft@irs-net.de

„Lebens.Netz.Dresden.“ im Bundeswettbewerb prämiert

Im Bundeswettbewerb „Idee.natur – Naturschutzgroßprojekte und ländliche Entwicklung“ waren Naturschutzverbände, Stiftungen, Landkreise, Zweckverbände und andere regionale Interessensgruppen oder Partnerschaften dazu aufgerufen, neue Konzepte für Naturschutzgroßprojekte zu erarbeiten, die zugleich den Regionen auch Perspektiven für eine wirtschaftliche Entwicklung eröffnen. Aus 122 eingereichten Ideenskizzen gingen zehn erfolgreich aus der ersten Wettbewerbsphase hervor. Sie wurden am 15. Mai 2008 in Bonn mit je 10.000 Euro prämiert. Eines der ausgezeichneten Projekte ist „Lebens.Netz.Dresden.“ Wissenschaftler des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung (IÖR) entwickelten die Grundlagen der Projektidee und holten Partner aus Wirtschaft, Naturschutz und Verwaltung ins Boot. Die Konzeption wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Umweltzentrum Dresden erarbeitet.

Das Projekt eignet sich dazu, raumwissenschaftliche Forschungsfragen, die in der Naturschutz- und Stadtentwicklungsforschung derzeit intensiv diskutiert werden, anhand der Region Dresden exemplarisch zu untersuchen. Das IÖR kann bei der Koordination unterschiedlicher Interessengruppen einen wesentlichen Beitrag leisten

Umfangreiche Linksammlung auf der ARL-Website

Die ARL bietet in der Rubrik „Links“ ihrer Website (**www.ARL-net.de**) eine umfangreiche Linksammlung an. Die darin enthaltenen Themenbereiche richten sich mit ihrer Auswahl verschiedener Webseiten vor allem an Personen, die mit raumwissenschaftlichen Fragen und mit der Praxis räumlicher Planung befasst sind.

Sie finden hier folgende Unterrubriken:

- **Hochschulinstitute in Deutschland und Europa**
  Institute, Fakultäten und Fachbereiche mit Ausrichtung auf Raumwissenschaften und verwandte Arbeitsgebiete des ARL-Netzwerks an Universitäten und anderen Hochschulen
- **Außeruniversitäre Einrichtungen in Deutschland und Europa**
  Institutionen mit Arbeitsschwerpunkten im raumwissenschaftlichen Bereich sowie in weiteren Forschungsgebieten des ARL-Netzwerks
- **Informationsdienste der Regionalplanungsstellen in Deutschland und Europa**
  Zugang zum Webangebot „Links zur Regionalplanung“ des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien in Zusammenarbeit mit der ARL
- **Weitere Behörden und Institutionen in Deutschland und Europa**
  Behörden und Einrichtungen mit Zuständigkeit für Raumordnung und Landesplanung sowie für weitere Interessengebiete des ARL-Netzwerks (z. B. Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt und Verkehr)
- **Bibliotheken, Kataloge, Datenbanken, Fachverlage**
  Ausgewählte Links zur Unterstützung bei der Literaturrecherche im raumwissenschaftlichen Bereich und in verwandten Fachgebieten
- **Raumwissenschaftliche Foren und Portale**
  Informationssysteme und Diskussionsplattformen im raumwissenschaftlichen Bereich und in verwandten Forschungsgebieten
- **Veranstaltungskalender**
  Kalender mit Hinweisen auf Veranstaltungen externer Anbieter mit raumwissenschaftlichem Bezug

aufgrund langjähriger Forschungserfahrung im Bereich der interkommunalen Kooperation. Insbesondere den Aufbau regionaler Akteursnetzwerke begleitete das IÖR in mehreren Projekten.

Kontakt im IÖR: Dr. Markus Leibenath
E-Mail: m.leibenath@ioer.de

Neuer Contact Point für das EU-Programm INTERREG IV B – Mitteleuropa hat seine Arbeit am IÖR aufgenommen

Zeitgleich mit dem 1. Aufruf für eine Projekteinreichung im EU-Förderprogramm INTERREG IV B – Mitteleuropa (Central Europe) wurde am Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden der neue deutsche Contact Point eingerichtet. Antragstellern steht eine umfassende Informations- und Beratungsmöglichkeit innerhalb Deutschlands zur Verfügung. Diese erstreckt sich von der Unterstützung bei der Projektentwicklung über die komplexe Antragsphase während der Calls bis hin zur Begleitung bei der Umsetzung der genehmigten Projekte. Bei der Suche nach geeigneten Projektpartnern kann auf das Netzwerk der Contact Points in den Programmstaaten und auf persönliche Kontakte in alle beteiligten Ländern zurückgegriffen werden.

Das Programm selbst führt die als Gemeinschaftsinitiative INTERREG begonnene transnationale Zusammenarbeit der Staaten in Europa als eigenständiges Ziel 3 „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ fort. Im Kooperationsraum Mitteleuropa können Projekte mit Partnern aus den benachbarten Mitgliedstaaten Polen, Tschechien, Slowakei, Österreich, Ungarn, Slowenien, norditalienischen Regionen sowie Teilen der Ukraine ebenso entwickelt werden. Innerhalb Deutschlands sind die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen beteiligt.

Kontakt im IÖR: Dr. Bernd Diehl und Berit Edlich
E-Mail: b.diehl@ioer.de und b.edlich@ioer.de

ARL Zeitschriftenschau

Als Informationsservice für die Forschung und zur Förderung des Transfers raumwissenschaftlicher Forschungsergebnisse in die Praxis wird in den ARL-Nachrichten in jedem Heft auf raumrelevante Beiträge aus national und international bedeutsamen Zeitschriften hingewiesen. Vollständigkeit wird nicht angestrebt. Autoren und Leser werden gebeten, die Redaktion auf erwähnenswerte Arbeiten aufmerksam zu machen.

Die Zeitschriftenschau ist wie folgt gegliedert:

1. **Theoretische und methodische Grundlagen**
   (Theorie der Raumentwicklung, Konzeptionen der Raumpolitik, Methodenfragen)
2. **Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland**
   (alle räumlichen Ebenen einschl. der Kommunen, Raumtypenbetrachtung: Agglomerationsräume, ländliche Räume; Wohnen)
3. **Raum- und Siedlungsentwicklung in Europa und dem sonstigen Ausland**
   (alle räumlichen Ebenen einschl. der Kommunen, Raumtypenbetrachtung: Agglomerationsräume, ländliche Räume; Wohnen)
4. **Nachhaltige Raumentwicklung**
5. **Umwelt**
6. **Wirtschaft**
   (Öffentliche Finanzen, Arbeitsmarkt, regionale Wirtschaftspolitik, Agrarpolitik, Tourismus)
7. **Soziales**
   (Bevölkerung, Bildungspolitik, Sozialpolitik, Lebensstile etc.)
8. **Infrastruktur**
   (Verkehr, Kommunikation, Ver- und Entsorgung, Bildung etc.)
9. **Raumbezogene Planung**
   (Planung auf allen Ebenen: Raumordnung, Landes- und Regionalplanung, Stadt- und Regionalplanung, Kommunalplanung; Planungsrecht; neue Planungsformen; Arbeitsmittel der räumlichen Planung)
10. **Grenzüberschreitende Kooperation und Planung**

Die Aufsätze werden nur einmal – nach ihrem inhaltlichen Schwerpunkt – einer dieser Rubriken zugeordnet.

1. Theoretische und methodische Grundlagen

Bätzing, Werner: Die Schweiz und Österreich als „Alpenländer"? Zum wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Stellenwert der Alpen in beiden Staaten. Geographische Rundschau, Bd. 60 (2008), H. 3, S. 4-13.

Geneletti, Davide: Incorporating biodiversity assets in spatial planning: Methodological proposal and development of a planning support system. Landscape and Urban Planning, vol. 84 (2008), no. 3-4, pp. 252-265.

Greiving, Stefan / Fleischhauer, Mark / Tarvainen, Timo / Schmidt-Thomé, Philipp / Jarva, Jaana: A Methodological Concept for Territorial Impact Assessment Applied to Three EU Environmental Policy Elements. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 1, S. 36-51.

Hulme, Mike: The conquering of climate: discourses of fear and their dissolution. The Geographical Journal, vol. 174 (2008), no. 1, pp. 5-16.

Manson, Steven M.: Does scale exist? An epistemological scale continuum for complex human-environment systems. Geoforum, vol. 39 (2008), no. 2, pp. 776-788.

Painter, Joe: Cartographic anxiety and the search for regionality. Environment and Planning A, vol. 40 (2008), no. 2, pp. 342-361.

Petts, Judith / Owens, Susan / Harriet, Bulkeley: Crossing boundaries: Interdisciplinarity in the context of urban environments. Geoforum, vol. 39 (2008), no. 2, pp. 593-601.

Weichhart, Peter: Risiko – Vorschläge zum Umgang mit einem schillernden Begriff. Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 81 (2007), H. 3, S. 201-214.

2. Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland

Beivers, Andreas / Spangenberg, Martin: Ländliche Krankenhausversorgung im Fokus der Raumordnung. Informationen zur Raumentwicklung, H. 1-2 (2008), S. 91-99.

Dickmann, Frank: Bergbaufolgelandschaften in Deutschland – Eine empirische Untersuchung zur Bewertung neu geschaffener Siedlungsstrukturen im rheinischen Braunkohlenrevier. Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 81 (2007), H. 4, S. 353-366.

Einig, Klaus: Regulierung der Daseinsvorsorge als Aufgabe der Raumordnung im Gewährleistungsstaat. Informationen zur Raumentwicklung, H. 1-2 (2008), S. 17-40.

Haase, Annegret / Kabisch, Sigrun / Steinführer, Annett: Reurbanisierung unter den Bedingungen des demographischen Wandels im internationalen Vergleich. Europa Regional, Bd. 14 (2006), H. 4, S. 167-180.

Hanewinkel, Christian: Der Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland III – Elektronische Ausgabe. Kartographische Nachrichten, Bd. 58 (2008), H. 1, S. 3-10.

Horch, Claudia: Metropole Ruhr – eine altersfreundliche Region? Weltumspannende Umfrage unter älteren Menschen. Stadtforschung und Statistik, H. 1 (2008), S. 16-18.

Maennig, Wolfgang / Dust, Lisa: Shrinking and growing metropolitan areas – Asymmetric real estate price reactions? The case of German single-family houses. Regional Science and Urban Economics, vol. 38 (2008), no. 1, pp. 63-69.

Oppermann, Thomas: Die Europäische Union von Lissabon. Deutsches Verwaltungsblatt, Bd. 123 (2008), H. 8, S. 473-483.

Plieninger, Tobias / Bens, Oliver: Produktivismus versus Post-Produktivismus: Prozesse der Umnutzung ländlicher Räume in Nordostdeutschland. Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 81 (2007), H. 4, S. 313-328.

Scheiner, Joachim: Verkehrskosten der Randwanderung privater Haushalte. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 1, S. 52-62.

Timm, Ulrike: Wohnsituationen in Deutschland 2006. Wirtschaft und Statistik, H. 2 (2008), S.113-122.

3. Raum- und Siedlungsentwicklung in Europa und dem sonstigen Ausland

Altrock, Uwe: Stadtentwicklungsprobleme der mittelosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 2, S. 191-204.

Catalán, Bibiana / Saurí, David / Serra, Pere: Urban sprawl in the Mediterranean? Patterns of growth and change in the Barcelona Metropolitan Region 1993-2000. Landscape and Urban Planning, vol. 85 (2008), no. 3-4, pp. 174-184.

Gerling, Kerstin / Gans, Paul: Biokraftstoffboom: Segen oder Fluch für die Agrarländer des Südens. Geographische Rundschau, Bd. 60 (2008), H. 4, S. 58-65.

Havelka, Miloš: Mitteleuropäische Mitteleuropakonstruktionen oder: Wo liegt die Mitte und wer sind die Mitteleuropäer? geographische revue, Bd. 9 (2007), H. 1-2, S. 5-16.

Jessen, Johann / Walther, Jens-Uwe: Großstadtpolitik in England – das Beispiel Manchester. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 2, S. 152-167.

Megerle, Heidi: Von der „ville en crise“ zur Metropolitan European Growth Area: aktuelle Transformationsprozesse der Metropolregion Marseille – Aix-en-Provence. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 1, S. 23-35.

Quéré, Michel: Innovation Networks in the Life Sciences Industry: A Discussion of the French Genopoles Policy. European Planning Studies, vol. 16 (2008), no. 3, pp. 411-427.

Schürmann, Carsten / Dubois, Alexandre / Gløersen, Erik / Grasland, Claude / Hanell, Tomas / Zanin, Christine: Disparitäten und Kohäsion in Europa. RaumPlanung, H. 136 (2008), S. 27-31.

Shatkin, Gavin: The city and the bottom line: urban megaprojects and the privatization of planning in Southeast Asia. Environment and Planning A, vol. 40 (2008), no. 2, pp. 383-401.

Subra, Philippe / Newmann, Peter: Governing Paris – Planning and Political Conflict in Île-de-France. European Planning Studies, vol. 16 (2008), no. 4, pp. 521-535.

Sykes, Olivier: The Importance of Context and Comparison in the Study of European Spatial Planning. European Planning Studies, vol. 16 (2008), no. 4, pp. 537-555.

Terrin, Jean-Jacques: A few factors in understanding French town planning. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 2, S. 168-177.

Van der Meer, Jan / Braun, Erik: Challenges to national urban policies in the Netherlands. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 2, S. 178-190.

4. Nachhaltige Raumentwicklung

Börst, Uwe: Das Lötschental. Uminterpretation von Potenzialen und Limitierungen einer inneralpinen Landschaft. Geographische Rundschau, Bd. 60 (2008), H. 3, S. 38-46.

Güthler, Andreas: Kulturlandschaftswandel im Alpenraum. Fallbeispiel südliches Oberallgäu/Tannheimer Tal. Geographische Rundschau, Bd. 60 (2008), H. 3, S. 30-36.

5. Umwelt

Alessa, Lilian N. / Kliskey, Andrew A. / Brown, Gregory: Social-ecological hotspots mapping: A spatial approach for identifying coupled social-ecological space. Landscape and Urban Planning, vol. 85 (2008), no. 1, pp. 27-39.

Ammermann, Kathrin: Energetische Nutzung nachwachsender Rohstoffe. Auswirkungen auf die Biodiversität und Kulturlandschaft. Natur und Landschaft, Bd. 83 (2008), H. 3, S. 108-110.

Birkmann, Jörn: Globaler Umweltwandel, Naturgefahren, Vulnerabilität und Katastrophenresilienz. Notwendigkeit der Perspektivenerweiterung in der Raumplanung. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 1, S. 5-22.

Broussard, Shorna R. / Washington-Ottombre, Camille / Miller, Brian K.: Attitudes toward policies to protect open space: A comparative study of government planning officials and the general public. Landscape and Urban Planning, vol. 86 (2008), no. 1, pp. 14-24.

Brown, Marilyn A. / Southworth, Frank: Mitigating climate change through green buildings and smart growth. Environment and Planning A, vol. 40 (2008), no. 3, pp. 653-657.

Dolde, Klaus-Peter: Artenschutz in der Planung. Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Bd. 27 (2008), H. 2, S. 121-125.

Dostal, Paul / Bürger, Katrin / Seidel, Jochen / Glaser, Rüdiger / Mayer, Helmut / Imbery, Florian / Riemann, Dirk: Lernen aus der Vergangenheit: Historische Hochwasseranalyse – ein Beitrag für den heutigen Hochwasserschutz. Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 81 (2007), H. 3, S. 233-245.

Echols, Stuart: Split-flow theory: Stormwater design to emulate natural landscapes. Landscape and Urban Planning, vol. 85 (2008), no. 3-4, pp. 205-214.

Fischer-Hüftle, Peter: Der Gebietsschutz im Umweltgesetzbuch III (Naturschutz und Landschaftspflege). Natur und Recht, Bd. 30 (2008), H. 4, S. 213-220.

Geneletti, Davide / Van Duren, Iris: Protected area zoning for conservation and use: A combination of spatial multicriteria and multiobjective evaluation. Landscape and Urban Planning, vol. 85 (2008), no. 2, pp. 97-110.

Gönnert, Gabriele: Sturmfluten und der Umgang mit ihrem Risiko im Elbeästuar. Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 81 (2007), H. 3, S. 247-266.

Heiland, Stefan / Geiger, Bettina / Rittel, Katrin / Steinl, Christina / Wieland, Steffi: Der Klimawandel als Herausforderung für die Landschaftsplanung. Probleme, Fragen und Lösungsansätze. Naturschutz und Landschaftsplanung, Bd. 40 (2008), H. 2, S. 37-41.

Junker, Berit / Buchecker, Matthias: Aesthetic preferences versus ecological objectives in river restorations. Landscape and Urban Planning, vol. 85 (2008), no. 3-4, pp. 141-154.

Kment, Martin: Suche nach Alternativen in der Strategischen Umweltprüfung. Deutsches Verwaltungsblatt, Bd. 123 (2008), H. 6, S. 364-369.

Köck, Wolfgang: Grenzen der Abweichungsgesetzgebung im Naturschutz. Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Bd. 27 (2008), H. 4, S. 353-359.

Krause, Jochen / Nordheim, Henning von: Meeresschutzgebiete – weltweit und in der deutschen Nord- und Ostsee. Natur und Landschaft, Bd. 83 (2008), H. 3, S. 118-123.

Kruska, Verena / Emmerling, Christoph: Flächennutzungswandel durch Biogaserzeugung. Regionale und lokale Erhebungen in Rheinland-Pfalz. Naturschutz und Landschaftsplanung, Bd. 40 (2008), H. 3, S. 69-72.

Niekisch, Manfred: Die 9. Vertragsstaatenkonferenz und das Schutzgebietsprogramm der Konvention über biologische Vielfalt. Natur und Landschaft, Bd. 83 (2008), H. 3, S. 90-92.

Nisipeanu, Peter: Tradition oder Fortentwicklung? Wasserrecht im UGB. Natur und Recht, Bd. 30 (2008), H. 2, S. 87-97.

Schmitt, Christine B.: Auswahl von Wäldern für ein globales Waldschutzgebietsnetzwerk unter der CBD. Natur und Landschaft, Bd. 83 (2008), H. 4, S. 154-157.

Steer, Ulla / Scherfose, Volker / Balzer, Sandra: Ausgewählte Aspekte des deutschen Schutzgebietssystems. Natur und Landschaft, Bd. 83 (2008), H. 3, S. 93-100.

Stüer, Bernhard: „Auf dem Weg zum Umweltgesetzbuch" und „Die Artenschutznovelle des 1. BNatSchG-ÄndG" – Zugleich: Bericht über die 31. Umweltrechtliche Fachtagung der Gesellschaft für Umweltrecht. Deutsches Verwaltungsblatt, Bd. 122 (2007), H. 24, S. 1544-1548.

Szczekalla, Peter: Vom Beruf unserer Zeit für eine europäisierte Gesetzgebung – Das Umweltgesetzbuch und seine Einbettung in das Umweltrecht der Europäischen Union. Deutsches Verwaltungsblatt, Bd. 123 (2008), H. 5, S. 300-308.

Thiel, Andreas: Changing administrative culture and political debate? A review of Impact Assessment practices in the European Commission. Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht, Bd. 31 (2008), H. 1, S. 5-28.

Zilling, Lothar / Dietrich, Rolf: Ökologische Planungsoptimierung beim Ausbau von Bundeswasserstraßen. Das Beispiel der Havel-Oder-Wasserstraße. Naturschutz und Landschaftsplanung, Bd. 40 (2008), H. 2, S. 49-54.

6. Wirtschaft

Bispinck, Reinhard / Schulten, Thorsten: Aktuelle Mindestlohndebatte: Branchenlösungen oder gesetzlicher Mindestlohn? WSI Mitteilungen, Bd. 61 (2008), H. 3, S. 151-158.

Blanc, Michel / Cahuzac, Eric / Tahar, Gabriel: Hiring difficulties and manpower flows: does labour market density matter? Environment and Planning A, vol. 40 (2008), no. 5, pp. 1090-1108.

Copus, Andrew: Innovation and Peripherality: An empirical Comparative Study of SMEs in Six European Union Member Countries. Economic Geography, vol. 84 (2008), no. 1, pp. 51-82.

Courtney, Paul / Lépicier, Denis / Schmitt, Bertrand: Spatial Patterns of Production Linkages in the Context of Europe's Small Towns: How Are Rural Firms Linked to the Local Economy? Regional Studies, vol. 42 (2008), no. 3, pp. 355-374.

Doloreux, David / Dionne, Steve: Is regional innovation system development possible in peripheral regions? Some evidence from the case of La Pocatière, Canada. Entrepreneurship & Regional Development, vol. 20 (2008), no. 3, pp. 259-283.

Fotopoulos, Georgios: European Union Regional Productivity Dynamics: A "Distributional" Approach. Journal of Regional Science, vol. 48 (2008), no. 2, pp. 419-454.

Giesecke, James A. D.: Regional macroeconomic outcomes under alternative arrangements for the financing of public infrastructure. Papers in Regional Science, Bd. 87 (2008), H. 1, S. 3-31.

Hujer, Reinhard / Zeiss, Christopher: The Effects of Job Creation Schemes on the Unemployment Duration in Eastern Germany. Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, Bd. 40 (2007), H. 4, S. 383-389.

Jochimsen, Beate: Nachhaltige Finanzpolitik auf Länderebene – Konzepte, Indikatoren und Umsetzung. Wirtschaftsdienst, Bd. 88 (2008), H. 2, S. 108-114.

Löhr, Dirk: Umweltgüter als Common Property Resources. Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht, Bd. 31 (2008), H. 1, S. 49-76.

Mudrack, Tony: Reform der kommunalen Finanzbeziehungen: kommunale Umsatzsteuerbeteiligung unter Gewerbesteuer-Wettbewerbselementen. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 227 (2007), H. 4, S. 381-402.

Ruffini, Flavio V. / Streifeneder, Thomas: Die Alpen: eine Region – viele Realitäten. Geographische Rundschau, Bd. 60 (2008), H. 3, S. 54-57.

Steinhard, Max F.: Die Arbeitsmarkteffekte der Zuwanderung – eine empirische Analyse für Deutschland. Wirtschaft und Statistik, H. 2 (2008), S. 162-172.

Zientara, Piotr: Polish Regions in the Age of a Knowledge-based Economy. International Journal of Urban and Regional Research, vol. 32 (2008), no. 1, pp. 60-85.

Zimmermann, Klaus F.: Der Berater als Störenfried: wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung. Wirtschaftsdienst, Bd. 88 (2008), H. 2, S. 101-107.

7. Soziales

Beaumont, Justin / Nicholls, Walter: Plural Governance, Participation and Democracy in Cities. International Journal of Urban and Regional Research, vol. 32 (2008), no. 1, pp. 87-94.

Janssen, Andrea: Kleinräumliche Segregation der ausländischen Bevölkerung in Deutschland: Eine Analyse auf der Basis des Mikrozensus. Zeitschrift für Soziologie, Bd. 36 (2007), H. 6, S. 453-472.

Kistemann, Thomas / Meyer, Christiane: Umgang mit Gesundheitsrisiken. Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 81 (2007), H. 3, S. 215-232.

Kulu, Hill: Fertility and spatial mobility in the life course: evidence from Austria. Environment and Planning A, vol. 40 (2008), no. 3, pp. 632-652.

Kunadt, Susann / Reinecke, Jost: Jugendkriminalität und öffentliche Missstände. Sozialräumlich unterschiedliches Delinquenzverhalten. Stadtforschung und Statistik, H. 1 (2008), S. 19-23.

Meyer, Katrin / Sturm, Gabriele: Wo leben Familien in der Stadt? Die Einwohner verlangen differenzierte Infrastruktur. Stadtforschung und Statistik, H. 1 (2008), S. 8-15.

Pelling, Mark / High, Chris / Dearing, John / Smith, Denis: Shadow spaces for social learning: a relational understanding of adaptive capacity to climate change within organisations. Environment and Planning A, vol. 40 (2008), no. 4, pp. 867-884.

Sintomer, Yves / Herzberg, Carsten / Röcke, Anja: Participatory Budgeting in Europe: Potentials and Challenges. International Journal of Urban and Regional Research, vol. 32 (2008), no. 1, pp. 164-178.

Uitermark, Justus / Duyvendak, Jan W.: Citizen Participation in a Mediated Age: Neighbourhood Governance in The Netherlands. International Journal of Urban and Regional Research, vol. 32 (2008), no. 1, pp. 114-134.

Welsch, Heinz: The Social Costs of Civil Conflict: Evidence from Surveys of Happiness. Kyklos, vol. 61 (2008) no. 2, pp. 320-340.

8. Infrastruktur

Büttner, Nicolas: Relationships between investments costs for infrastructure and for sport stadia: the case of the Word Cup 2006 in Germany. Zeitschrift für Verkehrswissenschaft, Bd. 78 (2007), H. 3, S. 145-175.

Jürgens, Sebastian / Straube, Frank: Containerverkehr der Nordrange – Konzeption eines Plaungsmodells für den see- und landseitigen Verkehr. Internationales Verkehrswesen, Bd. 60 (2008), H. 4, S. 120-126.

Keeling, David J.: Transportation geography – new regional mobilities. Progress in Human Geography, vol. 32 (2008), no. 2, pp. 275-283.

Lauwe, Peter / Riegel, Christoph: Schutz kritischer Infrastrukturen – Konzepte zur Versorgungssicherheit. Informationen zur Raumentwicklung, H. 1-2 (2008), S. 113-125.

Rommerskirchen, Stefan / Greinus, Anne / Ickert, Lutz: Güterverkehr in Deutschland, Europa und Übersee. Internationales Verkehrswesen, Bd. 60 (2008), H. 3, S. 62-65.

Stead, Dominic / De Jong, Martin / Reinholde, Iveta: Urban Transport Policy Transfer in Central and Eastern Europe. disP, Bd. 44 (2008), H. 172, S. 62-73.

Winkel, Rainer: Öffentliche Infrastrukturversorgung im Planungsparadigmenwechsel. Informationen zur Raumentwicklung, H. 1-2 (2008), S. 41-47.

9. Raumbezogene Planung

Basten, Ludger / Danielzyk, Rainer / Lobeck, Michael / Wiegandt, Claus-C.: Stadtregionale Kooperationen – neue Steuerungsansätze im Vergleich. Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 81 (2007), H. 4, S. 297-312.

Bechmann, Arnim / Steitz, Matthias: Anmerkungen zur Entwicklung und Zukunft der Umweltverträglichkeitsprüfung in Deutschland. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 4, S. 234-241.

Bogumil, Jörg / Grohs, Stephan / Reiter, Renate: Möglichkeiten und Grenzen nationaler Stadtpolitik – eine politikwissenschaftliche Perspektive. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 2, S. 118-129.

Bruns, Gerald / Gähler, Monika / De Lange, Norbert: Flächenmonitoring in der Regional- und Bauleitplanung – Neue Möglichkeiten durch die Analyse von Satellitenbildern. STANDORT, Bd. 32 (2008), H. 1, S. 6-12.

Bull, Hans P.: Kommunale Selbstverwaltung heute – Idee, Ideologie und Wirklichkeit – Zugleich eine Anmerkung zur juristischen Methodenlehre. Deutsches Verwaltungsblatt, Bd. 123 (2008), H. 1, S. 1-11.

Fischer, Thomas B.: Zur internationalen Bedeutung der Umweltprüfung. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 4, S. 248-255.

Frank, Susanne: Stadtentwicklung durch die EU: Europäische Stadtpolitik und URBAN-Ansatz im Spannungsfeld von Lissabon-Strategie und Leipzig Charta. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 2, S. 107-117.

Gatzweiler, Hans-Peter / Kaltenbrunner, Robert: Raumentwicklung ist Stadtentwicklung ist Raumentwicklung. Zur Unteilbarkeit eines inneren Zusammenhangs. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 2, S. 139-151.

Gerlach, Jürgen / Stein, Wolfgang: SUP in der Verkehrsplanung – Ergebnisse der COST Action 350. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 4, S. 268-274.

Gruehn, Dietwald: Der UVP-Gedanke – was ist erreicht worden? UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 4, S. 242-244.

Hatzfeld, Ulrich / Jakubowski, Peter: Nationale Stadtentwicklungspolitik in Deutschland – zwischen Versuch und Vision. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 2, S. 130-138.

Klärte, Martina: Dörfer beleben - Flächen sparen – der Leitfaden DORF KOMM! aus Baden-Württemberg. Flächenmanagement und Bodenordnung, Bd. 70 (2008), H. 2, S. 64-70.

Köhler, Stephan: Umgang mit den artenschutzrechtlichen Anforderungen des § 42 BNatSchG im Geschäftsbereich der niedersächsischen Straßenbauverwaltung. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 4, S. 264-267.

Krau, Ingrid: Einleitung. Stadt und Stadtpolitik. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 2, S. 101-106.

Krautzberger, Michael: Stadterneuerung und Stadtentwicklung durch Private? Deutsches Verwaltungsblatt, Bd. 123 (2008), H. 6, S. 337-344.

Lageman, Bernhard / Neumann, Uwe / Schmidt, Christoph M.: Einheitliche Regionalplanung für die Metropole Ruhr: ein Erfolgsmodell? Raumforschung und Raumordnung Bd. 66 (2008), H. 1, S. 63-75.

Louis, Hans W.: Das erste Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes. PLANERIN, H. 1 (2008), S. 56-57.

Mehl, Dietmar / Bollmohr, Anja / Bittl, Romuald / Reimann, Thomas: Regionalmanagement in drei kooperierenden Amtsbereichen. Ein innovatives Pilotvorhaben integrierter ländlicher Entwicklung zur Umsetzung von GAKG und ELER-Verordnung in Mecklenburg-Vorpommern. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 1, S. 76-83.

Meyer, Hans: Liegt die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns im 19. Jahrhundert? Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Bd. 27 (2008), H. 1, S. 24-32.

Middeke, Andreas: Windenergieanlagen in der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung. Deutsches Verwaltungsblatt, Bd. 123 (2008), H. 5, S. 292-300.

Sangenstedt, Christof: Umweltgesetzbuch – Die Diskussion ist eröffnet. PLANERIN, H. 1 (2008), S. 58-59.

Spangenberger, Volker: Raumordnerische Rahmenbedingungen und Vorgaben für den Stadt- und Dorfumbau. Flächenmanagement & Bodenordnung, Bd. 70 (2008), H. 2, S. 49-55.

Terwey, Guido: Die Strategische Umweltprüfung in der Integrierten Gesamtverkehrsplanung Nordrhein-Westfalen – ein Vorschlag für ein Verfahrenskonzept. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 4, S. 256-263.

Wyatt, Peter: Empty dwellings: the use of council-tax records in identifying and monitoring vacant private housing in England. Environment and Planning A, vol. 40 (2008), no. 5, pp. 1171-1184.

Zeidler, Karsten: Nachkontrollen in der Eingriffsregelung. Methodische Grundlagen am Beispiel dreier Maßnahmentypen. Naturschutz und Landschaftsplanung, Bd. 40 (2008), H. 3, S. 81-86.

10. Grenzüberschreitende Kooperation und Planung

Borkenstein, Heinz-Jörg: Alpenkonvention: Verkehrsprotokoll und dessen Umsetzung. Internationales Verkehrswesen, Bd. 60 (2008), H. 4, S. 114-119.

De Vries, Jochem: Breaking the Deadlock: Lessons from Cross-Border Spatial Projects in Flanders and the Netherlands. disP, Bd. 44 (2008), H. 172, S. 48-61.

Faludi, Andreas: European Territorial Cooperation and Learning. Reflections by the Guest Editor on the Wider Implications. disP, Bd. 44 (2008), H. 172, S. 3-10.

Hachmann, Verena: Promoting Learning in Transnational Networks. disP, Bd. 44 (2008), H. 172, S. 11-20.

Nadin, Vincent / Stead, Dominic: European Spatial Planning Systems, Social Models and Learning. disP, Bd. 44 (2008), H. 172, S. 35-47.

Stead, Dominic / Waterhout, Bas: Learning from the Application of the ESDP: Influences on European Territorial Governance. disP, Bd. 44 (2008), H. 172, S. 21-34.

Tatzberger, Gabriele / Schindegger, Friedrich: Challenges and Experiences of Working for the Planners Network for Central and South-East Europe. disP, Bd. 44 (2008), H. 172, S. 74-84.

Vom Landwirt zum Energiewirt?

LAG Bayern diskutiert über Ressourcenmanagement

Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Bayern kam am 18. April 2008 in Ansbach zu ihrer ersten Mitgliederversammlung in diesem Jahr zusammen. Rund 30 Mitglieder und Gäste waren der Einladung in die mittelfränkische Bezirkshauptstadt gefolgt. Die Sitzung fand in historischem Ambiente statt – in der ehemaligen markgräflichen Residenz aus dem 18. Jahrhundert, heute Sitz der Regierung von Mittelfranken. Begrüßt wurde die Gruppe vom Regierungspräsidenten Dr. Thomas Bauer, der die Stadt sowie den Regierungsbezirk in einem kurzen Portrait vorstellte. Anschließend hieß der Leiter der LAG, Prof. Dr. Hubert Job, die Mitglieder und Gäste willkommen und führte in das Sitzungsthema ein.

Die LAG hatte ein für die derzeitige Entwicklung ländlicher Räume in Deutschland und Europa bedeutsames Thema gewählt. Mit Schlagworten wie „Vom Landwirt zum Energiewirt“ oder „Teller oder Tank“ werden Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft plakativ beschrieben. Da die Energieversorgung in Deutschland zu ganz erheblichen Teilen auf fossilen Energieträgern und Kernkraft basiert, könnte Bioenergie einen Beitrag darstellen, um die Abhängigkeit von Öl, Gas und Atomenergie zu reduzieren und nachwachsende Rohstoffe stärker für die Energiegewinnung zu nutzen. Viele Landwirte haben in den letzten Jahren Biogasanlagen errichtet. Der Betrieb solcher Anlagen verhieß bis vor Kurzem ein durchaus verlässliches Auskommen. Aber diese Entwicklung ist nicht unproblematisch, denn für den Anbau nachwachsender Rohstoffe wie Gras oder Mais werden erhebliche Anbauflächen benötigt. Diese können bestehende Ökosysteme zerstören und damit Klimaschutzziele infrage stellen. Darüber hinaus hat sich eine Flächenkonkurrenz entwickelt: Je mehr Fläche für den Anbau nachwachsender Rohstoffe verwendet wird, desto weniger steht für die Produktion von Nahrungsmitteln für Mensch und Tier zur Verfügung. Das wiederum kann im globalen Maßstab zu Nahrungsmittelknappheit gerade in ärmeren Ländern führen. Doch auch hierzulande sind seit einigen Monaten die Preise für Weizen und andere Lebensmittelgrundprodukte gestiegen, sodass die vormals sichere „Geldquelle“ Biogasproduktion ins Wanken gerät, da für die klassische Agrarproduktion wieder höhere Einnahmen zu erzielen sind. Kurzum: Landwirte, Politiker und andere Akteure in den ländlichen Räumen stehen vor bedeutenden Herausforderungen, um das Auskommen der Landwirte nachhaltig zu sichern und gleichzeitig die nationalen Klimaschutzziele einhalten zu können.

Alois Heißenhuber

Nutzungskonkurrenzen und planerische Perspektiven

Im ersten Fachvortrag referierte Prof. Dr. Alois Heißenhuber von der Technischen Universität München (Weihenstephan) über diese „Nutzungskonkurrenz zwischen nachwachsenden Rohstoffen und Nahrungsmitteln“. Er verwies insbesondere auf die gegenseitigen Beziehungen zwischen Nahrungsmittel- und Energiepreisen. Vor allem plädierte er für die Nutzung von Abfall- und Reststoffen für die Energiegewinnung, um möglichst viele Flächen für die Nahrungsmittelproduktion – gerade zum derzeitigen Zeitpunkt – sichern zu können.

Dr. Helga Kanning von der Leibniz Universität Hannover berichtete anschließend über „(Natur-)räumliche Auswirkungen der Biogasnutzung und planerische Perspektiven“. In ihrem Vortrag präsentierte sie vorläufige Ergebnisse eines Forschungsvorhabens, das sich mit ökologisch-planerischen Problemen der Biogasnutzung in ländlichen Räumen Niedersachsens auseinandersetzt. In diesem Zusammenhang war auch die Frage der Standortwahl von Biogasanlagen sowie deren Akzeptanz durch die örtliche Bevölkerung wichtig.

In einem dritten Beitrag widmete sich Dr. Robert Wagner vom Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe in Straubing dem aktuellen Stand der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen unter wirtschaftlichen As-

Blick ins Plenum

pekten. Er untersuchte hauptsächlich die Verwendung von Biomasse für feste, flüssige und gasförmige Energieträger unter wirtschaftlichen Konkurrenzbedingungen auf dem Heizstoff- und Kraftstoffmarkt.

Neuwahl der Lenkungsgruppe

Am Nachmittag standen Wahlen auf der Tagesordnung. Auf Vorschlag der Mitglieder wurde der bisherige Leiter, Prof. Dr. Hubert Job, Würzburg, einstimmig für zwei weitere Jahre im Amt bestätigt. Auch die beiden Stellvertreter, Dr. Peter Lintner, Augsburg, und Dr. Jürgen Weber, Landshut, wurden einstimmig für die nächsten beiden Jahre wiedergewählt. Alle drei nahmen die Wahl an und sind inzwischen vom Präsidenten der ARL in die Ämter berufen worden. Mehrere Mitglieder, deren Mitgliedschaft nach jeweils fünf Jahren ausgelaufen war, wurden wiedergewählt. Neu in die LAG gewählt wurden Markus Beier, Regensburg, Claus Hensold, Augsburg, und Oliver Weidlich, Würzburg.

Berichte aus den Arbeitsgruppen

Den Abschluss der Mitgliederversammlung in Ansbach bildeten Berichte aus den derzeit drei laufenden Arbeitsgruppen der LAG Bayern. Dr. Reinhold Koch referierte aus der Arbeitsgruppe „Monitoring und Evaluation von Stadt- und Regionalentwicklung“. Die Beiträge aus dieser Arbeitsgruppe sollen den Mitgliedern der LAG bei der Herbstsitzung in München vorgestellt werden. Dr. Andreas Klee berichtete von den bisherigen Aktivitäten in der Arbeitsgruppe „Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern“, in der zu Beginn dieses Jahres zwei Grundsatzbeiträge intensiv diskutiert worden sind. Schließlich berichtete Prof. Dr. Jörg Maier über den Abschluss der Untersuchungen der Arbeitsgruppe „Ziele und Strategien einer aktuellen Entwicklung der ländlichen Räume in Bayern“. Den Mitgliedern der LAG lag der Abschlussbericht vor und sie übermittelten der Arbeitsgruppe noch eine Reihe von Änderungs- und Verbesserungsvorschlägen, die inzwischen auch umgesetzt wurden.

Prof. Dr. Hubert Job schloss die Sitzung mit der Einladung zu den nächsten Mitgliederversammlungen: am Rande der 26. Fortbildungsveranstaltung, die die ARL gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie am 11./12. Juni 2008 im Kloster Banz durchführt, sowie am 24./25. Oktober 2008 in München.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

Daseinsvorsorge sichern

113. Sitzung der LAG Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland

Das Leitbild der Raumordnung „Daseinsvorsorge sichern“ stand im Mittelpunkt der 113. LAG-Sitzung am 31. März 2008 in Darmstadt, die vom LAG-Leiter, Ltd. Ministerialrat Gerd-Rainer Damm, eröffnet wurde. Im Namen des Regierungspräsidenten Darmstadt begrüßte der Leiter der Abteilung „Regionalplanung, Bauwesen, Wirtschaft, Verkehr“, Joachim Schäfer, alle Anwesenden und erläuterte einige aktuelle planerische Vorhaben in der Region Südhessen. Der Generalsekretär der ARL, Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich, begrüßte ebenfalls Mitglieder und Gäste der LAG und betonte die besondere Bedeutung des Themenschwerpunktes. Die Aspekte Demographischer Wandel, Zukunft des Systems der Zentralen Orte und die Auseinandersetzung mit den neuen Leitbildern der Raumordnung seien zentrale Arbeitsfelder der ARL. Diese würden nicht nur in vielen anderen Landesarbeitsgemeinschaften bearbeitet, sondern seien auch wichtige Inhalte in den Forschungsaktivitäten der Akademie insgesamt.

Straffung des Zentrale-Orte-Systems

Martin Spangenberg vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung setzte sich in seinem Vortrag „Daseinsvorsorge sichern“ intensiv mit dem zweiten Leitbild der Bundesraumordnung auseinander. Insbesondere in Regionen mit einer stark alternden Bevölkerung sowie in dünn besiedelten Räumen mit Bevölkerungsrückgang gehe es um die Neuausrichtung von Strategien, Standards und Instrumenten der Raumordnung, um gleichwertige Lebensverhältnisse auch künftig in allen Teilräumen Deutschlands zu gewährleisten. Dabei müsse über eine Straffung des Zentrale-Orte-Systems in den betroffenen Regionen nachgedacht werden, um Infrastrukturstandards in zumutbarer Erreichbarkeit aufrechterhalten zu können. Als Beispiel könnten „Gesundheitszentren“ in den Zentralen Orten für die ambulante medizinische Versorgung mit mehreren Allgemeinärzten/Fachärzten gelten. Zudem müssten in Zukunft verstärkt flexible und mobile Lösungen, etwa kulturelle Leistungen in Form mobiler Bibliotheken oder Theateraufführungen, verfolgt werden.

Zur Situation in Berlin-Brandenburg

Dr. Frank Reichel erläuterte aus der Perspektive der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg den Umgang mit den Folgen der demographischen Entwicklung für die Sicherung der Daseinsvorsorge. So würden aktuelle Gutachten für manche Regionen Brandenburgs massive Bevölkerungsverluste voraussagen. Dies habe die Debatte im politischen Raum noch einmal befördert und allen Akteuren den enormen Handlungsdruck vor Augen geführt. Die Landesplanung habe in der letzten Zeit mit dem

neuen „Leitbild für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ und dem zu Beginn diesen Jahres in Kraft getretenen „Landesentwicklungsprogramm 2007“ die Diskussion um die Zukunftsperspektiven auf eine programmatische Grundlage gestellt. So würden die Hierarchiestufen reduziert und das bisherige Zentrale-Orte-System werde deutlich gestrafft: Das neue Konzept sieht vor, dass die staatliche Daseinsvorsorge von vormals 153 auf 54 Zentrale Orte konzentriert wird. Zudem seien „Mittelzentrale Verantwortungsgemeinschaften“ geplant, innerhalb derer die Daseinsvorsorge organisiert werden soll. Den Kommunen werde in Zukunft – auch durch Initiierung von interkommunalen Kooperationen – ein verstärkter Einfluss im Umgang mit den Folgen des demographischen Wandels übertragen.

Zur Situation im LAG-Gebiet

Prof. Dr. Ulrike Sailer von der Universität Trier stellte Analyseergebnisse zur demographischen Entwicklung im LAG-Gebiet vor und schilderte die Konsequenzen für die Sicherung der Daseinsvorsorge. Sie führte aus, dass der Handlungsdruck in Teilgebieten größer als in anderen westdeutschen Ländern sei. Als problematische Rahmenbedingungen nannte sie etwa die relative Häufung von strukturschwachen Gebieten, eine geringere Landschaftsattraktivität (bedeutsam bei Wanderungen von Senioren) oder auch die vergleichsweise wenigen größeren Wirtschaftszentren (wichtig für die Zuwanderung von Hochqualifizierten) im Gebiet der LAG. Von zentraler Bedeutung für eher ländliche oder strukturschwache Räume sei eine gute verkehrliche Anbindung an die starken städtischen Räume. Zudem werde der Ausbau von Mittelzentren im Sinne von „Gate-way-Funktionen“ zu den Metropolen immer bedeutsamer, um u. a. den Wissenstransfer in diese Regionen zu gewährleisten.

Weiterhin befassten sich Prof. Dr. Dr. Olaf Kühne vom Ministerium für Umwelt des Saarlandes und Dr. Gerd Rojahn von der Obersten Landesplanungsbehörde Rheinland-Pfalz in ihren Vorträgen mit der Situation des Systems der Zentralen Orte in ihren Ländern. Kühne stellte eine Untersuchung aus dem Saarland vor. Die Ergebnisse zeigten auch dort auf, dass die Landesplanung ihre Aktivitäten auf weniger Zentren konzentrieren müsse. Rojahn berichtete von Vorhaben aus Rheinland-Pfalz, wo die konkrete Ausstattungssituation bei den Kommunen abgefragt werde, um einen Überblick über die reale Situation zu erhalten. Dabei stellte auch er klar, dass es „flächendeckende Standards“ nicht mehr geben könne. Vielmehr sei die Landesplanung aufgefordert, sehr viel zielorientierter vorzugehen und Optimierungsmöglichkeiten – etwa im Rahmen von interkommunalen Kooperationen – stärker auszuschöpfen.

Die anschließende Diskussion verdeutlichte die besondere Bedeutung des Themas für das LAG-Gebiet. Es bestehe die Notwendigkeit, das Zentrale-Orte-Konzept auch aktiv und in einem politischen Prozess zu gestalten. Dabei sei aber vielfach bei den Kommunen noch Überzeugungsarbeit – etwa bezüglich der Notwendigkeit neuer Kooperationsformen – zu leisten.

Neue Forschungsthemen

Im LAG-internen Teil der Sitzung wurde unter der Leitung von Gerd-Rainer Damm insbesondere über die Arbeitsgruppen beraten. Der Leiter der AG „Regionaler Flächennutzungsplan“, Dr. Hans-Jörg Domhardt, berichtete, dass die AG ihre Arbeiten möglichst bis Ende des Jahres abschließen wolle. Für die AG „Ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel“ (Leiter: Prof. Dr. Dr. Olaf Kühne) konnte eine positive externe Evaluierung der eingereichten Arbeitsergebnisse vermeldet werden. Es ist beabsichtigt, sie als E-Paper der ARL zu veröffentlichen. Weiterhin wurde über die vom ARL-Präsidium beschlossene neue Arbeitsgruppe „Wohnimmobilienentwicklung im ländlichen Raum“ debattiert. Der Arbeitsgruppenleiter, Prof. Dr. Harald Spehl, stellte die ersten konzeptionellen Überlegungen vor. Schließlich wurde über das eingereichte Exposé zur Einrichtung einer neuen Arbeitsgruppe zum Thema „Strategische Regionalplanung“ (Leiter: Theophil Weick) diskutiert. Das Papier fand generelle Zustimmung, allerdings sollten in einigen Detailfragen noch Überarbeitungen vorgenommen werden.

Matthias Schönert, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 28
E-Mail: Schoenert@ARL-net.de

Entwicklung der ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen

Dieses Thema stand im Mittelpunkt der Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Nordrhein-Westfalen, die am 10. April 2008 bei der Bezirksregierung Köln stattfand. Zunächst begrüßte der stellvertretende Leiter der LAG, Abteilungsdirektor Joachim Diehl, die Mitglieder und Gäste im Namen des Regierungspräsidenten Hans Peter Lindlar. Er gab einen kurzen Überblick über die Organisationsstruktur der Bezirksregierung und den weitgehend abgeschlossenen Prozess der Verwaltungsstrukturreform im Land. Anschließend richtete der Leiter der LAG, Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Direktor des ILS-Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund, besondere Grüße an den Leiter der Landesplanung vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes NRW, Michael Gaedtke, und an den Präsidenten der ARL, Prof. Dr. Heinrich Mäding, der im zweiten Teil der Sitzung über die Forschungsaktivitäten der Akademie berichtete.

Ländliche Räume in NRW

Grundlage dieses Teils der Sitzung war ein Thesenpapier, das die Mitglieder der gemeinsamen Arbeitsgruppe „Entwicklungen in den ländlichen Räumen Nordrhein-Westfalens" der LAG NRW der ARL und der Landesgruppe NRW der DASL vorgelegt hatten. Die Einführung in die Thematik übernahm die Leiterin der Arbeitsgruppe, Prof. Dr. Ulrike Grabski-Kieron, Münster.

Sie hob hervor, dass ländliche Räume je nach ihrer Lage im Zentrensystem und nach den naturräumlichen Standortgegebenheiten durch unterschiedliche Entwicklungspfade gekennzeichnet sind. Die Palette ländlicher Raumtypen reiche – gerade in NRW – von wirtschaftlich strukturstarken, prosperierenden und einwohnermäßig wachsenden Regionen sowie periurbanen Räumen über Gebiete mit nach wie vor tragfähiger Landwirtschaft bis hin zu peripher gelegenen, strukturschwächeren Regionen.

Aktuell vollziehe sich ländliche Entwicklung, so Grabski-Kieron, unter den Einflüssen zunehmender Verflechtungen zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, neuer Funktionszuweisungen an ländliche Räume, eines anhaltenden Struktur- und Funktionswandels im Agrarsektor (europäisches Leitbild einer multifunktionalen Landwirtschaft) und regional differenzierter wirtschaftlicher Dynamik. Diese Entwicklungen führten nicht nur zu tiefgreifenden Veränderungen der traditionellen Landnutzungsmuster und Kulturlandschaften des ländlichen Raumes, sondern übten auch erhebliche Auswirkungen auf ländliche Arbeitswelten, Infrastrukturen, Soziokulturen und das gesamte Siedlungswesen aus.

Anschließend wurden für fünf zentrale Aspekte zur Entwicklung ländlicher Räume in Nordrhein-Westfalen fach- und handlungsbezogene Thesen vorgestellt und näher erläutert:

- Regionalisierung und regionaler Wettbewerb
- Landwirtschaft und Forstwirtschaft stehen vor neuen Herausforderungen
- Daseinsvorsorge braucht bürgerliches Engagement und interkommunale Kooperation
- Steuerung der Flächennutzung durch Management und Monitoring
- Baukultur und Erhaltung ländlicher Kulturlandschaften bedeuten Förderung regionaler Vielfalt und regionaler Identität

Nach der Vorstellung des Thesenpapiers gingen drei Fachreferenten aus unterschiedlichen Blickwinkeln auf die Kernaussagen und die wichtigsten in dem Papier skizzierten Handlungsanforderungen ein:

- Statement aus Sicht der Kommunen

  Dr. Martin Klein, Hauptgeschäftsführer des Landkreistages NRW
- Statement aus Sicht der Landwirtschaft

  Dr. Armin Hentschel, Landwirtschaftskammer NRW
- Statement aus Sicht des Naturschutzes

  Josef Tumbrinck, Vorsitzender des NABU NRW

Sie berücksichtigten hierbei vorgegebene Leitfragen, die sich u. a. auf den Wandel der land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsmuster (etwa Anbau energetischer Rohstoffe), auf Konzepte zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Regionen, auf Strategien und Instrumente zur (konfliktminimierenden) Steuerung des Landnutzungswandels und zur regionalen Daseinsvorsorge, auf die Potenziale zur erfolgreichen Positionierung ländlicher Räume im gesamträumlichen und europaweiten Entwicklungskontext sowie auf den Forschungs- und Handlungsbedarf in diesem Themenfeld bezogen.

In diesen Teil der Sitzung und in die anschließende Diskussion führte der Ko-Leiter der Arbeitsgruppe, Prof. Albert Schmidt, Ratingen, ein. Es wurden zahlreiche fachliche Aspekte vertieft und Anregungen für die Fortentwicklung des Thesenpapiers gegeben. Die Thematik soll darüber hinaus im Rahmen der nächsten Konferenz für Planerinnen und Planer in NRW, die ARL, ILS und DASL am 23. Oktober 2008 in Münster veranstalten, vertieft werden.

Künftige Tätigkeit der LAG

Als Grundlage für Überlegungen zur künftigen Tätigkeit der LAG informierte ARL-Präsident Mäding, Berlin, über aktuelle Forschungsaktivitäten der Akademie. Er ging insbesondere auf Arbeiten zu den räumlichen Konsequenzen des Klimawandels, zu Metropolregionen, zu neuen Verbundforschungen zur Entwicklung ländlicher Regionen, auf einen neuen Arbeitskreis zur (strategischen) Regionalplanung und auf die Wissenschaftliche Plenarsitzung im Juni 2008 in Berlin ein, die unter dem Thema „Geld regiert die Welt" steht und versuchen wird, das Wechselspiel zwischen öffentlichen Finanzströmen und räumlicher Entwicklung näher auszuleuchten.

Anschließend berichtete der Leiter der Landesplanung NRW, Michael Gaedtke, Düsseldorf, über den Stand der Erarbeitung des neuen Landesentwicklungsplans (LEP) Nordrhein-Westfalen. Als wichtige veränderte Rahmenbedingung für die künftige Landesentwicklung nannte er den mit der Föderalismusreform verbundenen Übergang von der Rahmengesetzgebung zur konkurrierenden Gesetzgebung. Sobald das neue ROG vorliege, werde das Landesplanungsgesetz NRW überarbeitet. Ein weiterer wichtiger Handlungsschwerpunkt sei die Zusammenführung von Landesentwicklungsprogramm und LEP. Hierdurch werde im Sinne einer Verwaltungsvereinfachung ein alter Dualismus aufgegeben sowie flexibleres und schnelleres landesentwicklungspolitisches Handeln ermöglicht. Als fachpolitische Frage, die auf besondere öffentliche Resonanz stieß, nannte Gaedtke die Planung neuer Kraftwerksstandorte.

Darüber hinaus informierten sich die Mitglieder über den Stand der Tätigkeit der Arbeitsgruppen der LAG sowie die Vorbereitung der diesjährigen Konferenz für Planerinnen und Planer NRW und wählten zum Abschluss neue Mitglieder in die Arbeitsgemeinschaft.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 23
E-Mail: Toennies@ARL-net.de

Frühjahrstagung der LAG Sachsen/ Sachsen-Anhalt/Thüringen

Auf der diesjährigen Frühjahrstagung der LAG Sachsen/ Sachsen-Anhalt/Thüringen am 17. April wurden die Ergebnisse aus den beiden LAG-Arbeitsgruppen vorgestellt.

Freiraumschutz in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

Markus Egermann berichtete über die wissenschaftlichen Beiträge und Diskussionen in der Arbeitsgruppe „Freiraumschutz". Ziel der Tätigkeit dieser Arbeitsgruppe ist es aufzuzeigen, welche Bedeutung dem Freiraumschutz in der Regionalplanung beigemessen wird. Dazu wurde eine geo-statistische Untersuchung über die zeichnerischen Festlegungen zum Freiraum in ostdeutschen Regionalplänen durchgeführt. Dieser vergleichende Überblick wird ergänzt durch Analysen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen darüber, wie unzerschnittene Landschaftsräume bzw. Biotopverbünde durch die Regionalplanung unter Schutz gestellt werden können. Weiter nahm die Arbeitsgruppe das Thema Windenergie in den Blick und untersuchte die rechtlichen Anforderungen an die Steuerung von Windenergieanlagen, um dem Freiraumschutz Rechnung zu tragen. In einer eher methodischen Untersuchung ging es schließlich darum, wie Landschaftsdaten für die Sicherung der biologischen Vielfalt nutzbar gemacht werden und im Rahmen von Verkehrsplanungen der Erhaltung und Wiederherstellung der Durchlässigkeit der Landschaft dienen können.

Wie steht es um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im LAG-Gebiet?

Diese Frage hat sich die zweite Arbeitsgruppe gestellt, über die Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld berichtete. Das Ziel der Arbeitsgruppe besteht darin, die Wirkungszusammenhänge von verschiedenen Maßnahmen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu analysieren, um Entscheidungsträgern eine Hilfe für die Gestaltung von Konzepten zum Abbau von Disparitäten an die Hand zu geben. Verschiedene empirische Beiträge untersuchen den Stand gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bereich der privaten Infrastruktur, z. B. für den Wohnungsmarkt, die Niederlassung von Banken und die Standortwahl von Discountern. Weiter geht es um staatliche Maßnahmen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im LAG-Gebiet. Dazu gehören Beiträge über Veränderungen im Zentrale-Orte-System, Anpassungen in der Schulplanung im Kyffhäuserkreis und eine Darstellung über die ÖPNV-Struktur im Weimarer Land. Außerdem wurde das Thema Kommunalfinanzen bearbeitet. Hier zeigt eine Untersuchung, dass Kommunen in Sachsen-Anhalt geringe Steuereinnahmen haben und in hohem Maße auf staatliche Transfers angewiesen sind. Daneben stand die Frage im Mittelpunkt, welchen Einfluss der Kommunale Finanzausgleich auf die Initiativen zur Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung hat. Hier wurde insbesondere herausgearbeitet, dass der Kommunale Finanzausgleich an eindeutige Ziele geknüpft sein muss, die durch transparente Verfahren zu verwirklichen sind. Abschließend wurde in Beispielen aus zwei Regionen aufgezeigt, wie endogene Potenziale genutzt werden können, um mit den demographischen Veränderungen umzugehen.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen stießen im Kreis der LAG-Mitglieder auf großes Interesse und die Veröffentlichung der beiden Arbeitsmaterialien wird mit Spannung erwartet.

Jana Kenzler, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 43
E-Mail: Kenzler@ARL-net.de

IIK Regionalplanung startet neue Arbeitsperiode

Auf Einladung von Dr. Thomas Geyer, Direktor des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz-Nord, Koblenz, führten die Mitglieder des Informations- und Initiativkreises (IIK) Regionalplanung ihr 23. Treffen am 4. und 5. April 2008 in Treis-Karden an der Mosel durch. Der Gastgeber berichtete über das inzwischen von der Bundesarbeitsgemeinschaft Schienenpersonennahverkehr (BAG-SPNV) verabschiedete Positionspapier der SPNV-Aufgabenträger „Die Finanzierung des SPNV sichern – nachhaltige Mobilität ermöglichen". Diese sachorientierte Ausarbeitung zu den künftigen Kostenerwartungen im SPNV macht deutlich, dass es bald schwieriger politischer Entscheidungen zur langfristigen Finanzierung und räumlichen Verteilung der notwendigen Mittel bedarf (www.bag.spnv.de).

Strategische Regionalplanung

Wie wir in früheren Heften der NACHRICHTEN berichteten, haben sich die Mitglieder des IIK in jüngster Zeit wieder einmal grundsätzlich mit der Weiterentwicklung der Regionalplanung in Deutschland beschäftigt. Im Ergebnis hat das Präsidium der ARL auf der Basis des Positionspapiers Nr. 74 „Wir leben regional" aus dem IIK einen neuen Arbeitskreis (AK) Strategische Regionalplanung eingesetzt. IIK-Mitglied Prof. Dr. Dirk Vallée, Aachen, berichtete als Leiter des AK über den derzeitigen Stand. Die Mitglieder des AK haben bei ihrem ersten Treffen vereinbart, ein vorrangig wissenschaftliches Papier zur Zukunft der Regionalplanung zu erarbeiten, die verschiedenen Raumtypen spezifiziert zu behandeln und sich an zukunftsweisenden Beispielen auch außerhalb Deutschlands (z. B. London, Stockholm,

Zürich, Lyon) zu orientieren. Wenn ein erster inhaltlicher Status erreicht ist, sollen auch die Adressaten (z. B. Politik und Verwaltung) themenbezogen eingeladen und externe Zuarbeit einbezogen werden. In spätestens drei Jahren soll die Arbeit abgeschlossen sein.

Kosten von Siedlungen und Infrastrukturen

Über den vom IIK angeregten Workshop im Spätherbst letzten Jahres in Düsseldorf zur Thematik von Kosten und Folgekosten haben wir berichtet (NACHRICHTEN 4/2007, S. 42/43). Die Sitzung in Treis-Karden wurde genutzt, um die Ergebnisse des Workshops in das vorliegende Papier des IIK einzuarbeiten. Ziel ist ein neues Positionspapier aus der ARL. Es soll noch vor der Sommerpause dem Präsidium vorgelegt werden.

Eigenentwicklung in Raumordnungsplänen

Grundlage der ausführlichen Beratung bildeten Statements von IIK-Mitgliedern. Frank Liebrenz, Kiel, trug zur Kommunalen Wohnungsbauentwicklung in Schleswig-Holstein vor. Als gutes Beispiel wurde der Kooperationsvertrag für den Wirtschaftsraum Rendsburg benannt. Prof. Dr. Axel Priebs, Hannover, erwartet für die Region Hannover bis 2015 eine gleichbleibende Einwohnerzahl. Daher wird man künftig nicht mehr von einem 10-, sondern von einem 5-prozentigen Flächenzuwachs, bezogen auf vorhandene Bauflächen, für die Eigenentwicklung ausgehen. Auch sollen mit den Gemeinden Verträge über die Inanspruchnahme während des gesamten Planungszeitraumes abgeschlossen werden. Theophil Weick, Kaiserslautern, informierte über die erfolgreiche Umsetzung sehr genauer Flächenvorgaben je Ortsteil als „Schwellenwerte“ auf der Basis bisheriger baulicher Entwicklung. Der seit 2002 angesetzte Wert von 3,5 ha/1000 EW soll allerdings bei der Fortschreibung gesenkt werden. Schließlich erinnerte Heinz Konze an das seit vielen Jahren im Regierungsbezirk Düsseldorf praktizierte Siedlungsflächenmonitoring, das in Verbindung mit der voraussichtlichen Einwohnerentwicklung wertvolle Grundlage für die Bedarfsfeststellung im Regionalplan war und ist. Für die Eigenbedarfsbestimmung in Ortslagen unter 2000 EW, die nicht im Regionalplan dargestellt sind, wurde neben der Betrachtung der spezifischen Ortsteilentwicklung (EW, bestehende Wohneinheiten, Belegungsziffer, Wanderungen, Bautätigkeit) und der Berücksichtigung bestehender Flächenreserven ein pauschaler Zuwachs von 10 % der vorhandenen Wohneinheiten akzeptiert. Angesichts tatsächlich geringerer Bautätigkeit in den letzten Jahren und des Ziels, die vorhandene Infrastruktur in den Siedlungsschwerpunkten besser auszunutzen, wird künftig ein pauschaler Ansatz von nur noch 5 % Flächenzuwachs in 10 Jahren angesetzt werden.

Anpassung an den Klimawandel

In der Herbstsitzung des IIK Regionalplanung in Berlin werden sich die Mitglieder neben den Themen „Zukunft der Landschaftsplanung“ und „Handreichung zu den Siedlungsfolgekosten“ schwerpunktmäßig mit den regionalplanerischen Möglichkeiten der Anpassung an den Klimawandel befassen.

Dietmar Scholich, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 37
E-Mail: Scholich@ARL-net.de

IIK-Mitglieder in Treis-Karden

RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG

2/2008

Wissenschaftliche Beiträge

- Ingrid Krau
  Einleitung. Stadt und Stadtpolitik
- Susanne Frank
  Stadtentwicklung durch die EU: Europäische Stadtpolitik und URBAN-Ansatz im Spannungsfeld von Lissabon-Strategie und Leipzig Charta
- Jörg Bogumil / Stephan Grohs / Renate Reiter
  Möglichkeiten und Grenzen nationaler Stadtpolitik – eine politikwissenschaftliche Perspektive
- Ulrich Hatzfeld / Peter Jakubowski
  Nationale Stadtentwicklungspolitik in Deutschland – zwischen Versuch und Vision
- Hans-Peter Gatzweiler / Robert Kaltenbrunner
  Raumentwicklung ist Stadtentwicklung ist Raumentwicklung.
  Zur Unteilbarkeit eines inneren Zusammenhangs
- Johann Jessen / Uwe-Jens Walther
  Großstadtpolitik in England – das Beispiel Manchester
- Jean-Jacques Terrin
  A few factors in understanding French town planning
- Jan van der Meer / Erik Braun
  Challenges to national urban policies in the Netherlands
- Uwe Altrock
  Stadtentwicklungsprobleme der mittelosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten

ISSN 0034-0111

Bestellungen an: Carl Heymanns Verlag KG
Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
Tel.: (0221) 943730, Fax: (0221) 94373901
E-Mail: vertrieb@heymanns.com

Raumordnung und Raumentwicklung

Arbeiten am neuen Grundlagenwerk in vollem Gange

Klimawandel, demographischer Wandel, fortschreitende Globalisierung – veränderte Rahmenbedingungen stellen Planer vor neue Herausforderungen und machen eine kritische Reflexion und Aktualisierung des Basiswissens in der Raumplanung erforderlich. Wie bereits in vorherigen Ausgaben der NACHRICHTEN (Hefte 1 und 3/2007) berichtet, hat sich die ARL dazu entschlossen, ein neues Grundlagenwerk mit dem Arbeitstitel *Raumordnung und Raumentwicklung* (ehemals *Grundriss der Raumplanung*) zu veröffentlichen. Es soll Anfang 2010 auf dem Markt erscheinen.

Ein Redaktionsausschuss unter der Leitung von ARL-Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Klaus Borchard hat eine Konzeption für das neue Grundlagenwerk erstellt. Dem Redaktionsausschuss gehören ferner Ministerialdirigent Werner Müller, Prof. Dr. Axel Priebs, Staatssekretär a. D. Dr. Ernst-Hasso Ritter, Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich und Ministerialdirigent Manfred Sinz an. *Raumordnung und Raumentwicklung* soll Inhalte der Planung kritisch reflektieren, Grenzen der Planung thematisieren und sich durch diese Ausrichtung deutlich vom eher lexikonartigen *Handwörterbuch der Raumordnung* abgrenzen. Die überörtliche Raumplanung unter Einbeziehung der Bauleitplanung liegt dabei im Fokus der Betrachtung.

Nach einer Evaluation der Konzeption durch Gutachter aus Wissenschaft und Praxis konnte der Redaktionsausschuss Anfang des Jahres namhafte Autoren für die Erstellung der einzelnen Beiträge gewinnen. Die meisten von ihnen haben bereits einen ersten Gliederungsentwurf für ihren Beitrag entwickelt. Auf der letzten Sitzung des Redaktionsausschusses wurden die Kompatibilität dieser Entwürfe und die damit verknüpfte Kohärenz des Gesamtwerks diskutiert. Aktuell tauschen sich die Mitglieder des Redaktionsausschusses diesbezüglich mit den Autoren aus, bevor diese das neue Grundlagenwerk mit Inhalten und Leben füllen. Dank der Unterstützung und des Engagements aller Beteiligten ist die Arbeit an *Raumordnung und Raumentwicklung* in vollem Gange. Praktiker und Studierende, aber auch Wissenschaftler können sich auf ein sicherlich spannendes und qualitativ hochwertiges Produkt freuen.

Peter Müller, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 31
E-Mail: Mueller@ARL-net.de

Sind Innovationen im Raum planbar?

Tagung des Junges Forums der ARL in Berlin

Innovationen und Innovationsfähigkeit stehen derzeit hoch im Kurs. In der wissenschaftlichen und politischen Diskussion wird ihnen ein hoher Stellenwert für die wirtschaftliche Entwicklung beigemessen. Bereits im Jahr 2000 verabschiedeten die europäischen Staats- und Regierungschefs die Lissabon-Strategie mit dem Ziel, Innovationen zu fördern, um die Europäische Union bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Erde zu entwickeln. Ausgehend von einer überwiegend ökonomisch geführten Diskussion halten in jüngster Zeit neue Perspektiven Einzug in die Debatte. Es werden zunehmend soziale und ökologische Aspekte thematisiert. Beispielsweise gelten in der aktuellen Klimaschutzdebatte innovative Techniken als Voraussetzung für ein nachhaltiges Wachstum. In den Raumwissenschaften werden Innovationen und Innovationsfähigkeit im Zusammenhang mit kreativen Milieus oder Wissensregionen diskutiert.

Das Junge Forum der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) griff mit seiner Tagung „Innovationen im Raum – Raum für Innovationen“ vom 21. bis 23. Mai 2008 in Berlin dieses hochaktuelle Thema auf. Ziel der Tagung war es, innovative Räume und die Bedingungen, unter denen sie entstehen, zu analysieren sowie der Frage nachzugehen, wie Innovationen gefördert werden können und welche Auswirkungen sie im Raum haben können. Über 60 Mitglieder des Jungen Forums sind der Einladung nach Berlin gefolgt und erlebten drei hochinteressante Tage.

Perspektiven aus Wissenschaft, Planung und Politik

Den Auftakt bildeten am Nachmittag des 21. Mai drei Key-Note-Vorträge. Prof. Dr. Knut Koschatzky vom Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung in Karlsruhe referierte über räumliche Aspekte im Innovationsprozess. Im Mittelpunkt stand dabei die Befassung mit dem Begriff der „Innovation“ und dessen Bedeutung als zirkulärer und kumulativer Prozess, der durch gegenseitiges Lernen, Schaffung neuen Wissens, Kreativität, aber auch Unsicherheit gekennzeichnet ist. Anschließend zeigte Koschatzky die vielfältigen Zusammenhänge zwischen Innovationen und Raum auf und verwies auf die Bedeutung einer vorhandenen Wissensbasis in den Regionen. Je ausgeprägter diese Basis ist, desto größer sind die jeweiligen Wissensvorsprünge und Vorteile im interregionalen Konkurrenzkampf um kreative und ökonomische Potenziale.

Knut Koschatzky

Dr. Oliver Ibert von der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn ging in seinem anschließenden Vortrag auf innovationsorientierte Planung ein. Alle Akteure, die vor der Herausforderung stehen, Innovationen organisieren zu wollen oder gar zu müssen, stehen vor dem Paradoxon, dass man das Unplanbare planen soll – zumeist sogar in einem nichtinnovativen Milieu durch einen oft unbegabten Akteur. Kann dies gelingen? Oliver Ibert machte sehr deutlich, dass Innovationen nicht direkt planbar sind. Es können lediglich Rahmenbedingungen geschaffen und gestaltet werden, in denen das Auftreten von Innovationen wahrscheinlicher wird. Hierzu braucht es charismatische Persönlichkeiten, innovative und unbürokratische Netzwerke sowie in vielen Fällen einen expliziten Verzicht auf Planung.

Wie diese Ansätze in der Praxis umgesetzt werden, zeigte Dr. Jens Unruh vom Transferzentrum für Existenzgründung und Innovation der ZukunftsAgentur Brandenburg. Er illustrierte die regionalen Innovationsstrategien im Land Brandenburg und ging vor allem auf das Landesinnovationskonzept und auf die 16 Branchenkompetenzfelder für die weitere finanzielle Förderung von Unternehmen ein. Besonders hervorzuheben war das Bekenntnis zum Prinzip „Stärken stärken“ und zur gezielten Förderung zukunftsweisender Kompetenzfelder. Damit wird die Abkehr von der „Gießkanne“ und vom regionalplanerischen Prinzip der „Dezentralen Konzentration“ sehr deutlich.

Plenum

Diskussion in Arbeitsgruppen

Nach diesen einführenden, auf wissenschaftliche Grundlagen sowie auf planungspraktische Anwendungen fokussierten Vorträgen diskutierten die Mitglieder des Jungen Forums in vier Arbeitsgruppen, wie man innovative Räume charakterisieren kann, welche Rahmenbedingungen zur Förderung und Anwendung neuen Wissens bestehen sollten, wie man innovative Planung und Räume steuern kann und wie sich die Ausbreitung von Innovationen auf räumliche Entwicklungsdynamiken auswirkt.

In der ersten Arbeitsgruppe („Innovative Räume") bildeten vier Vorträge, unter anderem über Garagen als Innovationsräume, regionale Lernkultur und Forschungskooperationen von Unternehmen zur Stärkung der Innovationskraft, den Einstieg in die Diskussionen. In Arbeitsgruppe 2 („Förderung von Innovationen") standen in Referaten unter anderem die Effekte einer regionalisierten Innovationspolitik auf die Entstehung von Clustern und die Bedeutung der Kreativwirtschaft als Instrument der integrativen Innovationsförderung

Arbeitsgruppe 2 (Förderung von Innovationen)

im Mittelpunkt. Arbeitsgruppe 3 („Neue Raumnutzungen und innovative Planungsprozesse") widmete sich mit Vorträgen und Diskussionen den Themen Zwischennutzungen auf Brachflächen, Nutzung von Emotionen in Planungsprozessen und Moderationen zur Unterstützung innovativer Planung. In der vierten Arbeitsgruppe („Der räumliche Fußabdruck von Innovationen") ging es schließlich vor allem um Innovationsbiographien als Methode der raum-zeitlichen Erfassung von Innovationsprozessen sowie um ausgewählte Fallbeispiele von Innovationsprozessen in Bezug auf Klimaschutz und Klimawandel sowie Metropolregionen.

Die Mitglieder des Jungen Forums kamen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass Innovationen nicht planbar sind – wohl aber die Bedingungen, unter denen Innovationen und Kreativität entstehen können. Sie stellten sich die Frage, ob Innovationspolitik dann überhaupt noch Sinn macht. Solange „Windows of Opportunities" im Vordergrund einer Förderpolitik stehen, kann ein größtmögliches Innovationspotenzial ausgeschöpft werden. Dies bedeutet, dass innovationsorientierte Politik flexible Zielerwartungen sowie gestalterische und organisationsbezogene Freiräume zulassen muss und auch ein Scheitern vermeintlich guter Ansätze akzeptieren muss. Dies in den Köpfen der verantwortlichen Akteure zu verankern, dürfte allerdings noch ein schwieriger, gleichwohl wichtiger Schritt sein. In diesem Sinne können die Ergebnisse der Tagung zur Etablierung eines innovationsfreundlichen Klimas in Städten und Regionen beitragen.

Best Practices in Berliner Stadtteilen

Die jährlichen Treffen des Jungen Forums zeichnen sich nicht nur durch die Gelegenheit zum intensiven fachlichen Diskurs in kleinen Arbeitsgruppen aus, sondern beinhalten regelmäßig Exkursionen, um „Best Pracices" zu studieren und die tägliche Arbeit von Planerinnen und Planern vor Ort kennenzulernen. Auch zum diesjährigen Treffen hatte das Organisationsteam drei Exkursionen ausgearbeitet. Zum einen stand der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Berlin-Adlershof auf dem Programm – ein Standort im Berliner Südosten, wo in den vergangenen Jahren gezielt kreative Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Universitätsinstitute angesiedelt wurden. Zum anderen besuchte eine Exkursionsgruppe das Gleisdreieck in der Nähe des Potsdamer Platzes. Hier stand die anstehende Brachflächenentwicklung in einem Berliner Innenstadtbereich, insbesondere die Elemente Wettbewerbsgestaltung und Bürgerbeteiligung, im Vordergrund. Eine dritte Exkursionsgruppe begab sich in den Bezirk Lichtenberg im Osten der Metropole und besichtigte bereits erfolgte und noch vorgesehene Maßnahmen der Quartiersentwicklung, die vor allem im Rahmen der URBAN II Initiative entstanden sind und weiter entstehen werden.

Dass bei so viel fachlichen Vorträgen, Diskussionen und Exkursionen das gesellige Element nicht fehlen darf, gehört ebenfalls zu den Markenzeichen der Treffen des Jungen Forums. Das Organisationsteam hatte ein abwechslungsreiches Abendprogramm zusammengestellt. So konnte am ersten Abend die Berliner Innenstadt vom Schiff aus betrachtet werden. Die dreistündige Fahrt auf dem Landwehrkanal und der Spree gab nicht nur interessante und neue Einblicke in die sich nach wie vor rasch verändernde Stadt. Sie bot auch Gelegenheit zum Kennenlernen der Mitglieder untereinander und zum „Netzwerken". Auch eine Kneipentour durch Kreuzberg, wo die Nächte ja bekanntlich lang sind, war vorbereitet worden und fand regen Zuspruch.

Für die rundum gelungene Veranstaltung ist vor allem dem Organisationsteam vor Ort unter der Leitung von Judith Utz herzlich zu danken. Es ist ein enormer Ansporn für die Mitglieder des Jungen Forums aus Hamburg, wo das Treffen 2009 stattfinden wird, in diese Fußstapfen zu treten und ein Programm auszuarbeiten. Wir sind bereits jetzt sehr gespannt.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

Planung jenseits der Metropolen

Planerforum der LAG Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland

„Planung jenseits der Metropolen“: Mit diesem Thema hat sich das LAG-Planerforum am 22. April 2008 in der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd (SGD) in Neustadt an der Weinstrasse auseinandergesetzt. Der Präsident der SGD Süd, Dr. Hans-Jürgen Seimetz, machte in seiner Begrüßungsrede deutlich, dass Metropolregionen und ländliche Räume nicht automatisch als Kontrahenten zu sehen sind. Vielmehr müsse eine sachliche und differenzierte Diskussion darüber geführt werden, wie sich der Entwicklungsstand der jeweiligen Regionen darstellt und wie voneinander profitiert werden kann. Dabei sei zu berücksichtigen, dass es sowohl zwischen den Metropolregionen als auch innerhalb der Raumkategorie „Ländlicher Raum“ erhebliche Heterogenitäten gebe. Der Leiter der Landesarbeitsgemeinschaft Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland, Ltd. Ministerialrat Gerd-Rainer Damm, ergänzte in seiner Einführung die besondere Bedeutung einer fundierten Analyse. Die LAG hat es sich zur Aufgabe gemacht, die aktuellen räumlichen Entwicklungsperspektiven und Herausforderungen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der neuen Leitbilder der Raumordnung – differenziert für das LAG-Gebiet aufzuarbeiten. Insbesondere die ländlichen Räume und deren Zukunftsperspektiven standen im Mittelpunkt des Tagungsprogramms in Neustadt.

Ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel

Anhand von elf Thesen stellte Prof. Dr. Dr. Olaf Kühne vom Ministerium für Umwelt des Saarlandes die „Entwicklung ländlicher Räume im Struktur- und Politikwandel“ dar. Seine Ausführungen basierten auf Ergebnissen der von ihm geleiteten LAG-Arbeitsgruppe, die ihre Studie vor kurzem abgeschlossen hat. Die Ergebnisse sollen demnächst als E-Paper der ARL zu erhalten sein. Kühne stellte die Situation der ländlichen Räume im LAG-Gebiet anhand verschiedener statistischer und empirisch erhobener Daten dar. Dabei wies er auf die Beachtung der unterschiedlichen Ausgangssituationen hin: So ergäben sich etwa für ballungsraumnahe ländliche Räume spezifische Entwicklungschancen. Demgegenüber sieht die Arbeitsgruppe gerade in dünn besiedelten Gebieten mit besonderen strukturellen Problemen die Gefahr von Abwanderungen, Geschäftsaufgaben mit Ausdünnung der öffentlichen Infrastruktur und schwindender demokratischer Repräsentanz. Hier werde es zu einer Überforderung von Kommunalpolitik und Verwaltung kommen, da die gesellschaftlichen und räumlichen Entwicklungen immer komplexer werden. Eine Funktional- und Gebietsreform könnte erforderliche Anpassungsprozesse initiieren. Zudem empfahl Kühne, dass Kommunen mit großem Problemdruck in verstärktem Maße im interkommunalen Verbund zusammenarbeiten und eine regionale Gesamtstrategie entwickeln.

Die Rolle der Agrarpolitik

Mit der Rolle der Agrarpolitik und ihrem Einfluss auf die Entwicklung im ländlichen Raum setzte sich Prof. Dr. Werner Grosskopf von der Universität Hohenheim auseinander. Die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes habe immer eine wichtige agrarpolitische Komponente gehabt. Grosskopf ging näher auf das EU-Programm „ELER“ ein, das in der ersten Förderperiode 2000–2006 noch sehr stark sektoral auf die Einkommensverbesserung der in der Landwirtschaft Tätigen ausgerichtet gewesen sei. Die Ziele des neuen ELER-Programms für die Förderperiode 2007–2013 sollten eine stärkere regionale Sichtweise befördern, bei der der ländliche Raum als Ganzes eine größere Berücksichtigung finden soll. In diesem Umsteuern sieht Grosskopf den richtigen Weg, um den ländlichen Raum ökonomisch langfristig zu stabilisieren: Es müssten verstärkt wirtschaftliche Entwicklungen im nichtlandwirtschaftlichen Bereich initiiert werden. Erst dadurch würden Einkommensmöglichkeiten außerhalb der landwirtschaftlichen Produktion geschaffen. Zudem solle die Entwicklung von Einkommenskombinationen in landwirtschaftlichen Familien unterstützt werden (Nebenerwerbsbetriebe, saisonale Kombinationen, Mehrberufsstrukturen in kleineren und mittleren Betrieben).

Der Blickwinkel der Raumordnungspolitik

Mit den ländlichen Räumen aus Sicht der Bundesraumordnung bzw. der Raumentwicklungspolitik hat sich Antonia Milbert vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung aus Bonn befasst. Sie führte aus, dass aus Sicht der Raumordnung ein Gegensatz zwischen Stadt und Land insofern nicht

v. l.: Hermann Josef Schmitt, Ottmar Weber, Gerd-Rainer Damm, Franz-Josef Strauss, Andreas Nickel, Olaf Kühne, Werner Grosskopf

Blick in das Plenum

existiere, als dass beide Raumkategorien in einem sich gegenseitig befruchtenden Zusammenspiel stünden. Zudem spiele sich Raumentwicklung häufig jenseits dieser Kategorisierungen ab. So seien auch die neuen raumordnerischen Leitbilder „Wachstum und Innovation", „Daseinsvorsorge sichern" und „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten" nicht explizit einer bestimmten Raumkategorie zugeordnet. Selbst wenn der Ländliche Raum eher in den beiden letzteren Leitbildern zu finden sei, schließe dies eben nicht aus, dass einige ländlich-periphere Regionen durchaus über wachstums- und innovationspolitische Ansatzpunkte verfügen. Die konkrete Umsetzung der Leitbilder werde derzeit in Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) erprobt. Bei der Raumentwicklungspolitik gehe es schließlich darum, alle Räume zu befähigen, ihre Potenziale zu bündeln, zu entwickeln und zu vernetzen im Sinne einer gemeinsamen regionalen Verantwortung.

Chancen und Grenzen der Umsetzung

In der anschließenden Diskussion mit dem Plenum zeigte sich deutlich, dass die regionalspezifische Situation ganz entscheidenden Einfluss auf die Umsetzungschancen von neuen regionalpolitischen Initiativen hat. So wurde etwa auf die Bedeutung von politischen Leitfiguren oder Unternehmerpersönlichkeiten hingewiesen, die entscheidend zur positiven Dynamik in ländlichen Räumen beitragen könnten. Wichtig sei immer die Einschätzung der Situation vor Ort und die Einbindung lokaler Akteure, da diese letztlich entscheidend für eine erfolgreiche Umsetzung regionaler Entwicklungskonzepte seien.

Die Aspekte der Motivierung der Bevölkerung und die Programmumsetzung durch die kommunale und regionale Ebene wurden durch Statements von weiteren vier Referenten anhand von Praxisbeispielen zur Entwicklung ländlicher Räume aus dem LAG-Gebiet deutlich gemacht: So betonte Franz-Josef Strauss vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz, dass der Erfolg von Initiativen im ländlichen Raum stark von angepassten Lösungen und dem „Delegieren von Kompetenzen nach unten" abhänge. Ottmar Weber vom Ministerium für Umwelt des Saarlandes / Agentur Ländlicher Raum führte auch die vielen „kleinen" Projekte an (etwa das Projekt „Tatort-Dorfmitte", bei dem die Bewohner 3.000 Euro zur Gestaltung des Dorfplatzes erhalten), die das Ziel haben, etwas zu bewegen und die „Leute vor Ort" zu aktivieren. Der Bürgermeister der Stadt Großalmerode aus dem Werra-Meißner-Kreis, Andreas Nickel, ergänzte, dass für die Bürger ein hohes Maß an Verbindlichkeit in der Umsetzung von Maßnahmen wichtig sei. Jeder müsse sehen, dass sich persönliches Engagement auszahle. Aus der Gemeinde Tholey im Saarland machte Bürgermeister Hermann Josef Schmitt die besondere Rolle der Überwindung des „Kirchturmdenkens" deutlich. So habe man mit einer Nachbargemeinde Arbeitsgruppen zu konkreten Themen gebildet, an denen sich möglichst viele Bürger aktiv beteiligen sollten.

Die von Gerd-Rainer Damm moderierte Podiumsdiskussion zeigte noch einmal die besondere Notwendigkeit einer guten Zusammenarbeit von Landes- und Kommunalebene auf. So sei ein hohes Maß an Verbindlichkeit erforderlich, und dass Unterstützung – sofern sie von der lokalen Ebene eingefordert werde – auch von den übergeordneten Ebenen schnell und flexibel geleistet werden könne. Allerdings wurde in der Diskussion auch deutlich, dass Ansätze zur Förderung der Eigeninitiative letztlich ihre Grenzen haben. So könnten die Bürger nicht über die Entwicklung von Infrastrukturen entscheiden oder über grundlegende Aspekte der regionalen Planung bestimmen, da sie damit schlichtweg überfordert seien.

Zusammenfassende Reflexion

Gegen Ende der Veranstaltung unterzog Prof. Dr. Peter Dehne von der FH Neubrandenburg die gesamte Debatte einer abschließenden Reflexion. Er machte dabei die Notwendigkeit einer genauen Situationsanalyse und der darauf abzustimmenden Programmplanung deutlich. So könnten in Regionen mit guten Entwicklungsperspektiven und einer intakten ökonomischen Struktur wesentlich höhere Anforderungen an die lokalen Kompetenzen zur Integration in Erneuerungsstrategien gestellt werden, als dies in ländlichen Regionen mit einer extrem schwierigen Ausgangsbasis der Fall sei. Eine differenzierte Vorgehensweise sei also angebracht. In diesem Zusammenhang präsentierte Dehne erste Ergebnisse aus dem von ihm geleiteten ARL-Arbeitskreis „Ländliche Räume".

Als Fazit des Planerforums konnte der LAG-Leiter Gerd-Rainer Damm festhalten, dass die Tagung viele verschiedene Facetten der Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume im LAG-Gebiet beleuchten konnte. Die nächste LAG-Sitzung im Herbst in Frankfurt am Main wird sich dem raumordnerischen Leitbild „Wachstum und Innovation" widmen.

Matthias Schönert, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 28
E-Mail: Schoenert@ARL-net.de

Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume: multifunktionale Landwirtschaft und Ressourcenmanagement

Der ARL-Workshop am 11. April 2008 in Hannover verstand sich in erster Linie als Diskussionsforum, um den weiteren Forschungsbedarf zu den Themenfeldern

- Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume,
- Zukunft der Landwirtschaft und
- Kulturlandschaftsentwicklung

sowie deren Wechselbeziehungen auszuloten.

Nach einführenden Worten des Moderators der Veranstaltung, ARL-Generalsekretär Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich, u. a. über die verschiedenen Arbeitsgremien der ARL, die sich mit dem Thema Ländliche Räume beschäftigen, standen drei Impulsstatements auf dem Programm.

Die Rolle der Agrarpolitik für die Zukunft ländlicher Räume

Prof. Dr. Peter Weingarten, von-Thünen-Institut für Ländliche Räume, Braunschweig, sprach über die Rolle der Agrarpolitik für die Zukunft ländlicher peripherer Räume. Er hob die Bedeutung ländlicher Räume nicht nur als Produktions- und Versorgungsräume, sondern auch als Siedlungs- und Wohnräume hervor. Im Zuge der Umstrukturierung der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik der EG (GAP) und der damit einhergehenden Abkehr von Direktzahlungen werde in Deutschland ab 2013 bundeslandweit eine einheitliche Flächenprämie eingeführt, mit der eine Besserstellung von Grünlandregionen verbunden ist. Die Bedeutung der ersten Säule der GAP für die Markteinkommen von Landwirten werde daher abnehmen. Hohe Weltmarktpreise, die derzeit für landwirtschaftliche Produkte erzielt werden können, sind hingegen für die Landwirtschaft günstig. Die zweite Säule der GAP – der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) – leiste mit Blick auf die Arbeitsplatz- und Wirtschaftsentwicklung einen positiven Beitrag. Resümierend machte Weingarten deutlich, dass die verschiedenen Fördermaßnahmen (Europäischer Sozialfonds, Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung, Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz, Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung) in Bezug auf ländliche Entwicklung besser aufeinander abgestimmt werden müssen.

ARL-Arbeitskreis „Ländliche Räume“

Prof. Dr.-Ing. Peter Dehne, Fachhochschule Neubrandenburg, berichtete über den ARL-Arbeitskreis „Periphere, strukturschwache ländliche Räume“. Der Arbeitskreis fokussiert seine Untersuchungen und Diskussionen auf Räume, die sich in einer Abwärtsspirale befinden. Auffällig sind hier hohe Arbeitslosigkeit, geringe Wirtschaftskraft und hohe Abwanderung. Im Mittelpunkt der Untersuchungen stehen z. B. die Fragen: Wie geht man mit solchen Räumen um? Gibt es Chancen, wo liegen Grenzen einer Stabilisierung? Der Arbeitskreis geht davon aus, dass die Zukunft grundsätzlich offen ist. Es ist für diese Räume wichtig, im Sinne eines ermöglichenden Staates ihre Handlungsspielräume zu erweitern, um eine eigenständige regionale Entwicklung zuzulassen. Dies betrifft u. a. folgende Handlungsfelder: Bildung/Qualifizierung, wirtschaftliche Stabilisierung/Arbeitsplatzentwicklung, nachhaltige Daseinsvorsorge, Pflege und Erhalt von Kulturlandschaften. Damit einher gehen müssen Reformen der Förder- und Strukturpolitik, der kommunalen Finanzpolitik und in der Verwaltungsorganisation. Insbesondere sei die Wirtschaftsförderung im Sinne einer integrierten regionalen Strukturpolitik auszugestalten. Der Dualismus Stadt – Land müsse aufgegeben werden, die Politik müsse sich eher an Wachstum – Schrumpfung ausrichten. Die Rolle der Raumordnung könne darin bestehen, Leitbilder für ländliche Räume zu entwickeln, die Flächennutzung für Infrastruktur zu steuern, Freiräume zu sichern und die Entwicklung in den Räumen durch Instrumente der Raumbeobachtung bzw. des Monitorings zu begleiten.

Multifunktionale Landwirtschaft und Ressourcenmanagement

Das Impulsstatement von Prof. Dr.-Ing. Gerd Turowski, Delmenhorst, widmete sich dem Thema multifunktionale Landwirtschaft und Ressourcenmanagement. Er berichtete über die Aktivitäten des Landkreises Emsland als Modellregion für ein Ressourcenmanagement – anknüpfend an das Leitbild einer nachhaltigen, wettbewerbsfähigen und multifunktionalen Landwirtschaft der EU-Agrarpolitik, d. h. einer Landwirtschaft, die neben der Tier- und Pflanzenproduktion weitere Bewirtschaftungsaufgaben erfüllt. Die Verwirklichung dieses Projekts stellte sich als schwierig heraus, insbesondere bereits die Definition dessen, was unter multifunktionaler Landwirtschaft zu verstehen sei. Als Ziele für eine multifunktionale Landwirtschaft und ein Ressourcenmanagement wurden die Sicherung der Funktionsfähigkeit der natürlichen Lebensgrundlagen, der Klimaschutz und der Erhalt ländlicher Sozialstrukturen herausgearbeitet.

Ergebnisse des offenen Brainstormings

Die drei Impulsstatements dienten als Einleitung in ein offenes Brainstorming über den weiteren Forschungsbedarf, der sich insbesondere für die ARL zu diesem Themenkreis stellt. Hier wurden eine Reihe von Fragen angesprochen, die von den Workshopteilnehmern als forschungsrelevant bzw. klärungsbedürftig eingestuft werden.

- Was bedeutet der Paradigmenwechsel in der Agrarpolitik – also die Abkehr von der Produktionsbindung hin

zu einer Politik, die für die finanzielle Förderung an die Fläche anknüpft?

- Welche Wirkungen haben die verschiedenen Förderprogramme auf die Entwicklung in ländlichen Räumen? Hier stellt sich auch die Frage, ob tatsächlich aus den Finanzzuweisungen Rückschlüsse auf bestimmte Entwicklungen gezogen werden können. Können die Einflüsse auf den Raum tatsächlich ermittelt werden? Welches sind Instrumente einer Politikfolgenabschätzung?
- Was ergibt sich aus Veränderungen in der Gesellschaft (Zunahme der Mobilität, Stichwort: Migration – Wirkungen, Potenziale)?
- Wie können multifunktionale Landwirtschaft und Ressourcenmanagement definiert und präzisiert werden? Welche personellen, infrastrukturellen, naturräumlichen und finanziellen Anforderungen und Wirkungen sind damit verbunden?
- Welche Folgen hat die deutsche Siedlungsstruktur für nachkommende Generationen, z. B. Co_2-Ausstoß, Auswirkungen der Pendlerpauschale?
- Wie können ländlicher Räume effizient organisiert werden? Wie sollten Regionszuschnitte (Raumtypen) aussehen, damit Verantwortungsgemeinschaften funktionieren können? Genügt es, intensiv miteinander zu kooperieren, oder werden neue Gebietsabgrenzungen (Verwaltungsstrukturreformen, Funktionalreformen) benötigt?

Das Präsidium der ARL berät über die sehr spannende und interessante Diskussion und wird eine Entscheidung darüber treffen, mit welchen Fragestellungen sich die ARL weiter beschäftigen wird.

Jana Kenzler, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 43
E-Mail: Kenzler@ARL-net.de

Zukunftsfähige Infrastruktur und Raumentwicklung haben Konjunktur bei Bundestagsabgeordneten

Prof. Hans-Peter Tietz (TU Dortmund) als Referent, aber auch der Präsident und der Generalsekretär der ARL zeigten sich erfreut über den Zuspruch, den dieses Thema bei den Bundestagsabgeordneten anlässlich des traditionellen Parlamentarischen Arbeitsgesprächs der ARL am 9. April 2008 in Berlin fand.

Was sind „Verliererräume“ und wie definieren Wissenschaftler einerseits und Politiker andererseits „Versorgungssicherheit“? Zwei Fragen, mit denen Hans-Peter Tietz in seinen einführenden Worten die Zuhörenden auf eine interessante Diskussion einstimmte. In seinem Impulsreferat machte er deutlich, dass im Hinblick auf die Themen Energieversorgung, Wasserver- und -entsorgung, Abfallentsorgung und Telekommunikationsnetze ein Dilemma auszumachen sei: Die öffentliche Hand sei vielfach gelähmt und könne aufgrund der häufig anzutreffenden schlechten Haushaltslage nicht hinreichend vorausschauend planen. Demgegenüber sei bei den privaten Unternehmen rege Aktivität auf all diesen Märkten zu beobachten, ohne dass diese in besonderem Maße nachhaltig wirken würden.

Weil zu wenig Mittel für die Erneuerung, den Aus-, in Teilen auch Rückbau oder völligen Neubau von Infrastruktur zur Verfügung gestellt werde, sei mit einem negativen Rückkoppelungsprozess zu rechnen, der dazu führe, dass „versunkenes Kapital im Boden“ verbleibe und die Systeme in sich zusammenbrächen.

Mangel an Konzepten

Vielfach würden unhinterfragt Genehmigungen erteilt, womit jegliches Bemühen einer Steuerung der Flächennutzung konterkariert werde. Aktuelle Beispiele im Bereich der Agro-Energie machen dies deutlich. Die Koordination der Raumansprüche und das Abwägen vielfältiger Nutzungen verlangt nach Versorgungskonzepten auf nationaler und Landesebene. Ohne sie bleibe weiterhin unklar, was eigentlich Versorgungssicherheit bedeute und worauf die Prioritäten gelegt werden müssen. Zwar gebe es Abfallwirtschaftskonzepte, diese bestünden derzeit allerdings nur aus der Wiedergabe des Status quo. Insofern könne auch die Regionalplanung kaum reagieren, hat sie doch keine gesellschaftlich legitimierten Kriterien zur Bewertung von Standorten und zur Ausweisung von Alternativen zur Verfügung. Dies führe auch zu einer Innovationsbremse, da sich neue Unternehmen mangels Standortangeboten vom Markt wieder zurückzögen.

Zusatzproblem demographischer Wandel

Die von den Parlamentariern sofort ins Feld geführte Problematik des demographischen Wandels veranlasste Tietz dazu, auf die unabdingbare Stärkung der öffentlichen Akteure vor Ort hinzuweisen und auf gesetzliche Rahmenbedingungen aufmerksam zu machen, denen man sich zu beugen habe. Bestätigend wurde dies von einzelnen Abgeordneten aufgegriffen, die darauf hinwiesen, dass auch unter Schrumpfungsbedingungen noch immer Anschlusswerte und Standards einzuhalten seien, die ursprünglich für erheblich höhere Bevölkerungsdichten konzipiert waren. Laut Tietz erkennen die Politiker die Zeichen der Zeit durchaus richtig, wenn darüber nachgedacht wird, ob Fördermaßnahmen – bspw. für Abwasseranschlussquoten – noch zeitgemäß seien. Die Kosten für zu hoch dimensionierte Infrastruktur liefen bereits jetzt häufig aus dem Ruder.

Wer hat Schuld?

Für eine Weile verbanden sich mit den Diskussionsbeiträgen Schuldzuschreibungen gegenüber der räumlichen Planung. Deutlich wurden diese, als gefragt wurde, warum die Raumplanung den noch immer fortschreitenden Straßenbau nicht schon längst verhindert habe. Daran zeigt sich, dass zwischen (einigen) Politikern und (einigen) Planern/Raumwissenschaftlern noch immer erhebliche Kommunikationsdefizite vorherrschen. Diesbezüglich muss künftig seitens der Raumplaner und Raumwissenschaftler vermehrt darauf geachtet werden, sich selbst und den Nutzen ihrer Arbeit für die Gesellschaft hervorzuheben, ohne gleichzeitig den Eindruck von Allwissenheit zu vermitteln. Die Differenzierung danach, wer wem gegenüber welche Forderungen erheben kann, kann ein Übriges dazu beitragen, gemeinsam an einem Strang zu ziehen.

Evelyn Gustedt, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 29
E-Mail: Gustedt@ARL-net.de

Facetten des Klimaschutzes aus raumplanerischer Sicht

Am 1. April 2008 hat es wieder eine Zusammenkunft österreichischer und deutscher Planer und Raumwissenschaftler gegeben. Wir berichteten zuletzt in Heft 1/2007 der NACHRICHTEN darüber.

Hauptkooperationspartner der ARL war diesmal das Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung der Universität für Bodenkultur Wien, maßgeblich vertreten durch Univ.-Prof. Dr. Gerlind Weber. Für unsere Leserinnen und Leser hat die Kollegin Mag. Wibke Strahl die Referate der Veranstaltung zusammengefasst. Um den Umfang dieses Heftes nicht zu sprengen, stellen wir den Text inklusive der verwendeten Powerpoint-Folien auf unserer Website zur Verfügung (**www.ARL-net.de**).

Wibke Strahl (Wien)
Evelyn Gustedt, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 29
E-Mail: Gustedt@ARL-net.de

Nachhaltigkeit in der Regionalplanung

Regionalplanertagung Baden-Württemberg 2008

„Nachhaltigkeit in der Regionalplanung" lautete das Rahmenthema der Regionalplanertagung Baden-Württemberg 2008, die traditionell gemeinsam von der Arbeitsgemeinschaft der Regionalplanungsverbände, dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg und der ARL veranstaltet wird und vom 12. bis zum 14. März 2008 in Überlingen am Bodensee stattfand.

Prof. Dr. Ortwin Renn, Universität Stuttgart, gab in seinem Abendvortrag vor Beginn der eigentlichen Tagung einen lebendigen Einblick in die Arbeit des Nachhaltigkeitsbeirats Baden-Württemberg, dessen Vorsitzender er ist. Der Nachhaltigkeitsrat ist von der Landesregierung eingesetzt und hat den Auftrag, die Umweltsituation in Baden-Württemberg und deren Entwicklung zu bewerten, umweltpolitische Fehlentwicklungen und Möglichkeiten für deren Vermeidung oder Beseitigung aufzuzeigen sowie die Umsetzung und Fortschreibung des Umweltplans Baden-Württemberg kritisch zu begleiten. Ziel wissenschaftlicher Politikberatung, wie sie der Nachhaltigkeitsrat leiste, sei, so Renn, diejenigen Bedingungen herauszuarbeiten, unter denen die Vorteile bestimmter Entwicklungen genutzt werden könnten, sowie die Konsequenzen bestimmter Strategien oder Vorgehensweisen aufzuzeigen. Am Beispiel des Themas Biomasse, Gegenstand des aktuellen Gutachtens des Nachhaltigkeitsbeirats, zeigte Renn auf, wie schnell in der öffentlichen Diskussion die „Verherrlichung" in „Verteufelung" umschlage – gerade in dieser Situation sei wissenschaftliche Politikberatung notwendig. Renn betonte, dass immer auch gesellschaftliche Konflikte mit einbezogen werden müssten, wenn Nachhaltigkeit ernst genommen werde. Im Falle der Nutzung der Windkraft bedeute dies z. B., dass eine Analyse der Potenziale und der Wirtschaftlichkeit erfolge, aber auch die Akzeptanz der Menschen berücksichtigt werde.

Nachhaltigkeit in der Regionalplanung – aktueller denn je

Der Vorsitzende des Regionalverbands Bodensee-Oberschaben, Viktor Grasselli, hieß am 13. März die rund 75 Teilnehmer der Regionalplanertagung in Überlingen und im dynamischen Wirtschaftsraum Bodensee-Oberschwaben willkommen. Prof. Dr. Dieter Gust, Verbandsdirektor des Regionalverbands Neckar-Alb, der die Tagung gemeinsam mit Dr. Ekkehard Hein, Verbandsdirektor des Regionalverbands Heilbronn-Franken, moderierte, betonte in seiner Einführung in das Tagungsthema, dass Nachhaltigkeit vor allem Zukunftsfähigkeit bedeute – in diesem Sinne müsse auch in der Regionalplanung jeder Schritt, jede Maßnahme hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit überprüft werden.

Ministerialdirigentin Kirstin Keßler hob in ihrem einführenden Beitrag hervor, dass das Ziel der nachhaltigen Entwicklung – von der Regionalplanung schon lange verinnerlicht – im Landesentwicklungsplan bereits im ersten Satz genannt wird, und ging kurz auf den Dreiklang aus Ökologie, Wirtschaft und sozialer Entwicklung als Kern der Nachhaltigkeit ein. Sie gab ebenfalls einen kurzen Überblick über die aktuell in der MKRO – zum Zeitpunkt der Tagung unter dem Vorsitz des baden-württembergischen Wirtschaftsministers Erwin Pfister – behandelten Themen. Insbesondere die Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland hätten eine wichtige Diskussion angestoßen, gerade auch mit dem Ministerium für den ländlichen Raum. Wichtige Themen, auch mit

Plenum

starken Bezügen zur Nachhaltigkeitsdebatte, seien aktuell ebenso der demografische Wandel – der häufig immer noch tabuisiert werde, was einen wirklichen und auch zuversichtlichen Umgang mit den Problem verhindere – wie der Klimawandel.

Sind wir auf dem Weg zu einer nachhaltigen Raum- und Infrastrukturentwicklung?

Prof. Dr. Hans-Peter Tietz, Technische Universität Dortmund, stellte in seinen Vortrag die Frage: „Sind wir auf dem Weg zu einer nachhaltigen Infrastruktur?" Am Beispiel der Abfallproblematik zeigte er auf, dass in nachhaltigen Infrastruktursystemen der komplette „Weg" des Abfalls von der Entstehung bis zur Entsorgung, und somit Sammlung, Transport, Behandlung, Kreislaufwirtschaft und Schonung der Schutzgüter bei der Ablagerung betrachtet werden müssen. Regionalplanerisch stelle sich die Vorhaltung eigentlich ungeeigneter Standorte als Problem dar – auch in anderen Bereichen, wie z. B. der Energieversorgung. Hier sei eben „echte" Planung notwendig – nicht eine Festschreibung des Ist-Zustands.

Über den Einfluss des demografischen Wandels auf den Verkehr referierte Dr. Bastian Chlond, Universität Karlsruhe. Die „kritischste Zeit" würde zwischen 2020 und 2030 beginnen – wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen und sich Mobilitätsbedürfnisse und das Verkehrsverhalten und damit die Anforderungen an Verkehrs- und Siedlungssysteme ändern. Allerdings hänge die Entwicklung auch von äußeren Rahmenbedingungen ab, bspw. den Energiepreisen, die heute noch kaum abschätzbar sind. Entscheidend sei für die Gestaltung nachhaltiger Verkehrssysteme, die Lebensdauer von Infrastrukturen zu beachten, da diese langfristig strukturbildend sind und Mittel bilden. Generell gelte in Bezug auf die Folgen des demografischen Wandels: je weniger Nutzer, desto höhere Kosten pro Verkehrsteilnehmer.

Dr. Gerd Hager, Verbandsdirektor des Regionalverbands Mittlerer Oberrhein, zeigte in seinem Vortrag „Flächenentwicklung in Baden-Württemberg – die regionale Sicht" am Beispiel seiner Region auf, dass die Zunahme an Siedlungsfläche in den letzten Jahrzehnten – konträr zu den regionalplanerischen Zielen und klar nicht dem Ziel der Nachhaltigkeit entsprechend – vor allem in Kleinzentren und Gemeinden ohne Zentrale-Orte-Funktion und hauptsächlich im landschaftlich hochsensiblen Bereich stattfand, dass jedoch Arbeitsplatz- und Gewerbesteuerentwicklung nicht vom Flächenzuwachs der Siedlungen abhingen. Wichtig für einen wirtschaftlichen Umschwung sei vielmehr eine Reihe von Qualitätskriterien, die die Standorte haben müssten. Hager betonte, dass good practice-Beispiele erfolgreicher Innenentwicklung zum „Mutmachen" wichtig seien und die unterschiedlichen dirigistischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssten, um hier zu einer zukunftsfähigeren Entwicklung zu kommen.

Die Berücksichtigung auch langfristiger Folgen sowie der Einbezug von sich bereits abzeichnenden Veränderungen ist – dies kann als kleines Fazit aus den drei Vorträgen gezogen werden – ein entscheidendes Kriterium auf dem Weg zu einer nachhaltigen Raumgestaltung.

Nachhaltigkeit in der Siedlungsplanung, Energieversorgung und Freiraumplanung

Drei parallele Workshops widmeten sich, zum Teil unmittelbar an die Themen der Vorträge anknüpfend, im Folgenden der Nachhaltigkeit in der Siedlungsplanung, in der Infrastrukturplanung mit Energieversorgung und in der Freiraumplanung. Den Einstieg bildeten dabei Impulsreferate von Dr. Hans-A. Haasis, Wirtschaftsministerium Baden-

Württemberg (Siedlungsplanung), Dr. Ulrich Fahl, Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung der Universität Stuttgart (Energieversorgung) sowie Dr. Harald Winkelhausen, Regionalverband Bodensee-Oberschwaben (Freiraumplanung). Die Ergebnisse der Workshops wurden am nächsten Tag im Plenum diskutiert. Zum Thema Nachhaltigkeit in der Siedlungsplanung wurde betont, dass das planerische Instrumentarium, das bislang vor allem auf den Umgang mit dem Zuwachs angelegt war, für ein Umsteuern nutzbar gemacht werden müsse. Wichtig sei, die Frage nach den ökonomischen Folgewirkungen des Siedlungswachstums zu stellen. Für den Bereich Energieversorgung wurde in der Diskussion insbesondere als Problem gewertet, dass es in Deutschland kein nationales Energiekonzept und damit keine konzeptionelle Energiepolitik gebe. Für die Regionalplanung bestünden kaum Möglichkeiten, wirksame Impulse zur Sicherung der Energieversorgung zu setzen. Zur Freiraumplanung wurde vor allem diskutiert, wie flächenhaft Ausweisungen von Freiraum erfolgen sollten und welche Möglichkeiten zur Überlagerung von Ausweisungen bestehen, ohne dabei die Sicherung der Freiräume aufzuweichen. Deutlich wurde, dass das Vorgehen der baden-württembergischen Verbände hier sehr unterschiedlich ist, ein wichtiges und schlagkräftiges Element seien jedoch generell Regionale Grünzüge, gerade in Verdichtungsräumen.

Gelungene Schritte hin zur Nachhaltigkeit in der Regionalplanung

Abschließend wurden gelungene Projekte präsentiert, die zum Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung, zumindest in Bezug auf einzelne Aspekte der Nachhaltigkeit, beitragen.

Verbandsdirektor Jens Kück, Regionalverband Nordschwarzwald, zeigte Beispiele des vorsorgenden Hochwasserschutzes durch Regionalplanung auf. Schwerpunktaufgabe der Regionalplanung sei die Sicherung des noch verbliebenen Retentionsraums, die Wiedergewinnung verlorener Retentionsräume würde jedoch zu einer immer wichtigeren Zukunftsaufgabe. Wo in Retentionsräumen in Einzelfällen Bauvorhaben durchgeführt werden, müsse dies so erfolgen, dass durch entsprechend angepasste Maßnahmen keine neuen Schadenspotenziale geschaffen würden und der Abflussquerschnitt erhalten bleibe.

Dirk Büscher, seit 1. April 2008 Nachfolger von Jens Kück als Verbandsdirektor, präsentierte in seinem Vortrag „Raum+ – ein Beitrag zur Innenentwicklung“, das Projekt „Raum+ – Nachhaltiges grenzüberschreitendes Siedlungsflächenmanagement“, mit dem eine verlässliche Übersicht über Flächenpotenziale im Innenraum sowie eine qualitative Bewertung dieser Flächen erarbeitet und ein Kompetenzzentrum für Flächenmanagement aufgebaut werden soll. Er schilderte den Zwischenstand aus den (zum damaligen Zeitpunkt) sechs beteiligten Regionen: in 400 von 555 Gemeinden seien die Bauflächenpotenziale erhoben, dabei hätten sich 4300 Flächen mit 5000 ha ergeben, von denen 1300 ha als „Selbstläufer“ unmittelbar zur Entwicklung zur Verfügung stünden. Dies zeigt die Bedeutung von geeigneten Methoden zur Erhebung der Flächenpotenziale eindrucksvoll auf.

Dr. Peter Seiffert, Regionalverband Neckar-Alb, berichtete im letzten Vortrag des Tages über die Gestaltung der Kulturlandschaft in der Region Neckar-Alb. Im Rahmen der Förderprogramme PLENUM und Regionen aktiv wurden im Landkreis Reutlingen insgesamt fast 350 Projekte mit insgesamt mehr als 1000 Akteuren gefördert. Seiffert gab einen Einblick in Organisation und Struktur der Förderprogramme sowie in die Rolle des Regionalverbands und stellte einige der Projekte vor, deren Ziel es letztlich sei, durch Nutzung die Kulturlandschaft zu sichern, einen Beitrag zum Naturschutz zu leisten und gleichzeitig die Menschen der Region einzubeziehen.

In Hinblick auf das Tagungsthema „Nachhaltigkeit“ wurde bei der Veranstaltung insgesamt deutlich, dass das „Ausbalancieren“ der drei Aspekte der Nachhaltigkeit nach wie vor eine große Herausforderung bleibt und auch die Regionalplanung hier weiterhin gefordert ist. Nachhaltigkeit als Ziel vor Augen zu haben ist ein wichtiger Anfang – zur Zielerreichung sind jedoch viele Schritte notwendig und es müssen in vielen Bereichen noch Widerstände überwunden werden.

Gerhard Overbeck, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 22
E-Mail: Overbeck@ARL-net.de

Ankündigung

100. Sitzung der LAG Baden-Württemberg

Am 10. Juli 2008 findet die 100. Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Baden-Württemberg der ARL im Haus der Wirtschaft in Stuttgart in einem festlichen Rahmen statt.

Auf dem Programm stehen u. a. Grußworte des Präsidenten der ARL, Prof. Dr. Heinrich Mäding, sowie des Wirtschaftsministers des Landes Baden-Württemberg, Ernst Pfister, ein Festvortrag von Prof. Dr. Claus E. Heinrich, Vorstandsvorsitzender des Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e.V. und Mitglied des Vorstands der SAP AG, zwei Diskussionsrunden zur Zukunft der Raumplanung sowie ein Festvortrag von Ministerpräsident a. D. Dr. h. c. Erwin Teufel. Ein Empfang durch Staatssekretär Richard Drautz, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, rundet die Veranstaltung ab.

Eine Anmeldung zu dieser Veranstaltung ist erforderlich. Weitere Informationen erhalten Sie beim Geschäftsführer der LAG Baden-Württemberg, Ulrich Schulze (Ulrich.Schulze@wm.bwl.de) oder bei Gerhard Overbeck im Sekretariat der ARL.

Gerhard Overbeck, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 22
E-Mail: Overbeck@ARL-net.de

Holger Gnest

Entwicklung der überörtlichen Raumplanung in der Bundesrepublik von 1975 bis heute

Arbeitsmaterial
der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover 2008, Nr. 337, 56 S., m. farb. Abb.
ISBN: 978-3-88838-337-3

Wie hat sich die überörtliche Raumplanung in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 30 Jahren verändert? Dies ist die zentrale Fragestellung des vorliegenden Arbeitsmaterials der ARL. Dabei geht es nicht nur darum, bestimmte Entwicklungen in der Planungspraxis nachzuzeichnen, sondern auch deren Entstehungszusammenhänge zu untersuchen: Wodurch sind Veränderungen in der Raumplanung ausgelöst worden? Welche Rolle spielen veränderte Rahmenbedingungen, neue Problemstellungen oder die Einführung neuer Instrumente?

Ausgangspunkt der Betrachtung sind die Aktivitäten der Träger der Regional- und Landesplanung sowie der Bundesraumordnung. Hierbei wird nicht nur die Planung im engeren Sinne, d. h. die Erarbeitung von Raumordnungsplänen, untersucht; vielmehr werden alle Tätigkeiten berücksichtigt, welche die planenden Stellen zur Erfüllung ihrer Zielvorstellungen als notwendig erachten. Dazu gehören auch die sog. „weichen", informellen Instrumente wie Verhandlungen, Moderation von regionalen Entwicklungsprozessen und persuasive Instrumente.

Vorwort
1 Einführung
1.1 Hintergrund
1.2 Ziel der Studie und Vorgehensweise
1.3 Aufbau des Berichts
2 Chronologische Darstellung
2.1 Die 70er – das Ende der Planungseuphorie
2.1.1 Allgemeine politische Situation
2.1.2 Entwicklungen in den für die Raumplanung relevanten Politikfeldern
2.1.3 Bundesraumordnung
2.1.4 Landes- und Regionalplanung
2.1.5 Landes- und Regionalplanung in Niedersachsen
2.2 Die 80er – die Ökologisierung der Raumplanung
2.2.1 Allgemeine politische Situation
2.2.2 Entwicklungen in den für die Raumplanung relevanten Politikfeldern
2.2.3 Bundesraumordnung
2.2.4 Landes- und Regionalplanung
2.2.5 Landes- und Regionalplanung in Niedersachsen
2.3 Die 90er – neue Impulse durch informelle Planung?
2.3.1 Allgemeine politische Situation
2.3.2 Entwicklungen in den für die Raumplanung relevanten Politikfeldern
2.3.3 Bundesraumordnung
2.3.4 Landes- und Regionalplanung
2.3.5 Landes- und Regionalplanung in Niedersachsen
2.4 Die 2000er – Raumplanung unter Druck
2.4.1 Allgemeine politische Situation
2.4.2 Entwicklungen in den für die Raumplanung relevanten Politikfeldern
2.4.3 Bundesraumordnung
2.4.4 Landes- und Regionalplanung
2.4.5 Landes- und Regionalplanung in Niedersachsen
3 Entwicklungen und Umbrüche in 30 Jahren Raumplanung
4 Schlussfolgerungen zur Raumplanung als Gegenstand einer Theorie
Quellen
Anhang
Abkürzungsverzeichnis
Kurzfassung/Abstract

❐

Räumliche Konsequenzen
des demographischen Wandels Teil 11

Erkennen – Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel

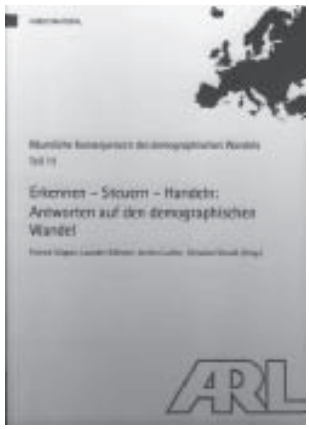
Patrick Küpper, Leander Küttner, Jochen Luther, Christian Strauß (Hrsg.)

Arbeitsmaterial
der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover 2008, Nr. 341, 190 S., m. farb. Abb.
ISBN: 978-3-88838-341-0

Die räumlichen Auswirkungen des demographischen Wandels in Deutschland und Europa sind nach wie vor ein aktuelles Thema sowohl für die raumwissenschaftliche Forschung als auch für die Praxis der Stadt-, Regional- und Landesplanung. Die dabei im Fokus stehenden Fragen der sozial selektiven Abwanderung aus peripheren Räumen,

der Aufrechterhaltung von Einrichtungen der technischen und sozialen Infrastruktur sowie der Bewahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen eines Landes haben mittlerweile auch die öffentliche Diskussion erreicht. Denn insbesondere in Ostdeutschland werden bereits jetzt Schulen geschlossen, es wird über Standards der medizinischen Versorgung diskutiert und Fragen der verkehrlichen Erreichbarkeit müssen beantwortet werden.

„Erkennen – Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel" war das Thema des zehnten Treffens des Jungen Forums der ARL vom 6. bis 8. Juni 2007 in Dresden. Im Vordergrund standen die Suche nach Lösungsmöglichkeiten im Umgang mit den räumlichen Auswirkungen des demographischen Wandels, die Diskussion von lokalen und regionalen Anpassungsstrategien sowie die Implementierung von Strategien in die politische Praxis.



Die vorgetragenen und diskutierten Beiträge aus Wissenschaft und Praxis sind Gegenstand dieses Arbeitsmaterials. Neben grundlegenden Fragestellungen beziehen sich die Beiträge auf vier übergeordnete Themenbereiche:

- Modelle, Ziele und Leitbilder zukünftiger räumlicher Entwicklung
- Regional Governance und Strategieentwicklung
- Handlungsansätze in den Bereichen Flächenmanagement und Stadtgestalt
- Handlungsansätze in den Bereichen Stadterneuerung und Wohnungsmarktanpassung

Vorwort

Patrick Küpper, Leander Küttner	Erkennen – Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel. Einführung
Petra Ilona Schmidt	Erkennen – Steuern –Handeln: Das Fallbeispiel Mecklenburg-Vorpommern – Antworten auf den demographischen Wandel
Christian Strauß	Modelle, Ziele und Leitbilder zukünftiger räumlicher Entwicklung
Anna Growe	Der „demographische Wandel" in den neuen Leitbildern für die Raumentwicklung in Deutschland
Anne Klein-Hitpaß	Die Verkehrsnachfrage einer alternden Gesellschaft – sind wir fit für die Zukunft?
Christian Langhagen-Rohrbach	„Masterplan Güterverkehr und Logistik" – Leitbild der künftigen Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft – Beispiel Hessen
Lars Tanzmann	Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, kommunaler Finanzausgleich und Strukturwandel
Patrick Küpper, Maren Regener	Regional Governance und Strategieentwicklung zum Umgang mit dem demographischen Wandel und seinen Folgen
Henning Schwarting	Interkommunale Zusammenarbeit – Strategiebaustein im demographischen Wandel in Hessen
Patrick Küpper	Zwischen Wunsch und Wirklichkeit – Reaktionen der Regionalpolitik auf den demographischen Wandel in dünn besiedelten, peripheren Räumen
Torsten Thurmann	Alternde Regionen – Handlungsansätze aus England
Jochen Luther, Stefanie Rößler	Handlungsansätze – Flächenmanagement und Stadtstruktur
Stefanie Rößler, Christiane Westphal	Stadtmodelle unter Schrumpfungsbedingungen – Auswirkungen auf Infrastruktur und Freiraumversorgung
Daniela Schüler	Flächenmanagementsysteme – eine Antwort auf den demographischen Wandel?
Leander Küttner	Handlungsansätze der Stadterneuerung und Wohnungsmarktanpassung im Kontext des demographischen Wandels
Ruth Reuter	Demographischer Wandel – Steuerung durch behutsame Stadterneuerung?
Ansgar Schmitz-Veltin	Demographischer Wandel und Wohnungsmärkte in wachsenden Regionen – Strategien und Handlungsansätze von Wohnungsunternehmen als Akteuren städtischer Entwicklung
Sybille Münch	Mit „gesunder" Mischung zu Stabilität und Integration? Zum wohnungspolitischen Umgang mit ethnisch segregierten Nachbarschaften

Anhang

Programm des Jungen Forums in Dresden

Teilnehmerliste des Jungen Forums in Dresden

Kurzfassungen/Abstracts

Neue Positionspapiere aus der ARL

Nr. 75

Empfehlungen zum Umweltgesetzbuch

Positionspapier aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Umweltgesetzbuch" der ARL. In diesem Heft, s. „Zur Diskussion".

Die Positionspapiere aus der ARL können als pdf-Datei von der Website der ARL (www.ARL-net.de) heruntergeladen werden oder sind über das Sekretariat der ARL (E-Mail: Berswordt@ARL-net.de, Tel. 0511–34842–13) zu beziehen.

Wissenschaftlicher Beirat mit neuem Vorsitz

Der Wissenschaftliche Beirat der ARL kam am 5. Mai 2008 in Prag zu seiner ersten Sitzung in diesem Jahr zusammen. Zu Beginn standen turnusmäßig Neuwahlen an. Prof. Dr.-Ing. Gerhard Steinebach hatte den Vorsitz vier Jahre inne und konnte daher nicht wiedergewählt werden. Zum neuen Vorsitzenden für die Amtsperiode 2008/2009 wurde einstimmig Prof. Dr. Heinz Faßmann, Wien, gewählt. Prof. Dr. Jiřina Jílková, Prag, übernimmt für diese Zeit das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden. Darüber hinaus konnten in Prag zwei neue Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats begrüßt werden: Dr. Karen Sarah Buchanan (London/Enschede) und Prof. Dr. Daniel Wachter (Bern). Sie sind vom Kuratorium als Mitglieder für die Amtszeit 2008–2011 in den Beirat berufen worden.

Heinz Faßmann

Jiřina Jílková

Prof. Dr. Heinrich Mäding berichtete über die Aktivitäten der ARL in den vergangenen sechs Monaten und ging insbesondere auf die Evaluierung durch den Senatsausschuss Evaluierung (SAE) der Leibniz-Gemeinschaft ein. Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats nahmen ausführlich zum Bewertungsbericht des SAE, zum sogenannten Antwortpapier des Präsidiums sowie zu den jüngsten Schritten im Evaluierungsverfahren Stellung und gaben Empfehlungen zur Umsetzung von im Evaluierungsverfahren geäußerten Verbesserungsmöglichkeiten.

Im zweiten Teil der Sitzung standen thematische Perspektiven für die weitere Arbeit der ARL im Vordergrund. Im Rahmen eines offenen Brainstormings brachten die Beiratsmitglieder verschiedene Themenvorschläge ein, mit denen sich die Akademie künftig befassen könnte. Hierzu zählen beispielsweise:

- Energieversorgung und -bereitstellung, auch im Zusammenhang mit den aktuellen Preisänderungen und mit Agrarnutzungsfragen
- öffentliche Gesundheit und bewegungsfreundliche Siedlungsräume
- Evaluation von Raumordnungsinstrumenten und -maßnahmen
- Forschungsthemen im Bereich der Organisation raumbezogenen „Arbeitens“ (hierunter ist vor allem das Austarieren von Interessenskonflikten zwischen Raumplanung und Fachplanungen sowie zwischen einzelnen Fachplanungen zu verstehen; interessant wäre in diesem Zusammenhang auch ein Vergleich der Organisationsstrukturen mit anderen europäischen Staaten)
- planungsbezogene Lösungsstrategien für räumliche Fragen, die Raumgrenzen überschreiten und bei denen die funktionalen Beziehungen nicht mit den administrativen Grenzen übereinstimmen
- Raumplanung und Umweltgerechtigkeit („Environmental Justice“), auch unter der Fragestellung, wie unterschiedliche soziale Gruppen von sich verändernden Umweltbedingungen betroffen sind
- planerische Reaktionen auf Prozesse der Migration und Segregation, insbesondere bezogen auf Wohnungsmärkte
- Forschungen im Spannungsfeld Planung – Markt, vor allem unter der Fragestellung, wie diese Dualität aufgelöst und wie Planung „mit dem Markt“ organisiert werden kann

Das Präsidium wird diese Vorschläge in einer der kommenden Präsidiumssitzungen eingehend beraten.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

109. Sitzung des Kuratoriums

Am 20. Mai 2008 kam das Kuratorium der ARL zu seiner 109. Sitzung unter der Leitung von Ministerialdirigent Werner Müller, Wiesbaden, in Hannover zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Evaluierung der ARL 2007/2008. Das Kuratorium befasste sich eingehend mit dem Bewertungsbericht des Senatsausschusses Evaluierung (SAE) der Leibniz-Gemeinschaft, mit dem sogenannten Antwortpapier des Präsidiums und mit den jüngsten Schritten im Evaluierungsverfahren. Es sagte seine Unterstützung bei der Umsetzung der Empfehlungen des SAE zu.

Neben dem obligatorischen Bericht des amtierenden Präsidenten über die Arbeit des Präsidiums und in der ARL insgesamt standen bei der Kuratoriumssitzung eine Reihe von satzungsmäßig vorgegebenen Aufgaben auf der Tagesordnung. So wurde der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2007 genehmigt. Auf Basis dieses Berichtes konnte danach das Präsidium für das Jahr 2007 entlastet werden.

Schließlich beschloss das Kuratorium zwei Änderungen der ARL-Satzung:

Zum einen stimmte es einem Wunsch des Präsidiums zu, die Höchstzahl der Ordentlichen Mitglieder der ARL, die das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, von 70 auf 80 zu erhöhen. Damit haben die Ordentlichen Mitglieder in den nächsten Jahren verstärkt Gelegenheit, insbesondere junge und weibliche Mitglieder zuzuwählen. Außerdem kann die Erhöhung der Zahl der Ordentlichen Mitglieder auch zur gezielten Schließung fachlicher Lücken genutzt werden.

Zum anderen hat das Kuratorium beschlossen, dass eine Entlastung des Präsidiums künftig nur noch alle zwei Jahre zu erfolgen hat. Die Entlastung erfolgt dann auf Basis des zweijährig vorzulegenden Tätigkeitsberichts für die Amtszeit eines Präsidiums. Der zusätzliche Rechenschaftsbericht kann künftig entfallen, was vor allem im Sekretariat zu einer Vereinfachung der Arbeitsabläufe beiträgt.

Aus den Reihen der Kuratoriumsmitglieder war vor einiger Zeit bereits der Wunsch an die ARL herangetragen worden, einige Informationen über die Leibniz-Gemeinschaft zu erhalten, insbesondere was deren Aufgaben, deren Struktur und Finanzierung betrifft. Dr. Andreas Klee hatte hierzu eine Präsentation vorbereitet und stellte die Wissenschaftsgemeinschaft kurz vor. Besonderes Augenmerk richtete er auf die strukturellen Gegebenheiten – Mitgliederversammlung, Senat, Präsidium, Geschäftsstelle, Sektionen etc. – und erläuterte die Art und Weise der Finanzierung, die zu einem überwiegenden Teil aus Mitgliedsbeiträgen der einzelnen Leibniz-Einrichtungen erfolgt.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

Grundsatzkommission beendet Diskurs über Forschungsperspektiven der ARL

Eine wichtige Aufgabe der von Prof. Dr. Bernd Scholl, Zürich, geleiteten Grundsatzkommission (GKOM) ist die Beratung des Präsidiums der ARL im Hinblick auf die Behandlung strategischer Themen, bei denen es von grundlegender Bedeutung ist, frühzeitig über breite und zuverlässige Informationen sowohl zu Forschungs-, Beratungs- und Kooperationsbedarfen als auch zur Leistungsfähigkeit des personellen Netzwerkes der ARL zu verfügen. Daher führen die Mitglieder der GKOM einen kontinuierlichen themenbezogenen Strategiediskurs, in dessen Mittelpunkt auf der letzten Sitzung am 28. April 2008 in Leipzig die abschließende Behandlung einer größeren Zahl forschungsrelevanter Themen stand.

Bericht des Präsidenten

Prof. Dr. Heinrich Mäding gab in seinem Bericht über die Tätigkeit der ARL im letzten Halbjahr zunächst einen Überblick über die Arbeit wichtiger Gremien der ARL, insbesondere über die Sitzungen des Kuratoriums, des Wissenschaftlichen Beirats und des Präsidiums. Weiterhin informierte er die Mitglieder über den Stand der Evaluierung der ARL durch den Senatsausschuss Evaluierung (SAE) der Leibniz-Gemeinschaft.

Anschließend erläuterte Mäding die Tätigkeit wichtiger ARL-Gremien (in erster Linie Arbeitskreise, Landesarbeitsgemeinschaften) sowie die Vorbereitung von Veranstaltungen und Kooperationen. So sind im Berichtszeitraum zwei neue Arbeitskreise eingesetzt worden: Standortwettbewerb der Regionen (Leiter: Prof. Dr. Martin T. W.Rosenfeld, Halle) und Strategische Regionalplanung (Leiter: Prof. Dr. Dirk Vallée, Aachen). Außerdem sind Workshops vorgesehen, um zu prüfen, ob und in welcher Form sich die ARL mit offenen Forschungsfragen befassen sollte. Hierzu gehören die Themenbereiche (1) Landwirtschaft und nachwachsende Rohstoffe (Ressourcenmanagement) sowie (2) Geschichte der Rauplanung: vom Dritten Reich bis zur Bundesrepublik.

Zum Abschluss hob Mäding hervor, dass wiederum eine Reihe von der GKOM initiierter Forschungsvorhaben aufgegriffen bzw. bereits durchgeführt worden sind. Hierzu gehören beispielsweise die Themen Planungssysteme im Vergleich, Entwicklung peripherer, strukturschwacher ländlicher Räume, Raumorientiertes Risikomanagement in Technik und Umwelt sowie Immobilienwirtschaft und Raumentwicklung. Zudem werden Forschungsaktivitäten zu den beiden Themenvorschlägen aus der GKOM, „Migration, Integration, Interkulturalität“ sowie „Multilokale Lebensführung und neue Haushaltstypen“, vorbereitet. Ende Juni 2008 wird ein Fachgespräch zur Strukturierung der Arbeiten im Rahmen des Forschungsschwerpunktes „Bevölkerung, Sozialstruktur, Siedlungsstruktur“ der ARL durchgeführt.

Strategisch bedeutsame Themen der Raumentwicklung

Scholl führte in die Schlussrunde des Strategiediskurses ein. Im Vordergrund standen dabei die abschließende Prüfung der thematischen Zielrichtung und Fokussierung, die Priorisierung von Forschungsaspekten und das Aufzeigen von Bearbeitungsmöglichkeiten im Rahmen der ARL-Tätigkeit.

Die verschiedenen Themenfelder wurden auf den letzten Sitzungen der GKOM von den Mitgliedern zunächst in Form kurzer Plädoyers vorgestellt und anschließend unter raumwissenschaftlichen und raumentwicklungspolitischen Aspekten diskutiert und bewertet. Sie reichen von Fragen der europäischen Raumentwicklung, der nachhaltigen Entwicklung und der „Flurbereinigung“ bei planungs- und umweltrechtlichen Instrumenten über die räumlichen Auswirkungen der Immobilienwirtschaft, der Migration und Integration sowie veränderter (multilokaler) Lebensformen bis hin zu Fragen der Planer/innenausbildung und der Internationalisierung der Tätigkeit der ARL (siehe den Überblick in den Nachrichten der ARL 1/2008, S. 45).

Die im Zuge des Strategiediskurses behandelten Teilthemen bzw. Thesenpapiere sind in einer Dokumentation zusammengefasst worden, die Vorschläge für den künftigen (strategischen) Forschungsbedarf der ARL enthält und dem Präsidium als Entscheidungsgrundlage bei der Priorisierung und Auswahl neuer Themenfelder dient. Inzwischen liegt das Empfehlungspapier vor und kann auf der Website der ARL (www.ARL-net.de) unter der Rubrik Forschung eingesehen und heruntergeladen werden.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 23
E-Mail: Toennies@ARL-net.de

Neue Korrespondierende Mitglieder

Das Präsidium berief folgende Persönlichkeiten in Würdigung ihrer Mitwirkung in der ARL zu Korrespondierenden Mitgliedern:

- Dr. **Mark Fleischhauer**, Technische Universität Dortmund, Institut für Raumplanung
- Dipl.-Geogr. **Julian Osswald**, Oberbürgermeister der Stadt Freudenstadt
- Dr. **Jochen Schanze**, Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung, Dresden

Besucher im Sekretariat

Vom 4. bis 6. März des Jahres besuchte Dr. Alois Slepička, Korrespondierendes Mitglied der ARL, im Auftrag des Präsidenten der Wirtschaftsuniversität Prag das Sekretariat der ARL, um über künftige Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Akademie zu beraten.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sekretariats informierten über ausgewählte aktuelle Probleme der Raumentwicklung in Deutschland und Europa und berichteten über Forschungs- und Politikberatungsaktivitäten in der ARL zu diesen Fragestellungen. Dr. Slepička ging anschließend auf wichtige Forschungsthemen in der Tschechischen Republik beispielhaft ein. Die Erörterung ergab kein wirklich überraschendes Ergebnis. In beiden Staaten haben zurzeit Fragen des demographischen Wandels und des Klimawandels mit jeweils erheblichen räumlichen Auswirkungen zentrale Bedeutung. Das gilt auch für das Verhältnis von prosperierenden und peripheren, strukturschwachen Regionen, für den sich verschärfenden Standortwettbewerb der Teilräume, die territoriale Kohäsion in einem sich erweiternden Europa und die nachhaltige Entwicklung der Grenzräume.

Der Gast aus Prag hat dem Wissenschaftlichen Beirat der Wirtschaftsuniversität einen Empfehlungsbericht zu den Ergebnissen seines Deutschlandbesuchs vorgelegt. Die Tschechische Seite hat großes Interesse signalisiert, die bisherige erfolgreiche Zusammenarbeit mit der ARL fortzusetzen. Die nächste Zeit soll genutzt werden, um die prioritären Themen weiter zu strukturieren.

Personalien

OM Prof. Dr. **Rainer Danielzyk**, Wissenschaftlicher Direktor des ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung GmbH in Dortmund, ist für das Fach „Planungswissenschaft, Stadt-, Regional- und Verkehrsplanung, Landschaftsplanung und -architektur" in das Fachkollegium „Bauwesen und Architektur" der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gewählt worden.

❒

Dr. **Markus Hesse**, Ordentliches Mitglied der ARL, Privatdozent im Arbeitsbereich Stadtforschung an der Freien Universität Berlin, folgt dem Ruf der Universität Luxembourg auf eine Professur für Stadtforschung. Er beginnt seine Tätigkeit in der dortigen Forschungseinheit Geographie und Raumplanung zum 1. Juli 2008.

❒

OM Prof. Dr. **Hubert Job** hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Geographie und Regionalforschung an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg angenommen und seine Tätigkeit am 14. April 2008 begonnen. Zuvor war er im Department Geographie der Ludwig-Maximilians-Universität München als Professor für Wirtschaftsgeographie tätig.

❒

Der Verbandsdirektor des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben, Dr. **Stefan Köhler**, Ravensburg, Ordentliches Mitglied der ARL, ist vom Gemeinderat zum Baubürgermeister und zugleich Ersten Bürgermeister der Stadt Friedrichshafen gewählt worden. Die achtjährige Amtszeit beginnt am 01.07.2008.

❒

Der Bundespräsident hat Dr. **Viktor Freiherr von Malchus**, Unna, Ordentliches Mitglied der ARL, auf Vorschlag des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen am 7. März 2008 das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland im Wege der Höhergruppierung verliehen. Der Minister für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen händigte die Auszeichnung am 20. Mai 2008 in Düsseldorf aus.

❒

KM Dipl.-Geogr. **Julian Osswald**, bisheriger Verbandsdirektor des Regionalverbands Donau-Iller in Ulm, ist am 13. April 2008 zum Oberbürgermeister der Stadt Freudenstadt im Schwarzwald gewählt worden. Er hat sein Amt am 1. Juni 2008 angetreten.

❒

Ab Juni 2008 wendet sich Ministerialrat Dr. **Edgar Trawnicek**, Leiter des Referats Europäische Raumordnung, Fachplanung im Sächsischen Staatsministerium des Innern, Dresden, Korrespondierendes Mitglieder ARL, nach 40 Jahren Berufstätigkeit als Wissenschaftlicher, Territorial-, Regional- und Landesplaner mit den Stationen Halle a. d. Saale, Weimar, Freiburg i. Br., Tübingen und Dresden anderen Dingen des Lebens verstärkt zu. Er wurde Ende Mai in den Ruhestand verabschiedet.

Stadtbaurat a. D. **Sigurd Trommer**, Bonn, Korrespondierendes Mitglied der ARL, hat mit dem Sommersemester 2008 an der Universität Kassel eine Gastprofessur im Fachbereich Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung für das Fachgebiet Stadtentwicklungsplanung und Stadtmanagement übernommen.

❒

Ende April 2007 hat **Arnd Winkelbrandt**, Direktor und Professor im Bundesamt für Naturschutz, Bonn, Korrespondierendes Mitglied der ARL, seinen Dienst als Leiter des Fachbereichs Naturschutz und Entwicklung beendet und ist in den Ruhestand getreten.

†
Hans Oettinger

Am 3. Juni 2008 ist Hans Oettinger im Alter von 75 Jahren in Schlangenbad gestorben. Er war von 1973 bis 1995 Leiter der Obersten Landesplanungsbehörde in Wiesbaden.

Hans Oettinger war mit der Akademie fast 30 Jahre eng verbunden. Er befasste sich intensiv mit Fragen der räumlichen Planung, der regionalen Strukturpolitik und der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung in Deutschland sowie speziell auch im südwestdeutschen Raum. Sein fundiertes und vielseitiges Wissen auf diesen und anderen Gebieten brachte er engagiert in die Arbeit der Akademie ein. Er wirkte bei zahlreichen Wissenschaftlichen Plenarsitzungen der ARL und bei Planerforen der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland mit. Der LAG gehörte Hans Oettinger seit 1980 an und hat ihr durch seine jahrelange Mitarbeit wichtige Impulse verliehen. Hier konnte er seine vielfältigen Erfahrungen und Kenntnisse einbringen, die er vor allem als Leiter der Abteilung Landesplanung und Raumordnung in der Staatskanzlei bzw. verschiedenen Landesministerien in Wiesbaden sowie als hessisches Mitglied im Hauptausschuss der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) und über lange Jahre hinweg auch als Vorsitzender des Strukturausschusses der MKRO gewonnen hatte. Mit Hans Oettinger ist in seiner aktiven Zeit insbesondere die erstmalige flächendeckende Aufstellung von Regionalen Raumordnungsplänen für ganz Hessen, der Landesentwicklungsplan Hessen 1980 und die Novellierung des Landesplanungsgesetzes 1993 verbunden. Genauso engagiert hat er im Kuratorium der Akademie mitgewirkt, in dem er das Land Hessen von 1979 bis 1994 vertreten hat.

Durch seine verbindliche Art, seine Zielstrebigkeit und seine breite berufliche Erfahrung hat Hans Oettinger maßgeblich zum Erfolg unserer Arbeit beigetragen. Das Wirken des Verstorbenen in der ARL ist nicht zuletzt auch durch die Berufung 1981 zum Korrespondierenden Mitglied anerkannt worden.

Hans Oettinger hinterlässt auch im Kreise unserer Mitglieder eine schmerzlich empfundene Lücke. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

†
Jens Dieter Becker-Platen

Am 11. Mai 2008 verstarb im 71. Lebensjahr Prof. Dr. Jens Dieter Becker-Platen. Mit der Akademie war der Verstorbene mehr als 25 Jahre auf das Engste verbunden. Er befasste sich intensiv mit Fragen der geowissenschaftlichen Forschung, mit der Rohstoffsicherung und -gewinnung sowie mit den Naturraumpotenzialen und der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, speziell auch in Niedersachsen und im nordwestdeutschen Raum. Sein fundiertes und vielfältiges Wissen auf diesen und anderen Gebieten brachte er engagiert in die Arbeit der Akademie ein. Er wirkte in zahlreichen Arbeitskreisen mit, u. a. zu den Themen „Rohstoffsicherungsgebiete“ und „Karten des Naturraumpotenzials“, und hat auch der Landesarbeitsgemeinschaft Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein durch seine jahrelange Mitarbeit wichtige Impulse gegeben. Dieses vielschichtige Schaffen fand seinen Niederschlag in einer ganzen Reihe von Beiträgen in ARL-Publikationen. Als Mitglied des Förderkreises für Raum- und Umweltforschung (FRU) hat er mit dazu beigetragen, dass die Akademie im Bereich der Nachwuchsförderung stets gut gerüstet war und ist.

Neben seiner anspruchsvollen und zeitaufwendigen Tätigkeit als Wissenschaftler und Vizepräsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung, in das er bereits 1968 eintrat, hat Jens Dieter Becker-Platen nicht nur in der ARL, sondern auch in zahlreichen anderen Einrichtungen Verantwortung übernommen. So war er beispielsweise erster Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Moor- und Torfkunde sowie der Naturhistorischen Gesellschaft Hannover und über viele Jahre hinweg Beiratsmitglied im Niedersächsischen Heimatbund. Auch die dort gewonnenen Erfahrungen und Kenntnisse brachte er in unsere Akademie ein. Durch seine verbindliche Art, seine Zielstrebigkeit und seine breite berufliche Erfahrung hat Jens Dieter Becker-Platen maßgeblich zum Erfolg unserer Arbeit beigetragen. Das Wirken des Verstorbenen in der ARL ist nicht zuletzt auch 1981 durch die Berufung zum Korrespondieren Mitglied und 1995 durch die Wahl zum Ordentlichen Mitglied anerkannt worden.

Jens Dieter Becker-Platen hinterlässt in der Akademie eine große Lücke. Die ARL verliert mit ihm einen engagierten Mitstreiter für eine verantwortungsvolle, in die Zukunft gerichtete Entwicklung unserer Räume, einen bemerkenswerten und allseits anerkannten praxisorientierten Forscher, einen langjährigen Freund und Weggefährten. Wir werden unserem geschätzten Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.

Mentoring-Programm von ARL und FRU geht in die dritte Runde

Über das von ARL und FRU in Zusammenarbeit mit der HafenCity Universität Hamburg entwickelte Mentoring-Programm für junge Planerinnen und Wissenschaftlerinnen der Raum- und Umweltplanung wurde in den ARL-Nachrichten mehrfach berichtet. Aufgrund des großen Anklangs hat sich der Vorstand des FRU entschlossen, das Programm zu verlängern. Im Februar 2008 startete die dritte Runde des Programms mit dem Auftakttreffen in Hannover. Die fünf „neuen" Mentees haben sich erstmals mit ihren Mentorinnen getroffen und die Projekte vorgestellt, die sie in dem einjährigen Projektzeitraum bearbeiten wollen. Folgende Studien werden erstellt:

- Erweiterte Nutzung von Umweltdaten für die Raumplanung und für Monitoringsysteme (Attina Dominé, Stuttgart; Mentorin: Prof. Dr.-Ing. Ulrike Weiland, Leipzig)
- Territoriale Kohäsion – Neues Schlagwort der Europäischen Raumentwicklungspolitik mit einem französischen Ursprung? (Patricia Hammer, Dortmund; Mentorin: Andrea Hartz, Saarbrücken)
- Mainfranken zwischen den Metropolregionen (Sibylle Holste, Würzburg; Mentorin: Dr. Martha Pohl, Bremen)
- Regionale Wohnbauflächenentwicklung zwischen Wachstum und Schrumpfung (Andrea Jonas, Bonn; Mentorin: Hildegard Zeck, Hannover)
- Verkehrserzeugung und Verkehrsfolgen von Logistikflächennutzung (Tina Wagner, Hamburg; Mentorin: Prof. Dr. Barbara Lenz, Berlin)

Ziel des Mentoring-Programms ist es, die Nachwuchsförderung zu verbessern und gezielt junge Frauen beim Start ins Berufsleben und bei der fachlichen oder wissenschaftlichen Weiterqualifizierung zu unterstützen. Die Mentees werden dabei für ein Jahr individuell von einer erfahrenen Mentorin betreut. Hinzu kommen gemeinsame Veranstaltungen und Qualifizierungsseminare.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

Neues Mitglied im FRU

Als neues Mitglied im Förderkreis begrüßt der Vorstand:

- Dr. **Mark Fleischhauer**, Dortmund

Ausschreibung
Mentoring-Programm von ARL und FRU 2009

ARL und FRU schreiben ab Januar 2009 erneut ein Mentoring-Programm für junge Planerinnen und Wissenschaftlerinnen der Raum- und Umweltplanung aus, wiederum in Kooperation mit der HafenCity Universität Hamburg. Ziel des Programms ist es, die Nachwuchsförderung weiter zu verbessern und gezielt junge Frauen beim Start ins Berufsleben zu unterstützen. Dies soll dazu beitragen, den Anteil von Frauen in leitenden Funktionen der Raum- und Umweltplanung zu erhöhen. Um möglichen Barrieren in der Karriere junger Planerinnen und Wissenschaftlerinnen zu begegnen, soll das Programm die Teilnehmerinnen bei der Planung und Entwicklung ihrer Berufslaufbahn unterstützen und auf künftige Anforderungen der Berufspraxis vorbereiten.

Programm

Für eine Laufzeit von 12 Monaten werden für das Jahr 2009 fünf Plätze ausgeschrieben. Den Teilnehmerinnen stehen Mentorinnen aus der Wissenschaft und der Planungspraxis als Ansprechpartnerin und Beraterin zum Berufseinstieg und zur beruflichen Weiterentwicklung zur Seite. Der Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zwischen Mentee und erfahrener Mentorin soll die Teilnehmerinnen individuell fördern. Das Programm setzt sich aus folgenden Bausteinen zusammen:

- One-by-one-Mentoring einer Mentee mit jeweils einer erfahrenen Planerin oder Wissenschaftlerin
- Gemeinsame Veranstaltungen zum Auftakt, zur Halbzeit sowie zum Abschluss als Ergebnispräsentation
- Qualifikationskurse für die Mentees
- Förderung der Publikationstätigkeit (Unterstützung der Mentees bei der Einreichung von Ergebnissen ihrer praxisorientierten oder wissenschaftlichen Arbeit bei einer anerkannten Zeitschrift)

Bei erfolgreicher Teilnahme wird der Mentee zum Abschluss ein Zertifikat überreicht.

One-by-one Mentoring

Kernstück des Programms ist die Partnerschaft zwischen Mentorin und Mentee. Grundlage für die Bildung eines Tandems ist die Übereinstimmung von Zielen und Persönlichkeit der Mentee mit den Unterstützungsmöglichkeiten und der Persönlichkeit der Mentorin. Der Kontakt zwi-

schen Mentee und Mentorin wird über das Sekretariat der ARL als Programm-Geschäftsstelle vermittelt. Diese steht beiden Seiten auch während des gesamten Prozesses bei Fragen zur Verfügung. Über Erwartungen und Ziele der Partnerschaft, Häufigkeit und Form des Kontaktes sowie Vertraulichkeit der Gespräche stimmen sich Mentorin und Mentee zu Beginn ab. Die Teilnehmerinnen können die jeweilige Partnerin ablehnen und sich bei Konflikten an die Programm-Geschäftsstelle wenden.

Qualifikationskurse

Innerhalb des Mentoring-Programms wird von der Mentee erwartet, dass sie an zwei Qualifikationskursen (auf eigene Kosten) teilnimmt. Es kann aus folgenden Inhalten gewählt werden: Projektmanagement, Präsentation, Rhetorik, Self-Management, Zeit- und Konfliktmanagement oder Kommunikations- und Bewerbungstraining.

Gemeinsame Veranstaltungen

Um das Kennenlernen der Teilnehmerinnen untereinander und des Programms zu fördern, findet zu Beginn eine Auftaktveranstaltung statt. Nach etwa einem halben Jahr werden Zwischenergebnisse und auf der Abschlussveranstaltung die Ergebnisse der Mentee-Projekte vorgestellt sowie Erfahrungen mit dem Programm ausgetauscht.

Unterstützung beim Publizieren

Das Publizieren wissenschaftlicher Ergebnisse ebenso wie die Darstellung von Arbeitsergebnissen der Planungspraxis sind grundlegende und zunehmend wichtiger werdende Bestandteile der Tätigkeit von Raum- und Umweltwissenschaftlerinnen sowie Planerinnen – insbesondere, wenn sie verantwortliche Positionen anstreben. Da die „Kunst des Publizierens" im Studium nicht vermittelt wird, kann das Programm wertvolle Dienste leisten, indem die Erfahrungen der Mentorinnen auf diesem Gebiet für die Mentees nutzbar gemacht werden.

Vorteile für Mentees

- Vertiefte Kenntnisse über Strukturen, „Spielregeln" und Verfahrensweisen in Planungspraxis oder Wissenschaft
- Integration in wissenschaftliche und praxisorientierte Netzwerke der Raum- und Umweltplanung sowie der Raumwissenschaften
- Förderung strategischer Kompetenzen und des „Self-Marketings"
- Erweiterte oder konkrete Vorstellungen zur Karriereplanung und höhere Motivation

Vorteile für Mentorinnen

- Erweiterung der Beratungsmöglichkeiten und Erfahrungen im Wissenstransfer
- Anregungen und Motivation sowie erweiterte Kontakte
- Reflexion des eigenen Berufsweges, von Zielen und Erwartungen

Ziele aus Sicht von ARL und FRU

- Qualitätssteigerung in der Nachwuchsförderung
- Sicherung der Leistungsfähigkeit der ARL durch frühzeitige Einbindung von Nachwuchskräften
- Förderung der Gleichstellung in den Raum- und Umweltwissenschaften und ihres Images im Wettbewerb um Talente

Erwartungen an die Teilnehmerinnen

Das Mentoring-Programm von ARL und FRU richtet sich an Absolventinnen der Raumplanung, Geographie, Landschafts- und Umweltplanung und verwandter Studienrichtungen. Bei Interesse an einer Teilnahme sollten Sie bereit sein:

- sich aktiv in die Mentoring-Partnerschaft über den Zeitraum von einem Jahr einzubringen und regelmäßige Treffen wahrzunehmen,
- einen Fachbeitrag aus einem Ihrer Arbeitsbereiche im Zeitraum des Programms zu erarbeiten (Ziel: Veröffentlichung in einer referierten Fachzeitschrift; dabei werden Sie von ARL und FRU unterstützt),
- zwei Qualifikationskurse zu besuchen,
- Ihren Fachbeitrag auf der Abschlussveranstaltung vorzustellen.

Die Aufnahme in das Mentoring-Programm erfolgt über eine Auswahl aus schriftlichen Bewerbungen. Ihre Bewerbung sollte ein Anschreiben zu Motivation und Zielen der Teilnahme, den Lebenslauf sowie gegebenenfalls eine Kurzdarstellung der aktuellen beruflichen Situation umfassen.

Bewerbungsschluss ist der 30. September 2008.

Beginn des Programmzeitraums ist der 1. Januar 2009.

Kontakt und Information

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)
Dr. Andreas Klee
Hohenzollernstraße 11
30161 Hannover
Tel. (+49-511) 3 48 42 - 39
Fax (+49-511) 3 48 42 - 41
E-Mail: Klee@ARL-net.de

Infobörse

Unter dieser Rubrik erscheinen Hinweise auf kürzlich abgeschlossene Diplomarbeiten und Dissertationen. Der Förderkreis möchte auf diese Weise auf Leistungen des wissenschaftlichen Nachwuchses aufmerksam machen. Interessenten können die Adressen, an die Anfragen zu den gemeldeten Arbeiten zu richten sind, über den Förderkreis erhalten.

Diese Rubrik steht allen inner- und außerhalb des personalen Netzwerks der ARL zur Verfügung; eine Auswahl ist vorbehalten. Informationen über Arbeiten, die in den folgenden Heften der ARL-Nachrichten veröffentlicht werden können, werden erbeten an:

FRU c/o ARL
Hohenzollernstr. 11
30161 Hannover
Fax: (+49-511) 3 48 42 - 41
E-Mail: FRU@ARL-net.de

Diplomarbeiten, Dissertationen etc.
Kürzlich abgeschlossene Arbeiten

Technische Universität Berlin
Institut für Stadt- und Regionalplanung

- ***Becker, Nathalie***

Bebauungspläne der Innenentwicklung – Die Aufstellung von Bebauungsplänen ohne Umweltprüfung nach § 13a BauGB
(Diplomarbeit, abgeschl. 4/2008)

- ***Berger, Ingolf***

Perspektiven der Entwicklung der Straßenbahn in Berlin
(Diplomarbeit, abgeschl. 4/2008)

- ***Drews, Bernhard***

Nachfrageorientierte Wohnungsmarktanalyse mit Hilfe des Sinus-Milieu-Modells
(Diplomarbeit, abgeschl. 4/2008)

- ***Fehlert, Nadine***

Integrierte Stadtentwicklung zwischen Programmen und Projekten – Konzeption für ein INSEK am Beispiel Königs Wusterhausen
(Diplomarbeit, abgeschl. 4/2008)

- ***Giesecke, Elisabeth***

Einzelhandelssteuerung in der Bauleitplanung – Konzeptentwurf und planungsrechtliche Sicherung zentraler Versorgungsbereiche am Beispiel der Stadt Nauen
(Diplomarbeit, abgeschl. 4/2008)

- ***Harfmann, Philipp***

Kirchenburgen und Tourismus – Entwicklungsimpulse für Siebenbürgen
(Diplomarbeit, abgeschl. 4/2008)

- ***Herkommer, Benjamin***

Raum.Zeit.Planung – Zur Integration der Zeitperspektive in Konzepte, Instrumente und Vollzüge räumlicher Planung
(Diplomarbeit, abgeschl. 4/2008)

- ***Kuhn, Vivien***

Integriertes Stadtentwicklungskonzept für die Stadt Templin
(Diplomarbeit, abgeschl. 4/2008)

- ***Lehnhard, Martin***

Steuerungsmöglichkeiten der Einzelhandelsentwicklung durch Stadtmarketing am Beispiel des Mittelzentrums Emden
(Diplomarbeit, abgeschl. 4/2008)

- ***Lerz, Julia***

Kooperative Stadtentwicklung mit privaten Kleineigentümern durch Housing Improvement Districts (HIDs)?
(Diplomarbeit, abgeschl. 4/2008)

- ***Ohnsorge, David***

Citymanagement in Deutschland und Großbritannien – Ein internationaler Vergleich anhand der Fallbeispiele Halle (Saale) und Coventry
(Diplomarbeit, abgeschl. 4/2008)

- ***Pfelling, Anne***

Tourismusmarketingkonzept für den Nationalen Geopark „Eiszeitland am Oderrand"
(Diplomarbeit, abgeschl. 4/2008)

- ***Rüdiger, Cordula***

Dorfkirchen in Brandenburg – Betrachtung verschiedener Nutzungskonzepte
(Diplomarbeit, abgeschl. 4/2008)

- ***Tennert, Linda***

Industriedenkmalpflege und Stadtentwicklung – Der Siemens-Martin-Ofen in Brandenburg an der Havel als UNESCO-Weltkulturerbe? Chancen und Auswirkungen
(Diplomarbeit, abgeschl. 4/2008)

- ***Venske, Sven***

Revitalisierungspotenziale von Büroimmobilien
(Diplomarbeit, abgeschl. 4/2008)

Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
Fachbereich Wirtschafts- und Sozialgeographie

- ***Knetsch, Florian***

Wirtschaftsförderung in Zeiten der Wissensökonomie. Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft als Motor der Regionalentwicklung am Beispiel von Jena und Cottbus
(Diplomarbeit, abgeschl. 3/2008)

HafenCity Universität Hamburg
Department Stadtplanung

- ***Bouchain, Johannes***

Stadtbahnqualitäten: räumlich-funktionale und gestalterische Eigenschaften eines modernen öffentlichen Verkehrsmittels
(Diplomarbeit, abgeschl. 1/2008)

- ***Hesterberg, Christoph***

Business Improvement Districts BID – ein geeignetes Instrument zur Stabilisierung innerstädtischer Einzelhandelslagen?
(Diplomarbeit, abgeschl. 2/2008)

- ***Kestering, Nicole***

Zwischen den Strömen: Entwicklungskonzept für das Gerold-Areal in Zürich West
(Diplomarbeit; abgeschl. 3/2008)

- ***Kilian, Dagmar***

Interkommunale Kooperationen ein Beitrag zur nachhaltigen Siedlungsflächenentwicklung? – eine Evaluation der Gebietsentwicklungsplanung im Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg
(Diplomarbeit, abgeschl. 1/2008)

- ***Loose, Nina; Nolte, Karoline***

Reset the city: Tatort Bahnkonversionsfläche; am Beispiel des Gleiskreuzes in Hamburg-Altona
(Diplomarbeit, abgeschl. 3/2008)

- ***Matthes, Felix***

NH/4 statt 08/15: Gestaltung von Marktprozessen bei der Entwicklung von Konversionsflächen am Beispiel des Neuen Hulsberg-Viertels in Bremen
(Diplomarbeit, abgeschl. 1/2008)

- ***Schramm, Sophie***

Wege zur zukunftsfähigen Sanierung informeller Siedlungen in Kenia: das Beispiel Soweto East im Rahmen des Kenya Slum Upgrading Programme
(Diplomarbeit, abgeschl. 1/2008)

- ***Seeringer, Jan***

Hamburg wächst! – Und was ist neu? – Analyse der Hamburger Stadtentwicklungspolitik und ihrer Schwerpunktverlagerungen
(Diplomarbeit, abgeschl. 2/2008)

- ***Sternberg, Jennifer***

Stadt(groß)Projekte als Motor des Stadtmarketings: Wiens neue „Marke" Flugfeld Aspern
(Diplomarbeit, abgeschl. 2/2008)

Universitäten Heidelberg
Geographisches Institut

- ***König, Anke***

Fußballregion Rhein-Neckar: Neubau eines Bundesligastadions und dessen Auswirkungen – eine Standortbewertung
(Diplomarbeit, abgeschl. 11/2007)

Technische Universität Kaiserslautern
Lehrstuhl Stadtplanung

- ***Hagen, Björn***

Anforderungen einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung in der Metropolregion Phoenix unter Berücksichtigung des ÖPNV
(Diplomarbeit, abgeschl. 11/2007)

- ***Silbernagel, Florian***

Aufwertung des innerstädtischen Wohnens am Beispiel Ludwigshafen Mitte
(Diplomarbeit, abgeschl. 7/2007)

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Institut für Regionalforschung

- ***Döll, Sebastian***

Regionale Konzentration von Wirtschaftszweigen: Theoretische Grundlagen, Messkonzepte und empirische Ergebnisse
(Diplomarbeit, abgeschl. 9/2007)

- ***Mühlen, Henning***

Staatsgrenzen als Hemmnis interregionalen Austausches
(Diplomarbeit, abgeschl. 9/2007)

- ***Kossack, Paula***

Marktpotential: Theoretische Grundlagen, Messkonzepte und Erklärungsbeitrag für regionale Entwicklungsunterschiede
(Diplomarbeit, abgeschl. 9/2007)

- ***Nuspl, Benjamin***

Konvergenz und Divergenz der Regionen in der erweiterten Europäischen Union
(Diplomarbeit, abgeschl. 9/20907)

Universität Stuttgart
Fakultät für Architektur und Stadtplanung

- ***Jung, Wolfgang***

Instrumente räumlicher Planung. Systematisierung und Wirkung auf die Regimes und Budgets der Adressaten
(Dissertation, abgeschl. 2/2008)

Eberhard-Karls-Universität Tübingen
Lehrstuhl für Angewandte Geographie

- ***Trinks, Anna***

Kumulative Auswirkungen in der Strategischen Umweltprüfung – Bestandsaufnahme der Ermittlung und Bewertung kumulativer Auswirkungen am Beispiel der Regionalplanung
(Diplomarbeit, abgeschl. 5/2008)

Positionspapiere

Positionspapiere entstehen in Beratungsgremien, die sich mit aktuellen Fragen der Raumentwicklung auf nationaler und europäischer Ebene beschäftigen und dazu kurzfristig Empfehlungen erarbeiten, die sich an Adressaten aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft richten.

Nr. 63 **Die regionale Ebene zukunftsfähig machen!**
Zu den Verwaltungsreformdiskussionen in den Ländern
Positionspapier aus dem Informations- und Initiativkreis „Regionalplanung“ der ARL

Nr. 64 **Zur Vereinfachung und Beschleunigung von Zulassungsverfahren für Verkehrsprojekte**
Stellungnahme zum Gesetzesantrag (BR-Drs. 94/06)
Positionspapier aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Planung und Recht“ der ARL

Nr. 65 **Zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung (Bereich Raumordnung)**
Stellungnahme zu den Verfassungsänderungen zu Art. 72 Abs. 3 GG (BT-Drs. 16/813)
Positionspapier aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Planung und Recht“ der ARL

Nr. 66 **Wie hell strahlen „Leuchttürme“?**
Anmerkungen zur Clusterpolitik in ländlichen Räumen
Positionspapier aus der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern der ARL.

Nr. 67 **Großflächiger Einzelhandel als Herausforderung**
Raumordnungspolitischer Handlungsbedarf zur Sicherung der Lebensqualität durch verbrauchernahe Grundversorgung im Einzelhandel
Positionspapier aus dem Informations- und Initiativkreis „Regionalplanung“ der ARL.

Nr. 68 **Notwendigkeit einer Volkszählung für Deutschland aus der Sicht von Raumentwicklungspolitik und raumwissenschaftlicher Forschung**
Positionspapier aus dem gleichnamigen Ad-hoc-Arbeitskreis der ARL

Nr. 69 **Gleichwertige Lebensverhältnisse: eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe neu interpretieren!**
Positionspapier aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ der ARL

Nr. 70 **Empfehlungen zur Novellierung des Raumordnungsgesetzes**
Positionspapier aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Novellierung des Raumordnungsgesetzes“ der ARL

Nr. 71 **Metropolregionen – Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit = Metropolitan Regions – Innovation, Competition, Capacity for Action.**
Deutsche und englische Ausgabe.
Positionspapier aus dem gleichnamigen gemeinsamen Arbeitskreis von Difu, ILS NRW, IRS und ARL.

Nr. 72 **10 Thesen zu Entwicklungen, Strukturen, Problemen und Lösungsstrategien peripherer, strukturschwacher Regionen in Bayern.**
Positionspapier aus der AG „Ziele und Strategien einer aktuellen Politik für die ländlichen Räume in Bayern“ der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern der ARL.

Nr. 73 **Europäische Strategien der Anpassung an die Folgen des Klimawandels – Die Sicht der Raumplanung = European strategies of adaptation to climate change – The spatial planning and spatial development policy perspective**
Deutsche und englische Ausgabe.
Positionspapier aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis „ARL-Stellungnahme zum EU-Grünbuch ´Anpassung an den Klimawandel in Europa´“.

Nr. 74 **Wir leben regional**
Es ist Zeit für eine gut funktionierende Regionalentwicklung
Positionspapier aus dem Informations- und Initiativkreis „Regionalplanung“ der ARL.

Nr. 75 **Empfehlungen zum Umweltgesetzbuch**
Positionspapier aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Umweltgesetzbuch“ der ARL.

Die Positionspapiere aus der ARL können als pdf-Datei von der Website der ARL (www.ARL-net.de) heruntergeladen werden oder sind über das Sekretariat der ARL (E-Mail: Berswordt@ARL-net.de, Tel. 0511 – 3 48 42 – 13) zu beziehen.

ISSN 1612-3891 (Printausgabe)
ISSN 1612-3905 (Internetausgabe)
www.ARL-net.de